

# MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXIX. Jahrgang, Nr. 8

August 1956

## Inhalt

### Die österreichische Konjunktur zu Beginn der Herbstsaison

Zuwachsrate des Nationalproduktes im II. Quartal: 4% — Beachtliche Zunahme des Arbeitskräftepotentials, uneinheitliche Produktivität — Günstige Zahlungsbilanz trotz hohen Importen — Schwierige Preis-Lohn-Situation — Geld- und Finanzpolitik im Dienste der Konjunkturstabilisierung

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Land- und Forstwirtschaft; Verringerte Holzfällung im I. Halbjahr 1956 — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Umsätze und Verbrauch — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr — Außenhandel; Außenhandelsvolumen und Außenhandelspreise im II. Quartal 1956

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

## Die österreichische Konjunktur zu Beginn der Herbstsaison

Zuwachsrate des Nationalproduktes im II. Quartal 1956: 4% — Beachtliche Zunahme des Arbeitskräftepotentials, uneinheitliche Produktivität — Günstige Zahlungsbilanz trotz hohen Importen — Schwierige Preis-Lohn-Situation — Geld- und Finanzpolitik im Dienste der Konjunkturstabilisierung

Uneinheitlichkeit der Konjunktur in verschiedenen Zweigen und diffizile Preis-Lohn-Verhältnisse sind gegenwärtig die Hauptmerkmale der österreichischen Wirtschaft

In weiten Bereichen der Wirtschaft, vor allem in der Bauwirtschaft, herrschen nach wie vor Hochkonjunktur, Knappheit an Arbeitskräften und Mangel an Produktionsgütern. Dagegen mußten die Fahrzeugindustrie sowie Teile der chemischen und der Elektroindustrie ihre Produktion einschränken und Arbeitskräfte entlassen. Wahrscheinlich sind diese Schwächeerscheinungen überwiegend strukturell bedingt, die Folgen einer allmählichen Sättigung oder Umschichtung des Bedarfes. Der auffallende Rückgang der Aufträge in den Investitionsgüterindustrien, den der Konjunkturtest des Institutes in fast allen Branchen seit Jahresbeginn feststellt, schließt jedoch nicht aus, daß sich die Konjunktur auf breiterer Front abzuschwächen beginnt.

Wie immer man aber die Konjunkturaussichten beurteilen mag, die gegenwärtigen Preis-Lohn-Spannungen erfordern auf jeden Fall wirksame wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Sicherung der finanziellen Stabilität.

**Zuwachsrate des Nationalproduktes im II. Quartal: 4%**

Das Wachstum der Wirtschaft hat sich seit Anfang 1956 stark verlangsamt. Nach vorläufigen Schätzungen war das *Brutto-Nationalprodukt* im

I. Quartal um 5% und im II. Quartal um knapp 4% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Verschiedene Zweige (vor allem das Baugewerbe und der Verkehr) haben im II. Quartal den Rückstand aufgeholt, den sie zu Jahresbeginn infolge des kalten Spät-winters erlitten hatten. Die auf einzelnen Gebieten bereits absehbare Entwicklung läßt voraussehen, daß das Nationalprodukt heuer voraussichtlich höchstens um 4% wächst. Im Jahre 1955 hatte die Zuwachsrate noch 10% betragen

### Entwicklung des realen Brutto-Nationalproduktes

	II Quartal 1955	II. Quartal 1956
	Veränderungen gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres in %	
Industrie und Gewerbe	+11	+4
Baugewerbe	+19	+5
Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke	+11	+3
Land- und Forstwirtschaft	+5	0
Verkehr	+15	+3
Handel	+17	+9
Insgesamt	+11	+4

Die *Industrie*produktion war im I. Quartal 1956 um 7%, im II. Quartal aber nur noch um 4% höher als in den entsprechenden Quartalen 1955. Unverändert günstig ist die Konjunktur in den *Grundstoff*-industrien. Bergbau, Eisen- und Metallhütten, Baustoffindustrie und Papierindustrie sind mit Aufträgen reichlich eingedeckt und laufen auf vollen Touren. Ihre Produktion steigt allerdings nur noch langsam, da die Kapazitäten bereits in hohem Grade ausgelastet sind. Mit einer stärkeren Expansion kann in absehbarer Zeit nicht gerechnet werden, da eine Er-

weiterung der Kapazitäten besonders in den Grundstoffindustrien kostspielig und zeitraubend ist. Die Investitionsgüterindustrien konnten ihre Produktion vielfach noch stärker ausweiten. Sie erfreuen sich hoher Exportaufträge und haben noch vollauf zu tun, um alte Auftragsbestände aufzuarbeiten. Die Maschinenindustrie erzeugte im II. Quartal um 13% und die Gießereien um 7% mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Trotz der im ganzen noch befriedigenden Produktion von Investitionsgütern gibt jedoch die anhaltend rückläufige Tendenz der Aufträge zu denken. Nach dem Konjunkturtest des Institutes sanken die Auftragsrückgänge in den ersten 8 Monaten 1956 in den Gießereien um 21%, in der Maschinenindustrie um 34%, in den Investitionsgüter erzeugenden Sparten der Eisen- und Metallwarenindustrie um 18%, in der Elektroindustrie um 23% und in der Fahrzeugindustrie sogar um 71%. Vielleicht überschätzt der Konjunkturtest das Ausmaß der Auftragsrückgänge, die Tendenz zeigte er jedoch bisher stets richtig an. In der Fahrzeugindustrie hatte der Auftragschwund bereits Produktionseinschränkungen und Entlassungen zur Folge. Wenn die Nachfrage nach Investitionsgütern nicht einen neuen Auftrieb erhält, wird der Produktionsaufschwung vermutlich auch in anderen Zweigen erlahmen. Die Konsumgüterindustrien konnten die Erzeugung von Nahrungsmitteln, Tabak, Schuhen und Lederwaren beachtlich ausweiten. Auch die Textilindustrie, die lange Zeit nur wenig vom Konjunkturaufschwung verspürte, erzeugte im II. Quartal um 5% mehr als im Vorjahre. Dagegen mußten die Konsumgüter erzeugenden Zweige der Elektroindustrie (Radio, Kühlschränke) und der chemischen Industrie (Waschmittel, Gummiwaren, letztere offenbar in Zusammenhang mit der Abschwächung in der Kraftfahrzeugindustrie) ihre Produktion einschränken. Auch die bisher bemerkenswert gute Konjunktur für Möbel und Bekleidungsgegenstände hat ihren Höhepunkt überschritten.

Die Landwirtschaft wird im Jahre 1956 voraussichtlich nur etwa ebenso viel erzeugen wie im Vorjahr. Zwar war die Getreideernte quantitativ und qualitativ ausgezeichnet. Weizen, Gerste und Hafer brachten annähernd gleich hohe, Roggen sogar höhere Erträge als im Jahre 1955. Auch Grünfütter, Heu und vermutlich auch Hackfrüchte werden in größeren Mengen geerntet. Dagegen war die Obsternte, ausgenommen Äpfel und Beerenfrüchte, schlecht. Der Weinbau sieht sogar eine ausgesprochene Mißernte voraus. (Auf Wein und Obst entfiel im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ein Drittel des Rohertrages der pflanzlichen Produktion.) Die Marktleistung an Fleisch war im I. Quartal um 15%, im

II. Quartal nur noch um 8% höher als im Vorjahre. Gegen Jahresende wird sie unter den Vorjahresstand sinken, da die Schweinezucht stark eingeschränkt wurde. Mitte 1956 gab es um 7% weniger Ferkel, um 10% weniger trüchtige Tiere und um 12% weniger Zuchtsauen als Mitte 1955. Die Marktleistung an Milch war im I. Halbjahr 1956 trotz den ungünstigen Preisen um 4% höher als im Vorjahre.

Nach offiziellen Angaben schränkte die Forstwirtschaft den Holzeinschlag seit Anfang 1956 stark ein. Im I. Quartal wurden mit 164 Mill. fm um 18% und im II. Quartal mit 178 Mill. fm um 31% weniger geschlägert als im Vorjahre. Vor allem die westlichen Bundesländer, wo im Vorjahr größere Mengen Holz vom Wind geworfen wurden, meldeten einen stärkeren Rückgang des Einschlages. Da mit dem Fällen und Bringen des Holzes annähernd gleich viel Arbeitskräfte beschäftigt waren wie im Vorjahr, ist allerdings vermutlich nicht die gesamte Produktion statistisch erfaßt worden. Der Inlandsabsatz an Schnittholz war im I. Quartal infolge des späten Anlaufens der Bausaison um 17% niedriger als im Vorjahre; aber auch im II. Quartal war er nur annähernd gleich hoch. Die Holzpreise blieben daher seit Jahresfrist fast stabil, obwohl weniger Holz erzeugt und mehr exportiert wurde als im Jahre 1955.

Die Bauwirtschaft kam infolge der lang anhaltenden Kälte spät in Schwung. Schon im II. Quartal wurde jedoch um 4% mehr gebaut als im Vorjahre. Die Baustoffproduktion war um 6% und die Beschäftigung im Baugewerbe um 3% höher. Im Sommer nahm die Baukonjunktur wieder hektische Formen an. Ähnlich wie im vergangenen Jahr können auch heuer viele Aufträge nicht termingemäß ausgeführt werden, da es an Arbeitskräften und teilweise auch an Baustoffen mangelt. Auch das meist aus Kleinbetrieben bestehende Baunebengewerbe ist den Anforderungen nicht gewachsen. Die überaus lebhatte Bausaison kommt insofern etwas überraschend, als die Voranschläge der öffentlichen Körperschaften heuer weniger Mittel für Bauten vorsehen und die staatlichen Wohnbaufonds schwächer dotiert werden als im Vorjahre. Daß trotzdem mehr gebaut wird, geht teilweise darauf zurück, daß beim Wohnhaus-Wiederaufbau ein größerer Finanzierungsüberhang aus dem Jahre 1955 bestand<sup>1)</sup> und die im Budget vorgesehenen Ansätze (z. B. für Heeresbauten) vielfach überschritten wurden. Außerdem gewinnt die private

<sup>1)</sup> An den Projekten, die der Wohnhaus-Wiederaufbaufonds in einem Jahr genehmigt, wird meist zwei bis drei Jahre gearbeitet. Die hohen Vergabesummen der Jahre 1954 und 1955 (1.490 Mill. S und 960 Mill. S) wirken sich daher auch noch auf die Bausaison 1956 aus.

Bautätigkeit, vor allem der Bau von Eigenheimen in den Bundesländern, immer größere Bedeutung. Viele Sparer, die nach der Stabilisierung der Währung mit längerfristigem Zwecksparen begonnen hatten, kommen nunmehr in die Lage, ihr Sparziel, nämlich die Errichtung eines Eigenheimes, zu verwirklichen. Die verhältnismäßig hohen Einkommen der letzten Konjunkturjahre, aber auch verschiedene Maßnahmen der Länder und Gemeinden förderten diese Bestrebungen.

Die zu Jahresbeginn ausnehmend günstige Entwicklung im *Einzelhandel* hielt nicht an. Die Umsätze waren wertmäßig im I. Quartal noch um 16%, im II. Quartal und im Juli aber nur noch um 3% und 1% höher als im Vorjahre. Der bisher stark steigende Trend der Umsätze wird unvermeidlich flacher, weil Sozialprodukt und Einkommen nicht mehr so stark zunehmen. Außerdem haben, konjunkturell gesehen, zufällige Einflüsse den Saisonrhythmus im Einzelhandel verschoben. Der frühe Ostertermin, die Häufung von Lohnzahlungen im März<sup>1)</sup> und die Ende 1955 vereinbarte „Sonderzahlung“ für Unselbständige, die vielfach erst Anfang 1956 ausbezahlt und ausgegeben wurde, förderten die Umsätze im I. Quartal und beeinträchtigten sie im II. Quartal. Die Urlaubszuschüsse, die viele Angestellte und Arbeiter im Laufe des Jahres 1956 durchsetzen konnten, werden im III. Quartal voraussichtlich wieder eine übersaisonmäßige Zufahme des Konsums bewirken, die allerdings nur teilweise dem Einzelhandel zugute kommen wird. Im Großhandel bewegen sich die Umsätze infolge hoher Exporte und Importe weiterhin auf beachtlicher Höhe.

Der *Verkehr* litt im I. Quartal unter dem kalten Wetter. Aber auch im II. Quartal war das gesamte Verkehrsvolumen nur um etwa 3% höher als im Vorjahre. Im Güterverkehr wurde mit der Bahn und auf Schiffen um 7% und 43% mehr, auf der Straße dagegen nur annähernd gleich viel befördert wie im II. Quartal 1955. Im Personenverkehr verkauften die Bahnen um 6% mehr Fahrkarten, beförderten um 7% mehr Fahrgäste. Seit dem Abzug der Besatzungstruppen nimmt der Flugverkehr einen kräftigen Aufschwung. Trotzdem ist seine Bedeutung im Vergleich zu anderen Verkehrsmitteln noch gering. Die Moto-

<sup>1)</sup> Im Jahre 1956 hatte der März fünf und der April vier Lohnzahlungstermine, im Jahre 1955 umgekehrt der März vier und der April fünf (bei wöchentlicher Lohnzahlung). Der unterschiedliche Zahlungsrhythmus ist eine der Ursachen dafür, daß die Lohnsumme der Industrie im I. Quartal um 18%, im II. Quartal aber nur um 8% höher war als im Vorjahr. Außerdem beeinflusste er die Einzelhandelsumsätze, da die Konsumenten einen größeren Teil ihres Einkommens unmittelbar nach den Lohnzahlungsterminen ausgeben.

risierungswelle ist stark verflacht. Im II. Quartal wurden nur um 7% mehr und im Juli sogar um 9% weniger Fahrzeuge neu zum Verkehr zugelassen als im Vorjahr. Der Absatzrückgang bei Motorrädern, Rollern, Lastkraftwagen und Autobussen hält an.

Im *Fremdenverkehr* wurden im II. Quartal und im Juli um 7% und 15% mehr Übernachtungen gezählt als im Vorjahr. Der Zustrom von ausländischen Gästen hat sich weiter verstärkt, obwohl die begehrten Fremdenverkehrszentren überfüllt sind und Mangel an guten Unterkünften besteht. Auch der seit Jahren stagnierende Inländer-Fremdenverkehr hat sich wieder belebt.

### Beachtliche Zunahme des Arbeitskräftepotentials — uneinheitliche Produktivität

Die Ausweitung des Sozialproduktes war fast ausschließlich dem Einsatz zusätzlicher Arbeitskräfte zu danken. Die Wirtschaft nahm seit dem winterlichen Tiefpunkt (Ende Februar) über 200.000 Arbeitskräfte auf, annähernd gleich viel wie im Vorjahre. Ende August 1956 gab es 2.213.500 Beschäftigte, um 66.300 oder 3 1/2% mehr als im August 1955. Beim Vergleich mit dem Vorjahre ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Sozialversicherung auf neue Berufsgruppen ausgedehnt wurde. Der „echte“ Beschäftigungszuwachs beträgt etwa 58.000 Personen. Bedeutend mehr Arbeitskräfte als im Vorjahr beschäftigt vor allem die gewerbliche Wirtschaft, während die Landwirtschaft neuerlich etwa 10.000 Arbeitskräfte verlor.

Der zusätzliche Bedarf wurde durch Arbeitskräfte gedeckt, die neu dem Arbeitsmarkt zuströmten. Stammten im Jahre 1955 noch 44% des Beschäftigtenzuwachses aus dem statistisch erfaßten Reservoir an Arbeitslosen, so war die Zahl der *vorgemerkten Stellensuchenden* Ende August 1956 mit 65.300 fast ebenso hoch wie im Vorjahre. In den Investitionsgüterindustrien gab es etwas mehr, in den Konsumgüterindustrien, die im Vorjahr noch Reserven an Arbeitskräften hatten, etwas weniger Arbeitsuchende. Daß es in der Hochkonjunktur von 1955 und 1956 nicht gelang, die statistisch erfaßte Arbeitslosigkeit unter 65.000 Stellensuchende zu drücken (während der Koreahause im Jahre 1951 sank die Zahl auf 68.300), deutet auf tieferliegende Strukturschwächen des Arbeitsmarktes hin. Außer den von der Statistik als nur beschränkt vermittlungsfähig klassifizierten 25.000 Personen und der normalen friktionellen Arbeitslosigkeit gibt es offenbar eine ungewöhnlich hohe Zahl von Stellensuchenden, die aus sachlichen oder persönlichen Gründen auch bei ausgezeichneter Konjunktur keine Beschäftigung finden oder anstreben. Dieser „harte Kern“ der vorgemerkten Stellensuchenden, der interessanterweise in den westlichen Bundes-

ländern (besonders in Vorarlberg) viel kleiner ist als in Wien und in den östlichen Bundesländern, könnte unter den gegebenen Verhältnissen wahrscheinlich auch durch einen stärkeren inflatorischen Auftrieb nicht nennenswert abgebaut werden. Diese Aufgabe kann offenbar nur durch eine auf lange Sicht planende Struktur- und Sozialpolitik gelöst werden.

Obwohl die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert blieb, gab es bisher noch namhafte „unsichtbare“ Reserven an Arbeitskräften. Das statistisch erfaßte Arbeitskräftepotential stieg binnen Jahresfrist um 66.200 („echte“ Zunahme etwa 58 000). Diese kräftige Zunahme läßt sich aus der Bevölkerungsentwicklung allein nicht erklären. Auf Grund der letzten Volkszählungsergebnisse wurde vorausberechnet, daß die Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung im Jahre 1956 nur noch um 16.800 zunehmen werde (In den Jahren 1954 und 1955, als geburtenstarke Jahrgänge<sup>1)</sup> die Schule verließen, hatte der Zuwachs 35.100 und 32.200 betragen.) Die Erfahrungen lehren, daß die Zahl der jeweils verfügbaren Arbeitskräfte offenbar nicht nur von Größe und Struktur der Bevölkerung und von den nur längerfristig sich ändernden soziologischen und institutionellen Faktoren abhängt, sondern auch von der jeweiligen Konjunktur. Bei lebhafter Nachfrage nach Arbeitskräften ist das Arbeitskräftepotential (d. h. Beschäftigte plus vorgemerkte Stellensuchende) größer als bei stagnierender Wirtschaft. Diese Erfahrung wurde bereits anlässlich der Stabilisierung der Währung gewonnen: im Jahre 1952 ging das Arbeitskräftepotential zurück, obwohl die arbeitsfähige Bevölkerung zunahm. Die jüngste Entwicklung bestätigt die konjunkturbedingte Elastizität des Arbeitskräfteangebotes. Hohe Entlohnung und günstige Arbeitsbedingungen veranlassen in der Hochkonjunktur viele Menschen, eine Arbeit anzunehmen, die sie unter normalen Bedingungen nicht ergriffen hätten. Ebenso bleiben alte Personen in ihrem Berufe, auch wenn sie das pensionsfähige Alter schon erreicht haben. Allerdings ist das Angebot an Arbeitskräften nicht unbegrenzt elastisch. Von einem bestimmten Punkte ab (der in Österreich vermutlich bald erreicht sein wird) wird das Arbeitskräftepotential kaum noch nennenswert erweitert werden können.

Die Vermehrung des Sozialproduktes war nur zu einem geringen Teil einer Verbesserung der *Produktivität* zu danken. Die Industrie erzeugte je Be-

<sup>1)</sup> Die Jahrgänge 1939 bis 1941, die überwiegend in den Jahren 1953 bis 1955 die Schule verließen, waren um 20 000 bis 30 000 Jugendliche oder um 17 bis 26% stärker als der Jahrgang 1942.

### Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

Zeit	Beschäftigte	Vorgemerkte Stellensuchende	Arbeitskräftepotential	Erwerbsfähige Bevölkerung <sup>2)</sup>
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in 1.000 Personen			
Ø 1953	-20,2	+26,7	+ 6,5	+14,0
Ø 1954	+56,3	-19,8	+36,6	+35,1
Ø 1955	+99,0	-43,1	+55,9	+32,2
August 1956	+66,3 <sup>3)</sup>	~ 0,1	+66,2 <sup>3)</sup>	+16,8 <sup>4)</sup>

<sup>1)</sup> Männer im Alter von 14 bis 65 Jahren und Frauen im Alter von 14 bis 60 Jahren. — <sup>2)</sup> Davon entfallen etwa 8.000 auf Erweiterung der Erhebungsbasis. — <sup>3)</sup> Vorausberechnung für Ø 1956.

schäftigten im I. Quartal 1956 durchschnittlich nur um 2% mehr und im II. Quartal nur annähernd gleich viel wie in den entsprechenden Quartalen 1955. Es war zu erwarten, daß mit der Verlangsamung des Produktionsaufschwunges auch die Erzeugungsquote pro Kopf nicht mehr in gleichem Maße wachsen wird wie in den vergangenen Jahren. Die Kapazitäten sind vielfach optimal ausgelastet, die neu eingestellten Arbeitskräfte besitzen häufig eine geringere Qualifikation und die Zahl der Überstunden kann nicht mehr erhöht werden. Die Wiener Betriebe, die an der Verdienststatistik des Institutes mitarbeiten, hatten im II. Quartal d. J. eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 46,6 Stunden, um 2% weniger als im II. Quartal 1955. In einzelnen Branchen wurde die Arbeitszeit kollektivvertraglich herabgesetzt. Die Überstundenrate war mit 5,2% gleich hoch wie im Vorjahr.

Auf der anderen Seite konnte erwartet werden, daß der laufende technische Fortschritt und die seit Jahren außerordentlich hohen Investitionen auch im Jahre 1956 noch eine „angemessene“ Steigerung der Produktivität bringen würden. Betrachtet man die Produktivitätsentwicklung branchenweise, so zeigt sich, daß jene Zweige, die ihre Produktion stärker ausdehnten, wie die Maschinenindustrie, die Baustoffindustrie, die Schuhindustrie und die Tabakindustrie, auch ihre Produktivität im I. Halbjahr 1956 noch beachtlich steigern konnten. Die Grundstoffindustrien, vor allem der Bergbau und die eisenschaffende Industrie, die ihre Produktion nur noch wenig vermehrten, erzeugten pro Kopf annähernd gleich viel wie im Vorjahr. Dagegen arbeiteten jene Zweige, die mit partiellen Anpassungsschwierigkeiten kämpfen, wie die Fahrzeugindustrie, die chemische Industrie und die Elektroindustrie, mit geringerer Ergiebigkeit. Aus verschiedenen Gründen können oder wollen die Betriebe ihren Beschäftigtenstand nicht unverzüglich der verminderten Produktion anpassen. Die Fahrzeugindustrie z. B. entließ erst im August mehr als 1.000 Arbeitskräfte, obwohl sie ihre Produktion schon früher stark einschränken mußte. Das übermäßig lange Halten von Arbeitskräften, die in einem Betrieb nicht mehr gebraucht werden und daher die

Produktivität herabdrücken, ist jedoch in einer Hochkonjunktur anders zu beurteilen als in einer allgemeinen Flaute. In der Stabilisierungskrise des Jahres 1952 hatten viele Betriebe mit stagnierender Produktion aus wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gründen längere Zeit mehr Arbeitskräfte beschäftigt, als sie bei gegebener technischer Produktivität benötigten. Dieses Verhalten war damals sozialpolitisch verständlich und vielleicht auch volkswirtschaftlich gerechtfertigt. In der gegenwärtigen Konjunktursituation jedoch, in der es neben einigen stagnierenden Branchen zahlreiche noch expandierende Zweige gibt, die unter Arbeitskräftemangel leiden, liegt es im allgemeinen Interesse, die überschüssigen Arbeitskräfte möglichst rasch und reibungslos in die konjunkturbegünstigten Zweige umzuschichten. Auf diese Weise könnten die stagnierenden Zweige ihre Produktivität steigern und damit leichter ihre Schwierigkeiten überwinden, während die konjunkturbegünstigten Zweige in die Lage versetzt würden, ihre Marktchancen besser auszunützen. Gewiß sind Arbeitskräfte aus verschiedenen Gründen immer nur beschränkt beweglich. Ihre Mobilität könnte jedoch durch lohnpolitische, auf einen regionalen und fachlichen Arbeitskräfteausgleich zielende Maßnahmen, durch forcierten Wohnungsbau, bessere Verkehrsmöglichkeiten und durch eine vielseitigere Ausbildung und Erziehung der Arbeitskräfte erhöht werden.

### Günstige Zahlungsbilanz trotz hohen Importen

Das Institut hatte bereits zu Jahresbeginn auf Grund verschiedener Fakten und Überlegungen die Auffassung vertreten, daß sich die Zahlungsbilanz im Jahre 1956 wesentlich bessern werde. Diese Diagnose, die angesichts des beträchtlichen Defizites im Jahre 1955 und der zusätzlichen Belastungen aus dem Staatsvertrag zunächst etwas gewagt schien, wurde durch die bisherige Entwicklung vollauf bestätigt. Nach einem verhältnismäßig geringen Verlust von 215 Mill. S im I. Quartal nahmen die valutarischen Reserven der Wirtschaft bereits im II. Quartal, also noch vor Beginn der Reisesaison, um 332 Mill. S zu. Davon erwarben 296 Mill. S die Notenbank und 36 Mill. S die Devisenbanken. Im II. Quartal 1955 hatten die valutarischen Reserven noch um 302 Mill. S abgenommen. Im Sommer wuchs das Aktivum in der Zahlungsbilanz sprunghaft. In den Monaten Juli und August erwarb allein die Notenbank per Saldo 637 und 502 Mill. S Devisen. Gegenüber der EZU wurden in beiden Monaten Überschüsse von 14,3 Mill. \$ und 9 Mill. \$ erzielt. Ende August erreichten die Nettobestände der Notenbank an Gold und Devisen 10,0 Mrd. S, um 1,3 Mrd. S mehr als

### Entwicklung der Handels- und Zahlungsbilanz

	II Quartal 1955	II Quartal 1956
	Mill. S	
Ausfuhr . . . . .	4.394	5.436 <sup>1)</sup>
Einfuhr . . . . .	5.401	6.211
Handelsbilanz . . . . .	-1.007	-775
Saldo im Dienstleistungsverkehr . . . . .	+395	+467
Laufende Zahlungsbilanz . . . . .	-612	-308 <sup>1)</sup>
Kapitaltransaktionen (einschließlich Auslandshilfe) . . . . .	-4	+217 <sup>1)</sup>
Statistische Korrekturen . . . . .	+314	+423
Veränderung der valutarischen Be- stände . . . . .	-302	+332

<sup>1)</sup> Ohne Ablöselieferungen an die Sowjetunion im Werte von 378 Mill. S.

zu Jahresbeginn. Da auch im September noch hohe Einnahmen aus dem Reiseverkehr zu erwarten sind, wird die Devisenbilanz des Jahres 1956 selbst dann mit namhaften Überschüssen abschließen, wenn im letzten Quartal saisongemäß Devisen abgegeben werden müssen und die vorgesehenen Kapitalimporte nicht zeitgerecht erfolgen.

Die Devisenbilanz des II. Quartales war um 634 Mill. S günstiger als im Vorjahr. Von dieser Verbesserung entfielen 221 Mill. S oder 35% auf die Kapitalbilanz. Österreich nutzt gegenwärtig verschiedene Auslandsanleihen, hauptsächlich zum Ausbau der Energiewirtschaft, während die Kapitalbilanz im Vorjahr annähernd ausgeglichen war. Für die Einfuhr von Kapital sprechen verschiedene langfristige Überlegungen. Die Kapitalausstattung der österreichischen Wirtschaft ist schlechter und das Zinsniveau höher als in hochentwickelten westeuropäischen Industriestaaten. Auch scheint es gesamtwirtschaftlich vertretbar, die Lasten des Staatsvertrages auf einen längeren Zeitraum zu verteilen und zunächst einen Teil der Ablöselieferungen an die Sowjetunion durch Kapitalimporte zu kompensieren. Auf der anderen Seite darf der konjunkturpolitische Effekt von Kapitalimporten nicht übersehen werden. Da die Devisenbilanz in diesem Jahre auch ohne fremdes Kapital annähernd ausgeglichen wäre, vermehrt seine Einfuhr die valutarischen Bestände und den Zahlungsmittelumlauf und erschwert damit die Erhaltung finanzieller Stabilität.

Annähernd ebenso stark wie die Kapitalbilanz hat die Handelsbilanz die Devisenlage entspannt. Im kommerziellen Verkehr wurden im II. Quartal um 775 Mill. S mehr Waren eingeführt als ausgeführt. Das Defizit war um 232 Mill. S oder 23% geringer als im Vorjahr. Die Verbesserung der Handelsbilanz war ausschließlich der günstigen Entwicklung der Exporte zu danken. Im II. Quartal wurde wertmäßig um 23% und volumenmäßig um 18% mehr ausgeführt als im Vorjahr. Im Juli überschritt der Export mit 1.869 Mill. S allerdings nur um 19% (volumenmäßig um 13%) den Vorjahresstand. Das etwas schwächere Juliergebnis darf jedoch nicht über-

schätzt werden. Die reichlichen Exportaufträge vieler Zweige und die hohen Deviseneingänge lassen zunächst noch kein Abklingen der Exportkonjunktur befürchten. An der kräftigen Exportsteigerung waren sämtliche Warengruppen beteiligt. Zu Jahresbeginn wurden vor allem mehr Maschinen und Verkehrsmittel exportiert, im II. Quartal holte die Ausfuhr von Rohstoffen und Konsumfertigwaren auf. Auch die Ausfuhr von Nahrungsmitteln (hauptsächlich Nutzvieh, Fleisch und Äpfel) ist seit Jahresbeginn bedeutend höher als im Vorjahr, erreicht aber nicht die Rekordhöhe vom Jahre 1954.

Die Exporterfolge werden allerdings durch die Statistik etwas überschätzt. Eine regionale Gliederung zeigt, daß im I. Halbjahr 1956 die Ausfuhr nach Osteuropa (ohne Jugoslawien) besonders stark gestiegen ist, nämlich um 592 Mill. S oder 84%. Diese starke Exportausweitung ist offenbar fiktiv und damit zu erklären, daß im Vorjahre die unkontrollierten Ostexporte der USIA-Betriebe von der Handelsstatistik nicht erfaßt wurden. Scheidet man die Rußlandexporte aus, die, im ganzen gesehen, nur eine Fortsetzung der früher illegalen Lieferungen sind, und berücksichtigt man, daß die USIA-Betriebe mit den übrigen Oststaaten einen Warenaustausch von rund 650 Mill. S jährlich vereinbart hatten, so reduziert sich die Steigerung der Ostexporte von 84% auf etwa 20%. Damit aber beträgt die Steigerung der gesamten Exporte im I. Halbjahr 1956 nicht mehr 23%, sondern nur noch 18%.

Nach Westeuropa wurde im I. Halbjahr um 16% (volumenmäßig um 13%) mehr ausgeführt als im Vorjahr. In dem Maße als auch in den westeuropäischen Ländern Produktion und Einkommen steigen, wächst die Nachfrage nach österreichischen Erzeugnissen<sup>1)</sup>. Die heimische Exportindustrie nützt ihre Chancen auf den westeuropäischen Märkten, obwohl sie ihre Kapazitäten vielfach ausgelastet hat und Arbeitskräfte und wichtige Rohstoffe knapp sind. Die hohe Elastizität des Angebotes hat verschiedene Ursachen. Viele Betriebe, vor allem der Investitionsgüterindustrien, setzen weniger im Inland ab und haben daher einen größeren Teil der Produktion für den Export verfügbar. Andere geben trotz hoher inländischer Nachfrage dem Export den Vorzug, da sie im Ausland höhere Preise erzielen. Schließlich sind viele Betriebe auf den Export spezialisiert und daher von der Binnenkonjunktur mehr oder weniger unab-

<sup>1)</sup> Der österreichische Export hängt stark von der westeuropäischen Industrieproduktion ab. Seine Entwicklung im I. Halbjahr 1956 entsprach den Werten, die auf Grund langjähriger Erfahrungen über den Zusammenhang zwischen der Steigerung der österreichischen Exporte und der Ausdehnung der westeuropäischen Industrieproduktion zu erwarten waren.

hängig. In vielen Fällen handelt es sich einfach darum, daß die österreichischen Betriebe kürzere Lieferfristen gewähren als die noch stärker überlastete ausländische Konkurrenz, oder daß österreichische Firmen Spezialaufträge übernehmen, die von den großen internationalen Gesellschaften, die ganz auf Serienfertigung eingestellt sind, zumindest in der Hochkonjunktur nicht ausgeführt werden.

Die österreichische Exportwirtschaft konnte aber auch kostenmäßig ihre Wettbewerbsfähigkeit bewahren. Die Stundenverdienste sind in vielen westeuropäischen Staaten (insbesondere in Frankreich, Westdeutschland und Großbritannien) von Anfang 1955 bis Anfang 1956 stärker gestiegen als in Österreich. Die verhältnismäßig günstige Kostenlage stärkt vor allem die Konkurrenzfähigkeit Österreichs gegenüber anderen Industriestaaten auf dritten Märkten. Die Exporte nach Übersee (ohne USA) waren im I. Halbjahr 1956 um 34% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

#### Regionale Struktur der Exporte

	1. Halbjahr 1956	
	Mill. S	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %
OEEC-Staaten	7 005	+16
Osteuropa	1 296	+84
Übriges Europa	344	+12
USA	414	+17
Übersee	1 318	+34
Insgesamt	10 377	+23

Im I. Quartal war die Zahlungsbilanz auch von der Importseite entlastet worden. Im II. Quartal jedoch wurden wertmäßig um 15% (volumenmäßig um 13%) und im Juli infolge der Häufung von amerikanischen Überschußgütern sogar um 31% (29%) mehr eingeführt als im Vorjahr. Die kräftige Zunahme der *Einfuhr* fällt besonders auf, da dank der guten Ernte 1955 und dem hohen Fleischangebot im I. Halbjahr 1956 weniger landwirtschaftliche Produkte eingeführt werden mußten. Außerdem hoffte man, daß sich die partielle Dämpfung der heimischen Nachfrage auch auf die Importe auswirken wird, zumal da im Vorjahr vielfach ausländische Rohstoffe auf Vorrat gekauft wurden.

Einer der Gründe für die hohen Importe liegt darin, daß Anfang 1956 weniger eingeführt als laufend verbraucht wurde. Die Kohleneinfuhr stagnierte infolge der Lieferschwierigkeiten der westeuropäischen Exportländer, die Kälte und die Kreditknappheit erschwerten Transporte und Rohstofffinanzierung. Die im I. Quartal unterlassenen Importe wurden später nachgeholt. Kohle z. B. wurde mengenmäßig im I. Quartal um 12% weniger, im II. Quartal aber um 28% mehr eingeführt als im

Vorjahr. Die Einfuhr von Textilrohstoffen war um 3% und 15% höher.

Weiters erfordern die besonderen Verhältnisse auf dem österreichischen Eisen- und Stahlmarkt hohe Importe. In Linz wurde Mitte 1956 der vierte Hochofen angeblasen, der nur ausländische Rohstoffe verarbeitet. Kokskohle und Schrott wird aus den USA, Erz aus der Bundesrepublik Deutschland, Italien und Schweden bezogen. Allein die Einfuhr von Eisenerzen und Schrott war im II. Quartal 1956 um 60 Mill. S oder 38% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Außerdem bezieht Österreich, wiewohl selbst ein bedeutender Exporteur von Eisen und Stahl, gleichzeitig in steigendem Maße ausländische Walzware. Im II. Quartal wurde um 93 Mill. S oder um 60% mehr Eisen und Stahl importiert als im Vorjahr. Die Importe deckten mehr als die Hälfte des heimischen Verbrauchszuwachses. Die hohe Einfuhr von Eisen und Stahl ist vielfach eine Folge des künstlich tief gehaltenen inländischen Eisenpreises. Da die eisenschaffende Industrie ihre Produkte im Inland billig abgibt, muß sie einen verhältnismäßig hohen Teil der Produktion zu Weltmarktpreisen exportieren. Gleichzeitig müssen die heimischen Verbraucher, die nicht ausreichend mit inländischer Walzware versorgt werden, größere Mengen zu Weltmarktpreisen importieren.

Schließlich begünstigt die Entwicklung des Verbrauches vielfach ausländische Erzeugnisse. Der Nachfragerückgang auf dem Fahrzeugmarkt z. B. beschränkt sich auf Motorräder, Lastkraftwagen und Autobusse, die vorwiegend im Inland erzeugt werden, während die Nachfrage nach Personenkraftwagen, die ausschließlich importiert werden, noch etwas größer ist als im Vorjahr. Ähnlich verhält es sich mit landwirtschaftlichen Investitionsgütern. Obwohl die Landwirtschaft im II. Quartal 1956 um 14% mehr Landmaschinen kaufte als im Vorjahr, mußte die heimische Produktion um 10% eingeschränkt werden, da sich die Nachfrage auf ausländische Erzeugnisse verlagerte. Auch in der Textilwirtschaft scheinen die traditionellen Importrohstoffe Wolle und Baumwolle auf Kosten der heimischen Zellwolle an Boden zu gewinnen.

Dagegen hatte die Eingliederung der USIA-Betriebe auf die Entwicklung der handelsstatistisch erfaßten Einfuhr nur geringen Einfluß. Im I. Halbjahr 1956 wurden aus der Sowjetunion und den übrigen Oststaaten (ohne Jugoslawien) Waren im Werte von 1 155 Mill. S eingeführt, das ist nur um 150 Mill. S oder um 15% mehr als im Vorjahr. Die osteuropäischen Staaten bezogen zwar im großen und ganzen die Waren weiter, die sie früher von den USIA-

Betrieben erhielten, sie waren jedoch bisher nicht imstande, ihre kommerziellen Lieferungen nach Österreich entsprechend zu erhöhen. An vielen Waren, die früher illegal aus dem Osten kamen, ist Österreich nicht interessiert, andere Waren, wie vor allem Grundnahrungsmittel, die Österreich gerne kaufen würde, können die osteuropäischen Staaten nicht in ausreichender Menge liefern. Auch die im Handelsvertrag mit der Sowjetunion vereinbarten Lieferungen wurden bisher erst teilweise erfüllt. Die ungleiche Entwicklung von Exporten und Importen belastet den Zahlungsverkehr mit den osteuropäischen Staaten. Die österreichischen Clearing-Guthaben nehmen ständig zu und nähern sich vielfach bereits der vertraglich vorgesehenen Kreditlimite.

### Schwierige Preis-Lohn-Situation

Die Preise sind in den letzten Monaten weiter gestiegen. Der Lebenshaltungskostenindex des Institutes war Mitte August mit 706,9 (1938 = 100) um 2,8% höher als Mitte August 1955. (Davon entfallen 0,8% auf Saisonprodukte.) Im Sommer wurden vor allem wichtige Nahrungsmittel (Milch, Fleisch) und verschiedene Dienstleistungen (Friseur, Kinos) teurer. Die Verbilligungen bei Saisonprodukten, wie Gemüse, Kartoffeln und Obst, waren geringer als saisonmäßig zu erwarten war. Auch die Preise vieler gewerblicher Güter haben bis in die jüngste Zeit angezogen. Insgesamt wurden von den 83 Waren und Dienstleistungen, die im Lebenshaltungskostenindex des Institutes enthalten sind, binnen Jahresfrist 28 teurer und nur 7 billiger. Außerdem schweben Preisforderungen für Inlandskohle, Eisen und Brot (im Zusammenhang mit den Lohnforderungen der Bäckereiarbeiter). Die Verbundgesellschaft wird ihren Strompreis im Mai 1957 um 20% erhöhen.

Die Löhne wurden seit Beginn des Konjunkturaufschwunges, im Frühjahr 1953, in drei Etappen erhöht. Die erste Lohnwelle wurde im Jahre 1954 durchgezogen, die zweite Welle begann im Jahre 1955 und war im wesentlichen im Frühjahr 1956 abgeschlossen. Eine Ausnahme bildeten nur die Löhne einiger Gruppen von Nahrungsmittelarbeitern, deren Forderungen zunächst zurückgestellt wurden, um die Preise wichtiger Grundnahrungsmittel nicht zu gefährden. Von diesen Nachzüglern haben inzwischen die Molkereiarbeiter bereits eine Lohn-erhöhung erhalten, während die Bäckereiarbeiter auf eine kurzfristige Erfüllung ihrer Forderungen drängen. Die laufende zweite Lohnwelle wird von einer dritten überlagert, die sich in der Hauptsache auf die kollektivvertragliche Zusicherung von Urlaubszuschüssen und anderen einmaligen Sonderzulagen

(z. B. 14 Monatsgehalt) beschränkt. Nach der Verdienststatistik des Institutes waren die Wochenverdienste (ohne einmalige Zulagen) in Wien im Juli brutto um 6 6% und netto um 5 3% höher als im Vorjahr. Die Gesamtverdienste der Industriearbeiter sind laut Lohnsummenstatistik stärker gestiegen (um 10 4% und 10 0%), da in vielen Zweigen Urlaubszuschüsse gezahlt wurden.

Die seit Beginn des Konjunkturaufschwunges anhaltende Tendenz leicht steigender Preise, wirft die Frage auf, ob nicht eine mäßige Preissteigerung von etwa 3% pro Jahr ein unvermeidlicher und angemessener Preis für ein rasches Wachstum des Sozialproduktes sei. Vollbeschäftigung sei — so wird häufig argumentiert — ein so wichtiges wirtschaftspolitisches Ziel, daß man eine säkuläre Aufwärtsbewegung der Preise in Kauf nehmen müsse und könne.

Für diese Auffassung ließ sich im Konjunkturaufschwung verschiedenes ins Treffen führen. Die leicht steigende Tendenz der Preise gab der Produktion starke Impulse und erleichterte die Anpassung des heimischen Preisgefüges an die Preisstruktur auf den Weltmärkten. Auch schienen Preissteigerungen zunächst deshalb weniger bedenklich, weil viele Preise nach der Stabilisierung zurückgegangen und auch auf den Weltmärkten starke Auftriebstendenzen wirksam waren. In der Hochkonjunktur jedoch sind Preissteigerungen problematisch und gefährlich. Sie verlieren ihre produktionsfördernde Wirkung, da die verfügbaren Produktivkräfte ohnehin voll ausgelastet sind. Gleichzeitig wird es schwieriger, Preise und Löhne unter Kontrolle zu halten. Die Bevölkerung ist sehr preisempfindlich. Die Häufung von Preiserhöhungen, auch wenn sie für sich genommen unbedeutend sind und sich auf die Lebenshaltungskosten nur wenig auswirken, nähren eine Haussestimmung und beeinflussen die Preiserwartungen. Die Spannung zwischen den Sozialpartnern wächst, die Bedingungen für eine gedeihliche Zusammenarbeit auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene verschlechtern sich. Die Wirtschaftskommissionen der drei Kammern und des Gewerkschaftsbundes mußte zweimal innerhalb eines Jahres (im November 1955 und im September 1956) einberufen werden, um über die bedrohliche Preis-Lohn-Situation zu beraten.

Die Stabilisierung von Preisen und Lohnkosten kann grundsätzlich auf drei verschiedenen Wegen angestrebt werden, wobei sich in der Praxis meist eine Kombination der verschiedenen Möglichkeiten empfehlen wird. Man kann zunächst an die Sozialpartner appellieren, *freiwillig Disziplin* zu halten

und auch vordringliche Forderungen im gesamtwirtschaftlichen Interesse zumindest zeitweilig zurückzustellen. Diese Appelle können durch propagandistische und politische Mittel unterstützt werden. Die Möglichkeiten, Preise und Löhne durch metaökonomische Maßnahmen zu beeinflussen, dürfen jedoch nicht überschätzt werden. Es wäre unrealistisch, anzunehmen, daß die zentrale Gewerkschaftsführung auf die Dauer imstande ist, die Einzelgewerkschaften, die in erster Linie die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten haben, davon abzuhalten, Lohnerhöhungen zu verlangen und durchzusetzen, die auf Grund der gegebenen Marktlage erreichbar sind und vielfach von den Unternehmern selbst für knappe Arbeitskräfte ohne weiteres gewährt werden. Ebenso bedenklich aber ist es, wenn in einer Marktwirtschaft, in der die Preise die Funktion haben, die zahllosen vielfältigen wirtschaftlichen Vorgänge aufeinander abzustimmen und zu ordnen, längere Zeit hindurch bestimmte Preise künstlich tief gehalten werden, nur weil sie zufällig die Produktions- und Lebenshaltungskosten stärker bestimmen und daher im Mittelpunkt des wirtschaftspolitischen Interesses stehen, während sich alle übrigen Preise der jeweiligen Marktlage anpassen können.

Finanzielle Stabilität kann weiters dadurch gesichert werden, daß die wirksame Gesamtnachfrage nach Gütern und Dienstleistungen durch entsprechende *monetäre und budgetäre Maßnahmen* gedämpft oder zumindest begrenzt wird. Eine restriktive Kredit- und Budgetpolitik ist notwendig und unbedenklich, wenn die kaufkräftige Nachfrage das Angebot an Gütern und Dienstleistungen zu konstanten Preisen zu übersteigen droht. Ihre Wirkung wird jedoch problematisch, wenn die Auftriebstendenzen bei Preisen und Löhnen im Grunde auf die Bemühungen der einzelnen Interessentengruppen zurückgehen, die Verteilung des Sozialproduktes zu ihren Gunsten zu ändern. Verschiedene westeuropäische Länder geben im Augenblick einen guten Anschauungsunterricht für die Tatsache, daß selbst ein durch monetäre Maßnahmen erzwungener Stillstand des realen Wachstums einer Volkswirtschaft nicht ohne weiteres ausreicht, von der Kostenseite stammende Preisauftriebstendenzen zu unterbinden.

Schließlich können Preis- und Lohnsteigerungen durch eine möglichst freie internationale Beweglichkeit von Gütern, Arbeitskräften und Kapital verhindert oder zumindest erschwert werden. Die großzügigere Handhabung der Kontingente, die weitere Ausweitung der Liberalisierung und die Ermäßigung von Zöllen würde das heimische Angebot vermehren oder zumindest potentiell zusätzliche Konkurrenz



schaffen und damit den Spielraum für Preissteigerungen einengen. Die gegenwärtig günstige Zahlungsbilanzsituation und die bevorstehenden Kapitalimporte würden es Österreich grundsätzlich erlauben, teilweise auch diesen Weg zu beschreiten. Inwieweit die stabilisierenden Kräfte des internationalen Wettbewerbes fruchtbar gemacht werden können, hängt von der Einsicht und dem gesamtwirtschaftlichen Verantwortungsbewußtsein der wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Interessenverbände ab.

### Geld- und Finanzpolitik im Dienste der Konjunkturstabilisierung

Die österreichische Wirtschaftspolitik hat im Laufe des Jahres 1955 durch *geld. und kreditpolitische* Maßnahmen versucht, die konjunkturellen Auftriebskräfte zu dämpfen. Die mehrfache Erhöhung der Bankrate, die Verschärfung der quantitativen Kreditkontrollen und die Festlegung von Mindestreserven auf Grund des Notenbankstatutes waren, in Verbindung mit der passiven Zahlungsbilanz, einige Zeit bemerkenswert wirkungsvoll. Im Winterhalbjahr 1955/56 sank das zirkulierende Geldvolumen um 2.146 Mill. S. Die Kreditausweitung war mit 1.071 Mill. S um 2.057 Mill. S geringer als im Winterhalbjahr 1954/55 und um 249 Mill. S geringer als der Einlagenzuwachs auf Sparkonten. Die Emissionstätigkeit auf dem Wertpapiermarkt wurde auf ein Minimum eingeschränkt.

Mit der neuerlichen Aktivierung der Zahlungsbilanz verlieren jedoch die kreditpolitischen Bremsen an Wirksamkeit. Die Devisenkäufe der Notenbank haben von Ende April bis Ende August dem Kreditapparat 1.452 Mill. S zusätzliches Notenbankgeld zugeführt, der damit neue Möglichkeiten erhielt, zusätzliche Kredite zu gewähren. Die Kreditinstitute behielten zunächst einen Teil der ihnen zufließenden Mittel oder verwendeten sie dazu, ihre Verschuldung gegenüber der Notenbank zu vermindern und Schatzscheine zu erwerben. Die Nettobeanspruchung der Notenbank durch das Kreditsystem sank von 1.041 Mill. S Ende Juni auf 289 Mill. S Ende August. Trotzdem konnten die Kreditinstitute im Juni und Juli 418 Mill. S und 470 Mill. S zusätzliche kommerzielle Kredite gewähren, um 144 Mill. S und 180 Mill. S mehr als zur gleichen Zeit auf Sparkonten eingelegt wurden. Das zirkulierende Geldvolumen, das im Winterhalbjahr 1955/56 um 21 Mrd. S zurückgegangen war, stieg im Juni und Juli wieder um 945 Mill. S. Die derzeitigen Kreditabkommen lassen daher für die Kreditausweitung einen breiteren Spielraum, da sich der Kreditplafond durch den starken Einlagen-

### Entwicklung des Geld- und Kreditvolumens

	Winterhalbjahr 1955/56	April bis Juli 1956
	☞ Monatliche Veränderung in Mill. S	
Kommerzielles Kreditvolumen . . . . .	+179	+328
Nettodevisenkäufe der Notenbank . . . . .	-172	+233
Geldvolumen . . . . .	-358	+269

zuwachs infolge der aktiven Zahlungsbilanz ständig erhöht

Unter diesen Umständen erscheint es notwendig, daß die Geld- und Kreditpolitik wieder vorsichtig operiert und durch die *Finanzpolitik* wirksam unterstützt wird. Eine konsequente antizyklische Budgetpolitik, die durch Überschüsse in der Hochkonjunktur und Defizite in der Krise die Konjunkturschwankungen zu mildern versucht, ist aus verschiedenen Gründen schwierig. Einnahmen und Ausgaben lassen sich nicht genau vorausschätzen und nur schwer konjunkturpolitisch manipulieren, Konjunkturprognosen über ein Jahr und länger sind unvermeidlich vage und unsicher, Budgetüberschüsse verstärken die Ausgabenfreudigkeit von Parlament und Ressorts, Budgetdefizite nähren Zweifel an der Geldwertstabilität. Bedenkt man weiters, daß die österreichische Budgetpolitik bisher nur wenig konjunkturpolitische Erfahrungen sammeln konnte, so wird man an sie keine übertriebenen Ansprüche stellen. Realistischerweise darf man jedoch erwarten, daß in einer gefahrvollen Preis-Lohn-Situation, wie sie gegenwärtig zweifellos besteht, vom Budget zumindest keine zusätzlichen Auftriebendenzen ausgehen.

Der Bundeshaushalt schnitt in den letzten Jahren sehr unterschiedlich ab. In den Jahren 1953 und 1954 erzielte der Bund geringe Überschüsse in der Gesamtgebarung und absorbierte überdies einen Teil der überschüssigen Liquidität der Kreditinstitute, indem er rd. 1 Mrd. S Anleihen aufnahm. Im Jahre 1955 jedoch, gerade als eine zumindest partielle Überhitzung der Konjunktur drohte, waren die Gesamtausgaben um über 1 Mrd. S größer als die laufenden Einnahmen, der Fehlbetrag wurde aus den in den Vorjahren angesammelten Kassenreserven gedeckt. Auch die bisher vorliegenden Ergebnisse für 1956 sind wenig ermutigend. Während das Gesamtbudget in der ersten Hälfte der Jahre 1953 bis 1955 leicht aktiv war, gab der Bund im 1. Halbjahr 1956 um 400 Mill. S mehr aus als er einnahm und verbrauchte den Rest seiner Kassenreserven. Der Abgang wäre größer gewesen, wenn nicht infolge der beengten Kassenlage des Bundes ein Teil der für Juni vorgesehenen Ausgabenkredite gekürzt worden wäre. Außerdem mehren sich die Klagen der Wirtschaft, daß die öffentliche Hand Rechnungen schleppend begleicht. Um einen eventuellen Abgang im 2. Halbjahr 1956 decken zu können, ver-

handelt der Bund gegenwärtig über die Aufnahme einer Inlandsanleihe.

Die schwierige Kassenlage des Bundes verdient um so mehr Beachtung, als die öffentlichen *Abgaben* nach wie vor hohe Erträge abwerfen. Im 1. Halbjahr 1956 waren die Bundesabgaben (brutto) mit 10.243 Mill. S um 1.086 Mill. S oder 12% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres, obwohl das Sozialprodukt mengenmäßig nur um etwa 4% und nominell um 7% zugenommen hat. Die im Vergleich zum Sozialprodukt stärkere Zunahme der Steuererträge geht teilweise auf die Progression der direkten Steuern zurück. Die Lohnsteuereingänge waren im 1. Halbjahr um 36%, die Lohn- und Gehaltssumme aber nur um etwa 12% höher als im Vorjahre. Gerade in den unteren und mittleren Einkommensstufen wird jedes zusätzliche Einkommen zu einem weit höheren Satz versteuert als das bisherige Einkommen. Bei einem steuerpflichtigen Monatseinkommen von 2.000 S z. B. beträgt der durchschnittliche Steuersatz in der Gruppe I 11,3%, der Marginalsatz (Steuersatz für ein zusätzliches Einkommen von 100 S) jedoch 30,1%. Die entsprechenden Zahlen lauten für die Steuergruppe II 7,5% und 20,1%, für Steuergruppe III/2 2,9% und 14,4%. Bei den veranlagten direkten Steuern, deren Erträge zwei Jahre nach Ablauf einer Einkommensperiode eingehen, beginnt sich erst jetzt das gute Konjunkturjahr 1954 auszuwirken. Die Einnahmenssteigerung ist besonders groß bei der Körperschaftssteuer (+35%), während sich bei der veranlagten Einkommensteuer noch die Steuersenkung 1954 auswirkt. Schließlich wachsen auch die Erträge der indirekten Steuern stärker als das Sozialprodukt, da gerade Güter und Leistungen, deren Umsätze und Verbrauch überdurchschnittlich stark zunehmen, verhältnismäßig hoch besteuert werden. Die Umsatzsteuer ist für Güter des elastischen Bedarfes höher als für Grundnahrungsmittel, der wachsende Anteil der Importe am Nationalprodukt erhöht die Zolleinnahmen und das Aufhören des illegalen Tabakhandels steigert die Erträge der Tabaksteuer.

#### Entwicklung der öffentlichen Abgaben

	1954		1955		1956
	1. Hbj.	2. Hbj.	1. Hbj.	2. Hbj.	1. Hbj.
	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr				
Direkte Steuern	+ 4	- 4	- 6	- 6	+11
Indirekte Steuern	+10	+15	+19	+19	+13
Öffentliche Abgaben insgesamt (brutto)	+ 7	+ 6	+ 8	+ 8	+12
Brutto-Nationalprodukt (nominell)	+11	+15	+16	+12	+ 7

Auf der anderen Seite hat der Bund im Jahre 1957 mit erhöhten Ausgaben zu rechnen. Er muß weiterhin die Lasten des Staatsvertrages finanzieren, die Aufstellung eines Heeres erfordert bedeutende zusätzliche Mittel und das anlässlich der letzten Nationalratswahlen gegebene Versprechen, die Beamtengehälter auf 100% der Ansätze des Gehaltsgesetzes zu valorisieren, muß in absehbarer Zeit honoriert werden. Dazu kommen noch andere laufende Mehranforderungen der verschiedenen Ressorts. Eine erste Zusammenstellung der Ressortwünsche ergab eine Ausgabensumme von 40 Mrd. S, um 10 Mrd. S mehr als voraussichtlich im Jahre 1956 ausgegeben werden wird. Nur ein Teil der Mehrausgaben kann durch laufende Mehreinnahmen an Steuern und Tarifen gedeckt werden. Auch von den verstaatlichten Industrien und den Großbanken wird man realistischweise zunächst keine entscheidende Entlastung des Budgets erwarten können.

Die Problematik des Budgets 1957 liegt im Grunde darin, daß in einer vollbeschäftigten Wirtschaft mit verhältnismäßig geringer Expansionsrate namhafte zusätzliche Ansprüche an das Sozialprodukt nur auf Kosten anderer Ausgaben oder anderer Bevölkerungsschichten befriedigt werden können. Es ist nicht möglich, gleichzeitig ein gut ausgerüstetes modernes Heer aufzustellen, die Beamtengehälter nicht nur nominell, sondern auch real zu valorisieren, den privaten Konsum und die private Investitionstätigkeit steuerlich zumindest nicht zu hemmen, den Ländern und Gemeinden höhere Anteile an den öffentlichen Abgaben zu geben und die wohlbegründeten Ansprüche der einzelnen Ressorts auf zusätzliche Ausgaben zu befriedigen. Wenn aus triftigen politischen und wirtschaftlichen Gründen auf eine Erhöhung der Steuersätze verzichtet werden und die Steuerbelastung der Haushalte und Betriebe zumindest nicht stärker erhöht werden soll, als dies bei steigenden Einkommen automatisch durch die dem Steuersystem innewohnende Progression geschieht, können die dem Bund zugemuteten zusätzlichen Aufgaben nur erfüllt werden, wenn er andere Ausgaben kürzt. In der gegenwärtigen labilen Preis-Lohn-Situation schiene es jedenfalls bedenklich, ein großes Defizit im Staatshaushalt zu präliminieren, das, wenn nicht unvorhergesehene Mehreinnahmen erzielt würden, nur durch Kreditoperationen gedeckt werden könnte.

## Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu Statistische Übersichten 1 1 bis 1.9

Die Geldmenge wurde in den letzten Monaten sowohl infolge von Devisenberschussen als auch infolge von Kreditausweitungen erhöhet. Während die Kreditexpansion in den ersten Monaten dieses Jahres annähernd gleich stark war wie die Zunahme der Spareinlagen, überschritt sie diese im Juni und Juli um insgesamt 323 Mill. S. Die Kreditinstitute hatten durch die Devisenkäufe der Notenbank genügend Einlagen erhalten, um ihre Kredite ausdehnen zu können.

Die *Deviseneingange* der Notenbank waren im August saisongemäß nur wenig geringer als im Vormonat. Die valutarischen Reserven nahmen um 502 Mill. S zu, gegen 637 Mill. S im Juli. Die EZU-Abrechnung schloß im August mit einem berschub von 9 Mill. \$, gegen 14 Mill. \$ im Juli. Im II. Quartal erhöheten sich auch die Devisenreserven außerhalb der Notenbank um 36 Mill. S, während im I. Quartal die Banken und Unternehmungen ihre Bestände um 72 Mill. S abgebaut hatten.

In den nächsten Monaten ist zwar saisongemäß mit geringeren Devisenberschussen zu rechnen. Da jedoch die Kreditinstitute noch nicht ihre gesamten zusätzlichen Mittel für die Kreditgewährung eingesetzt haben, verfügen sie über *Liquiditätsreserven*, die es ihnen erlauben, noch einige Zeit das Kreditvolumen auszuweiten. Von Ende April, als die Zahlungsbilanz wieder aktiv wurde, bis Ende August sind dem gesamten Bankensystem durch den Gegenwert der Devisenkäufe der Notenbank 1.452 Mill. S zugeflossen. Davon kamen 820 Mill. S als Noten in Verkehr, 425 Mill. S verwendeten die Kreditinstitute zur Auf füllung ihrer Guthaben bei der Notenbank, für 78 Mill. S zahlten sie Notenbankkredite zurück und für 65 Mill. S kauften sie Schatzscheine. Allein im August verminderten die Institute ihre Netto-Verschuldung gegenüber der Notenbank um 464 Mill. S und legten 98 Mill. S in Schatzscheinen an. Ende August wurden netto nur 289 Mill. S ihrer Mittel durch die Nationalbank refinanziert, gegen 1.041 Millionen Schilling Ende Juni und 648 Mill. S zu Jahresbeginn<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Unter „Netto-Verschuldung der Kreditinstitute“ werden hier reeskontierte Wechsel und Lombarddarlehen minus den freien Giro Guthaben der Kreditinstitute bei der Nationalbank verstanden, unter „Netto-Refinanzierung“ die Netto-Verschuldung plus Schatzschein-Eskont bei der Nationalbank. Es wird also angenommen, daß die Notenbank nur von den Kreditinstituten Wechsel und Schatzscheine kauft. Tatsächlich werden allerdings (derzeit geringfügige) Beträge, die im Wochen ausweis der Nationalbank nicht getrennt aufgeführt werden, direkt von Unternehmungen bzw. vom Bund gekauft.

Sowohl die allgemein gültigen Liquiditatsbestimmungen als auch die nur mit bestimmten Instituten vereinbarten Abkommen des Finanzministeriums über die Höhe des *Kreditplafonds* lassen den einzelnen Kreditinstituten gegenwärtig noch einen mehr oder minder großen Spielraum für weitere Kreditgewährungen. Im II. Quartal profitierten die an die Abkommen gebundenen Institute vom Abbau der Guthaben des Bundes bei der Postsparkasse, ihnen kamen 96% aller Einlagen auf Scheck- und Sparkonten zugute. Ihr Kreditplafond erhöhete sich dadurch um 563 Mill. S. Im gleichen Zeitraum weiteten sie ihr kommerzielles Kreditvolumen um 559 Mill. S aus. Davon entfielen 111 Mill. S auf Kredite, die nicht dem Abkommen unterliegen. Ihr nicht ausgenutzter Kredit spielraum nahm um 114 Mill. S zu. Die nicht an Abkommen gebundenen Institute dehnten ihre Kredite relativ noch stärker aus (um rund 300 Mill. S). Ende Juni unterschritten die gebundenen Institute den Kreditplafond netto um 940 Mill. S. Im Juli verminderte sich der Spielraum bei den Banken und Kreditgenossenschaften (für die Sparkassen liegen noch keine Zahlen vor) um 68 Mill. S.

Eine andere restriktiv wirkende Bestimmung in den Abkommen vom November v. J. wurde, zumindest global gesehen, bisher nicht ganz eingehalten. Wiewohl vorgeschrieben wurde, daß Unterschreitungen des Kreditplafonds durch einzelne Institute nicht ausgenutzt und Überschreitungen eingeschränkt werden sollen, wurden bis Ende Juni die Unterschreitungen noch um 57 Mill. S stärker ausgenutzt und die Überschreitungen nur um 34 Mill. S, statt um 338 Mill. S abgebaut.

Die *kommerziellen Kredite* nahmen im Juni um 418 Mill. S und im Juli um weitere 470 Mill. S zu. Schon im Juni hatten die Banken der Elektrizitätswirtschaft einen Vorschuß von 60 Mill. S gewährt, da die Weltbankanleihe bisher noch nicht flüssig gemacht werden konnte. Im Juli finanzierten die Unternehmungen teilweise auch die halbjährlichen Tilgungs- und Zinsenzahlungen der ERP-Kredite durch Bankkredite.

Die Netto-Zunahme der *Spareinlagen* blieb hinter der Kreditausweitung zurück, obwohl sie höher war als im Vorjahre. Im Juni wurden 274 Mill. S und im Juli (nach vorläufigen Zahlen) 290 Mill. S netto eingelegt. Im I. Quartal d. J. wurde zwar trotz höheren Zinsgutschriften nur ebensoviel eingelegt wie im I. Quartal 1955, im II. Quartal waren die Netto-Zugänge auf den Sparkonten jedoch um 145 Mill. S oder 23% höher als vor einem Jahr.

Ebenso wie die Spareinlagen können u. U. auch längerfristig *gebundene Scheckeinlagen* eine Kredit-

## Zuwachs des Spareinlagenstandes

	1955			1956	
	III	IV.	I	II	Juli
	Quartal				
In Mill. S	517	203	1.118	766	290
In % gegenüber dem gleichen Vorjahresquartal	-9	-47	+0	+23	+14

ausweitung neutralisieren<sup>1)</sup>. Im 1. Halbjahr nahmen diese Einlagen um 217 Mill. S zu und dürften ungefähr durch Wertpapierkäufe der Kreditinstitute kompensiert worden sein.

Die *Geldmenge* nahm zufolge der Zahlungsbilanzüberschüsse und der Kreditausweitung im Juni und Juli um 630 Mill. S und 315 Mill. S zu, d. i. um 328 Mill. S und 384 Mill. S mehr als im Juni und Juli 1955. Mit 29 322 Mill. S wurde Ende Juli erstmalig der Stand zu Jahresbeginn um 117 Mill. S überschritten.

Die Verringerung der Geldmenge im Winterhalbjahr wirkte sich auf die effektive Nachfrage nicht voll aus, weil gleichzeitig die *Umlaufgeschwindigkeit* des Geldes stieg. Im II. Quartal d. J. erhöhten sich aber sowohl die Geldmenge als auch die Umlaufgeschwindigkeit. Letztere war um 18% höher als im II. Quartal 1955. Offenbar beurteilten die Unternehmer die Konjunkturaussichten weiterhin optimistisch, teilweise waren sie auch gezwungen, zwecks Fortführung begonnener Investitionen, für die sie keine Kredite bekamen, ihre Kassenhaltung zu verringern. Nachdem der Bund seine bisher stillliegenden Kassenbestände im wesentlichen abgebaut hat, ist eine weitere Beschleunigung der Umlaufgeschwindigkeit kaum noch möglich, es sei denn, die Preiserwartungen würden sich entscheidend ändern. Im II. Quartal d. J. war die Umlaufgeschwindigkeit nur noch um rund 7% niedriger als im Inflationsjahr 1951.

Die *öffentlichen Einlagen* beim Postsparkassenamt, bei dem der Bund seine Kassenreserven hält, nahmen im 1. Halbjahr um rund 522 Mill. S auf rund 275 Mill. S ab. Die gesamten öffentlichen Einlagen verminderten sich allerdings nur um 346 Mill. S, weil andere öffentliche Körperschaften und Anstalten (Gemeinden, Länder und Sozialversicherungsanstalten) Überschüsse erzielen konnten.

Am *Aktienmarkt* war die Kursentwicklung einheitlich. Von Mitte Juli bis Mitte August ist der Kursindex für Industrieaktien leicht (um 0,5%) zu-

<sup>1)</sup> In der österreichischen Geldmengenstatistik werden die gebundenen Scheckeinlagen (d. s. Zeit- oder Termineinlagen im Gegensatz zu den jederzeit fälligen Sichteinlagen) zur Geldmenge gerechnet. Eine Zunahme der Termineinlagen wirkt sich also — soweit nicht nur bisher schon stillliegende Sichteinlagen umgebucht werden — im Gegensatz zu Einlagen auf Sparkonten nicht auf die Geldmenge, sondern auf die Umlaufgeschwindigkeit aus

rückgegangen. Am Rentenmarkt wurden im Juli 40 Mill. S Pfandbriefe und Kommunalobligationen emittiert. Mitte September ist eine 7%ige „Kirchliche Aufbauanleihe“ von 50 Mill. S zur Zeichnung aufgelegt worden. Da diese einem außergewöhnlichen Zweck gewidmete Anleihe bestimmte Sparererschichten besonders ansprechen wird, kann mit einem guten Ergebnis gerechnet werden. Aus diesem voraussichtlichen Erfolg werden jedoch keine Rückschlüsse auf die derzeitige Lage des Kapitalmarktes gezogen werden dürfen.

## Preise und Löhne

Dazu Statistische Übersichten 2.1 bis 2.9 und 10.1

Auf dem Weltmarkt überwogen Auftriebstendenzen. Auf dem *Inlandsmarkt* erfuhren die Preise der Investitionsgüter durch die langen Lieferfristen für Walzmaterial — die die nachgeordnete Industrie zu teureren Importen zwingen — einen leichten Preisauftrieb. Obst und Gemüse waren im August durchschnittlich eineinhalb bis zweimal so teuer wie im Vorjahr. Der saisonbereinigte Lebenshaltungskostenindex ist dadurch von Mitte Juli bis Mitte August um 1,2% gestiegen.

Das Gewicht der *Lohnbewegungen* hat sich im August von den bisherigen Forderungen und Gewährungen von Urlaubszuschüssen auf solche von unmittelbaren Lohnerhöhungen verschoben. Die Molkereibediensteten erhielten Lohn- und Gehaltserhöhungen (um 15 bis 30%), während wegen ähnlicher sehr nachdrücklicher Forderungen der Mühlen-, Bäckerei- und Handelsarbeiter noch verhandelt wird.

Zwei Faktoren haben auf dem *Weltmarkt* erhebliche Preisbewegungen zur Folge gehabt: die Beendigung des Stahlarbeiterstreikes in den Vereinigten Staaten und die Suezkanalkrise.

In der amerikanischen Stahlindustrie wurde Anfang August die Arbeit nach einem einmonatigen Streik wieder aufgenommen. Den Arbeitern wurden in drei Jahresabschnitten Lohnerhöhungen um insgesamt rund 12% und sonstige Vorteile, die einer weiteren Lohnerhöhung um 4% gleichkommen, zugestanden. Die Stahlwerke haben sich hingegen durch die Zusage der Arbeiter, in den nächsten drei Jahren nicht zu streiken, für die geplante Expansion eine Periode ungestörter Arbeit gesichert. Durch den Streik waren die Händlerlager nahezu aufgezehrt; die daher gesteigerte Nachfrage erleichterte es den Stahlwerken, ihre Preise — wie schon seit Monaten geplant — zu erhöhen. Kommerzware wurde um durchschnittlich 8 \$ je shortton (8 bis 9%) teurer. Das für die amerikanische Stahlkonjunktur sehr charakteristische

Verhalten des Schrottpreises<sup>1)</sup> kündigte bereits im Juli einen Aufschwung der Stahlkonjunktur an. Der Preis für Stahlschrott ist seit seinem Tiefststand Mitte Juli (45 \$ je t) bis Ende August auf 59 \$ je t, also um über 30% gestiegen und hat damit wieder den Rekordstand vom April dieses Jahres erreicht. Da man damit rechnet, daß die Produktion nur langsam wieder anläuft und die volle Kapazität der Stahlwerke erst im IV. Quartal dieses Jahres erreicht werden wird, erwartet man weitere Schrottpreiserhöhungen. Auf dem europäischen Markt hat die verstärkte Nachfrage die Exportpreise für Walzwaren merklich erhöht. Seit Anfang Mai sind z. B. die Exportpreise für Betonstahl in Thomas-Güte je t von 110 bis 113 \$ auf 117 bis 119 \$ Ende Juli (um rund 6%) gestiegen. Nach Beendigung des amerikanischen Streikes gingen die Preise in der ersten Augustwoche wieder auf 114 bis 117 \$ je t zurück, doch läßt das nur langsame Wiederanlaufen der amerikanischen Stahlproduktion die westeuropäischen Stahlproduzenten auf anhaltend feste internationale Preise hoffen. Die deutsche Schwerindustrie hält mit einer Erhöhung der Walzwarenpreise im Inland noch zurück; die Einführung der von den Gewerkschaften für 1. Oktober d. J. geforderten 42-Stunden-Woche könnte jedoch zum Anlaß genommen werden, die Preise hinaufzusetzen.

Die Suezkanalkrise ließ Anfang August eine Reihe von sogenannten politischen Rohwaren sprunghaft teurer werden. Dank der inzwischen erfolgten Entspannung sanken die Preise — vor allem die der Nicht-Eisenmetalle — wieder langsam, doch scheint das Ende des Stahlarbeiterstreikes in den USA und das erhoffte lebhaftes Herbstgeschäft in der amerikanischen Automobilindustrie diesen Preisrückgang zu dämpfen und teilweise sogar aufzuhalten.

Auf dem Agrarsektor sind die Preise weiterhin fest. Trotz den großen Lagern und der guten neuen Ernte rechnet man damit, daß sich die künstlich gestützten Preise für Getreide und Baumwolle auf der bisherigen Höhe halten werden.

Die Veränderungen der *internationalen Rohstoffpreisindizes* von Ende Juli bis Ende August spiegeln einerseits das Anziehen der amerikanischen Getreidepreise, andererseits den Preisrückgang am Londoner NE-Metallmarkt deutlich wider. *Moody's Index* für amerikanische Industrierohstoffe ist im Laufe des August von 413,8 um 3,1% auf 426,6 gestiegen, während *Reuter's Index* für Sterlingwaren von 480,7 um 1,3% auf 474,6 gesunken ist.

Auf dem *Inlandsmarkt* entwickelten sich die Preise für Investitionsgüter uneinheitlich. Preiserhöhungen

für Gußstücke und Walzmaterial (vor allem Bleche) stehen vom Weltmarkt ausgehende Preissenkungen für NE-Metalle gegenüber. Gußeisen ist infolge des im Juli um 40% gestiegenen Preises für Gießereikoks teurer geworden. Die Verarbeiter von Walzwaren sahen sich wegen der langen Lieferfristen der heimischen Hüttenwerke teilweise gezwungen, Importware zu höheren Preisen zu verwenden. Die Preise für Maschinen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie sind dadurch im Juli und August zum Teil um 6%, einzelne Werkzeugmaschinen um 4 bis 5%, landwirtschaftliche Maschinen um 4% gestiegen. Blechwaren wurden um rund 4% teurer. Dagegen sind Messingschrauben, Armaturen und sonstige NE-Metallerzeugnisse seit Jahresbeginn um rund 6% billiger geworden.

Die Preiserhöhungen für Schuhe, die sich bisher vor allem auf Standardschuhe beschränkt hatten, breiten sich in jüngster Zeit auf alle Kalblederschuhe aus. Sie werden mit den seit Monaten anziehenden Lederpreisen (vor allem von Kalbleder) begründet und betragen im Durchschnitt 4 bis 5%. Bekleidungsleder ist hingegen in den vergangenen Monaten unter dem Druck der Konkurrenz und wegen des gegenüber dem Vorjahr schwächeren Absatzes (Lederhosen sind in diesem Jahr zum Teil durch Samthosen verdrängt worden) um 5 bis 8% billiger geworden.

Wie schon im Juli kurz berichtet wurde, sind auf Grund des Milchpreisstützungsgesetzes 1956 ab 1. August die Milchverbraucherpreise um 8 gr je l erhöht worden, wobei gleichzeitig der Fettgehalt der Milch von 3,5 auf 3,2% herabgesetzt wurde. Beides zusammen kommt einer Preiserhöhung um 8% gleich. Die Erzeugerpreise wurden in diesem Zusammenhang rückwirkend ab 1. März d. J. von 1,60 S auf 1,90 S je l hinaufgesetzt, wobei 50 gr (bisher 20 gr) je l durch den staatlichen Milchpreisstützungsfonds bereitgestellt werden, der hierfür 300 Mill. S „Förderzins“ von der Erdölwirtschaft erhält.

Auf den Wiener Viehmärkten war im August der durchschnittliche Wochenauftrieb an Rindern um 4%, die Anlieferung von Kälbern und Schweinen um je 3% höher als im Vormonat. Gleichzeitig sind die Letztverbraucherpreise für Rindfleisch um 1% gesunken, für Schweinefleisch um 1,4% gestiegen. Kalbfleisch kostete gleich viel wie im Juli. Die bereits im Juli gemeldete Verteuerung von Fleisch- und Wurstwaren hielt wegen der steigenden Schweinefleischpreise an.

Speiseöle sind wegen der rückläufigen Preisbewegung von Ölen auf dem Weltmarkt auch im Inland zum Teil um 3 bis 4% billiger geworden.

<sup>1)</sup> Siehe Monatsberichte, Heft 6, Jg. 1956, S. 193

Obst und Gemüse waren wie seit Monaten auch im August bedeutend teurer als zur gleichen Vorjahreszeit. Bei um 16% geringerer Anlieferung von inländischem Obst auf den Wiener Märkten kosteten Marillen dreimal, Zwetschken, Pfirsiche, Ringlotten und Äpfel eineinhalb bis zweimal so viel wie im August 1955. Gemüse wurde um 11% weniger importiert; die Gesamtanlieferung auf den Wiener Märkten blieb um 0,3% unter dem Vorjahresstand. Erbsen, Kraut und Fisolen kosteten um 67, 61 und 44% mehr, Karotten und Kochsalat um 21% weniger als vor einem Jahr.

Der vom Statistischen Zentralamt berechnete Index der *Großhandelspreise* stieg von Mitte Juli bis Mitte August um 1%. Hierzu haben — wie auch schon im Vormonat — vor allem die Nahrungs- und Genußmittel beigetragen, deren Teilindex um 17% höher war als im Juli. Fleisch (Rindfleisch 5%, Schweinefleisch 3%), Wein (7%), Weizen (1%) und Roggen (1%) sind im Großhandel teurer geworden, während unter den Nahrungsmitteln lediglich der Gerstenpreis um 2% sank. Der Teilindex für Industrierohstoffe ist, da sich die gegenläufigen Entwicklungen einzelner Warengruppen die Waage hielten, unverändert geblieben. Baumwolle und Wolle sind um 6 bzw. 15% billiger geworden; die Preise für Nicht-Eisenmetalle (Kupfer 11%, Blei 5%, Zinn 1%)<sup>1)</sup> und für Kautschuk (10%) sind den Weltmarktpreisen folgend gestiegen.

Gegenüber August 1955 hat sich der Index der Großhandelspreise nur um 0,2% erhöht, da die Preiserhöhungen bei den Nahrungs- und Genußmitteln durch Preissenkungen bei den Industrierohstoffen annähernd kompensiert wurden. Die Teilindizes für Nahrungs- und Genußmittel sind um 0,5% gestiegen, für Industrierohstoffe um 0,3% gesunken.

Von den Waren, die im Index der Großhandelspreise *nicht* enthalten sind, wurden gegenüber dem Vormonat vor allem Eier (3%) und Leinöl (2%) teurer, Baumwollgarne um 3% billiger. Gegenüber dem Vorjahre waren Eier um 8% und Leinöl um 28% teurer, Baumwollgarne um 9% billiger.

Der vom Institut für den Stichtag 15. August berechnete Index der *Lebenshaltungskosten* (nach einem Normalverbrauchsschema für eine Arbeiterfamilie mit 2 Kindern in Wien) hat sich gegenüber Juli nicht verändert. Der Verteuerung von Milch (4%)<sup>2)</sup>, Speiseöl (3%), Schweinefleisch (2%) und Marmelade (3%) stehen zum Großteil saisonbedingte Verbilligungen von Gemüse (8%), Kartoffeln (4%) und Rindfleisch (2%) gegenüber. Die vom Marktamt der Stadt Wien

<sup>1)</sup> Die Notierungen für NE-Metalle sind seither — nach Entspannung der Suezkanal-Krise — wieder zurückgegangen

gemeldete Verteuerung von Speiseöl, die der Indexberechnung zugrunde liegt, steht mit den seit Juni von der Industrie und vom Einzelhandel gemeldeten Preisherabsetzungen nicht im Einklang<sup>3)</sup>.

Berücksichtigt man die aus einem langjährigen Durchschnitt ermittelte normale Saisonbewegung für Gemüse, Obst, Eier und Kartoffeln, ist der *Lebenshaltungskostenindex* gegenüber dem Vormonat um 1,2% gestiegen. Bei diesem saisonbereinigten Index wirkt sich vor allem die zwischen Juli und August gegenüber anderen Jahren wesentlich geringere Verbilligung von Gemüse, Kartoffeln und Obst aus.

*Preisveränderung der saisonabhängigen Nahrungsmittel des Lebenshaltungskostenindex zwischen 15. Juli und 15. August*

	Langjähriger Durchschnitt	%	1956
Gemüse	— 17		— 8
Obst	— 17		0
Kartoffeln	— 32		— 4

Die Gewerkschaften bemühen sich in den letzten Monaten die *Löhne und Gehälter* einiger Beschäftigtengruppen, vor allem die der Bediensteten in einigen Zweigen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, nachzuziehen. Die Molkereibediensteten konnten nach Erlaß des Milchpreisstützungsgesetzes, rückwirkend ab 1. Juni, Lohn- und Gehaltserhöhungen von 15 bis 30% erreichen (Diese werden aus dem Mehrerlös für die um 8 gr je Liter verteuerte Milch bestritten). Ähnliche Erhöhungen werden sehr nachdrücklich unter Androhung gewerkschaftlicher Maßnahmen von den Bediensteten der Mühlen und Bäckereien gefordert; die Lohnverhandlungen sind noch im Gange. Sowohl die Mühlen als auch die Brotfabriken und die gewerblichen Bäckereien erklären, eine Lohn- oder Gehaltserhöhung bei den derzeitigen Preisen nicht tragen zu können.

Für die Landarbeiter wurden im Juli und August in nahezu allen Bundesländern Lohnerhöhungen (im Durchschnitt um 10%) und sonstige Verbesserungen durchgesetzt. Die Bediensteten im privaten Autobusgewerbe erhielten im August neben einer 10%igen Lohnerhöhung einen Wochenlohn als Urlaubszuschuß. Ebenfalls um durchschnittlich 10% wurden

<sup>2)</sup> Die Verringerung des Fettgehaltes der Milch von 3,5 auf 3,2%, die zusammen mit der Milchpreiserhöhung eine effektive Verteuerung um 8% darstellt, wird in der Indexberechnung nicht berücksichtigt, da auch die im März 1953 erfolgte Erhöhung des Fettgehaltes der Milch von 3 auf 3,5% unberücksichtigt blieb.

<sup>3)</sup> Dieser Widerspruch kann vielleicht mit der uneinheitlichen Preisbildung und der geringen Repräsentation bei der Preisermittlung erklärt werden.

die Löhne der Arbeiter in der Öl- und Fettindustrie erhöht. Die Angestellten der Industrie der Steine und Erden erhielten eine 7%ige Gehaltserhöhung und schließlich wurden die Löhne der Friseure in Salzburg, Steiermark und Tirol nachgezogen. Diese Länder hatten an der allgemeinen Lohnerhöhung für Friseurbedienstete im Juli nicht teil.

Neben diesen unmittelbaren Lohn- und Gehaltserhöhungen setzten die Gewerkschaften ihre Anstrengungen, durch einmalige Sonderzahlungen – vor allem durch Urlaubszuschüsse bzw. durch das 14. Monatsgehalt für Angestellte – Einkommenserhöhungen zu erzielen, fort. Die Angestellten der Textilindustrie erhielten 40% (bisher 25%) des 14. Monatsgehaltes, die Angestellten der Chemischen Industrie bekommen ab 1957 75% (bisher 50%). Auch für einige weitere kleinere Arbeitergruppen wurden im August Urlaubszuschüsse in der Höhe von 1 bis 1½ Wochenlöhnen vereinbart.

Außer den Mühlen- und Bäckereibediensteten fordern vor allem die Handelsarbeiter im ganzen Bundesgebiet nachdrücklich und unter Androhung gewerkschaftlicher Maßnahmen eine 7%ige Lohnerhöhung, zwei Wochenlöhne als Urlaubszuschuß und eine Verbesserung des Krankenentgeltes.

Der Index der *Arbeiter-Nettotariflöhne* in Wien (für Verheiratete mit 2 Kindern) ist im August gegenüber dem Vormonat ohne Kinderbeihilfen um 0,2% gestiegen. Hierbei wirkten sich die Lohnerhöhungen bei den Molkereiarbeitern (15 bis 30%) aus<sup>1)</sup>. Seit August 1955 ist der *Tariflohnindex* ohne Kinderbeihilfen um 4,7%, mit Kinderbeihilfen um 5,5% gestiegen. Die Einkommenserhöhungen durch einmalige Sonderzahlungen, wie Remunerationen oder Urlaubszuschüsse, werden durch den Tariflohnindex nicht ausgewiesen.

### Land- und Forstwirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 3 I bis 3 10

Dank günstiger Witterung und neuen Maschinen konnte trotz Mangel an Arbeitskräften bereits im August der Schnitt beendet und die Getreideernte eingebracht werden. Im Gegensatz zum Vorjahr ist heuer die Qualität der Körnerfrüchte gut. Roggen brachte zumeist höhere Hektarerträge als im Jahre 1955, aber auch die Erträge an Weizen, Gerste und Hafer liegen über dem Durchschnitt und sind ungefähr gleich hoch wie im Vorjahre. Überdies gab es viel Grünfutter und Heu, und auch die Hackfrüchte

<sup>1)</sup> Da die Erhöhung im August rückwirkend ab 1. Juni gewährt wurde, ist auch die Indexreihe in Tabelle 24 der Statistischen Übersichten ab Juni korrigiert worden.

versprechen gute Erträge<sup>2)</sup>. Dennoch dürfte das *Volumen der landwirtschaftlichen Produktion* im Jahre 1956 das hohe Niveau des Vorjahres nicht ganz erreichen. Diese Voraussage berücksichtigt vor allem den Rückgang des Schweinebestandes, den ungünstigen Stand der Reben – nur im Burgenland und in der Steiermark erwartet man eine halbwegs zufriedenstellende Weinernte – sowie den Umstand, daß es heuer außer Äpfeln und Beerenfrüchten nur relativ wenig heimisches Obst gibt.

Die *Investitionstätigkeit* der Landwirtschaft war im 1. Halbjahr immer noch sehr lebhaft. Zwar ging die inländische Produktion von Landmaschinen zurück – sie liegt seit Monaten unter dem Niveau des Vorjahres –, dafür bezogen die landwirtschaftlichen Betriebe in diesem Jahr mehr Maschinen aus dem Ausland. Das *Volumen der Bruttoinvestitionen von Traktoren und Landmaschinen* erhöhte sich im II. Quartal gegenüber dem Vorjahr um 40% (im I. Quartal um 31%), wobei die Investitionen an Traktoren um 57% (51%), an Landmaschinen aber nur um 14% (10%) stiegen. Im 1. Halbjahr lag der Index der Investitionen an Traktoren um 55%, an Landmaschinen um 13%, insgesamt um 35% über dem entsprechenden Niveau von 1955. Der *Wert der maschinellen Investitionen* der Landwirtschaft (ohne Anhänger und Wagen) betrug bis Ende Juni 727 Mill. S, gegen 581 Mill. S und 382 Mill. S im 1. Halbjahr 1955 und 1954. Er hat sich somit seit 1954 fast verdoppelt.

#### Volumen und Wert der Bruttoinvestitionen von Traktoren und Landmaschinen<sup>1)</sup>

Jahr	Quartal	Volumen der Investitionen			Wert der Investitionen		
		Traktoren	Landmaschinen	Insgesamt	Traktoren	Landmaschinen	Insgesamt
Ø 1950 = 100							
Mill. S zu laufenden Preisen							
1955	I	298,4	111,6	165,6	92,5	143,1	235,6
	II	439,8	172,7	249,9	131,9	213,1	345,0
	III	484,7	170,9	261,7	142,4	202,5	344,9
	IV	484,7	134,2	235,5	141,9	177,2	319,1
	Insgesamt	426,9	147,3	228,1	508,7	735,9	1.244,6
1956	I	449,8	123,0	217,5	137,6	164,6	302,2
	II <sup>2)</sup>	690,8	196,5	351,1	209,1	216,2	425,3

<sup>1)</sup> Institutsberechnung; die Produktion an Landmaschinen in den ehemaligen USLA-Betrieben ist voll berücksichtigt – <sup>2)</sup> Vorläufige Zahlen

Der *Absatz von Handelsdünger* war im II. Quartal insgesamt nur um 1% höher als im gleichen Quartal des Vorjahres. Im einzelnen war die Entwicklung jedoch sehr unterschiedlich: Gestiegen sind die Umsätze an Stickstoff- (+13%), Phosphat- (+12%) sowie Voll- und Mischdüngemitteln (+100%), gefallen

<sup>2)</sup> Frühkartoffeln lieferten nach vorläufigen Schätzungen um etwa 5% höhere Erträge, der erste Schnitt der Wiesen war mengenmäßig um 10% und der der Kleeschläge um 15% höher als im Vorjahr.

die von Kalidünger ( $-50\%$ ). Auch der Umsatz an Düngekalk ging zurück ( $-62\%$ ). Im Wirtschaftsjahr 1955/56 erhöhte sich der Kunstdüngerabsatz insgesamt um  $5\%$ ; er stieg bei Stickstoff- ( $+6\%$ ), Phosphat- ( $+14\%$ ), Voll- und Mischdünger ( $+48\%$ ) und sank bei Kalidünger ( $-16\%$ ). Daß der Verbrauch an Düngekalk sinken würde, war nach dem Abbau der Preisverbilligung im Juli 1955 zu erwarten, doch überrascht das Ausmaß des Rückganges ( $-47\%$ ). Die Ursache für die unterschiedliche Verbrauchsentwicklung der anderen Düngemittel liegt offenbar nicht an den Preisen, da diese unverändert blieben. Nach den Berichten der OEEC, Paris, rechneten die offiziellen Stellen in Österreich mit einer Zunahme des Kunstdüngerverbrauches im Wirtschaftsjahr 1955/56 um  $16\%$ , und zwar bei Stickstoff um  $11\%$ , bei Phosphorsäure um  $15\%$  und bei Kali um  $20\%$ . Der Verbrauch von Düngekalk wurde gleich hoch wie 1954/55 veranschlagt. Der tatsächliche Verbrauch war jedoch, außer bei Phosphorsäure, viel niedriger.

#### Absatz von Handelsdünger

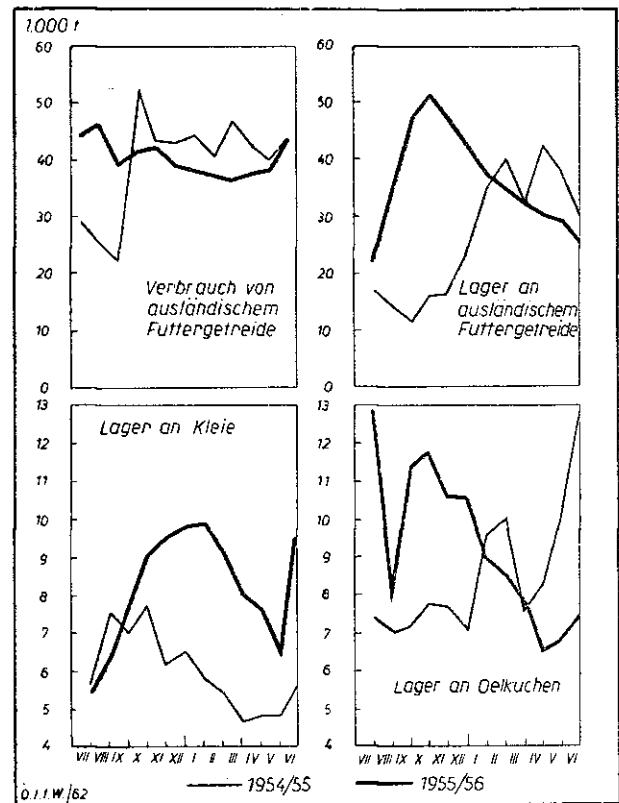
Jahr, Quartal	Stickstoffdünger	Phosphatdünger	Kalidünger	Misch- u. Voll- dünger	Kunstdünger insges.	Düngekalk
1955 III	43,2	92,3	32,7	0,9	169,1	15,8
IV	9,4	53,1	16,1	0,8	79,4	29,4
1956 I	40,3	92,5	50,6	4,2	187,5	10,7
II	58,9	45,4	12,6	4,1	121,0	9,7
1955/56	151,9	283,2	112,0	10,0	557,1	65,7
In % von 1954/55	106	114	84	148	105	53

Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft „Monatsberichte über die österreichische Landwirtschaft“

Nach letzten Meldungen hat die Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1955/56 457.984 t Brotgetreide auf den Markt gebracht, davon 287.542 t Weizen und 170.442 t Roggen. Voraussichtlich werden im laufenden Wirtschaftsjahr mindestens 50.000 t Roggen mehr angeboten werden, da der Ertrag höher war und die Lohnvermahlungen für den landwirtschaftlichen Eigenbedarf an Brot und Mehl zurückgehen<sup>1)</sup>. Der Bedarf an Roggen kann voraussichtlich voll aus der eigenen Ernte gedeckt werden. Man rechnet mit einer Marktleistung von 500.000 t Weizen und Roggen, der Einfuhrbedarf beträgt daher knapp 200.000 t. In erster Linie wird Hartweizen importiert werden müssen, der zur Verbesserung der Mehlqualität benötigt wird. Im Juli kamen aus dem Inland um  $73\%$  mehr Weizen und um  $2\%$  mehr Roggen, im ganzen um  $26\%$  mehr Getreide auf den Markt als vor einem

<sup>1)</sup> Immer mehr Bauern gehen vom Selbstbacken des Brotes ab und decken ihren Bedarf in den Bäckereien. Dadurch wird nicht nur viel Arbeit im ländlichen Haushalt erspart, das fertige Brot kommt infolge der Preisstützung des Getreides auch billiger

#### Verbrauch und Vorräte an Futtermitteln (Normaler Maßstab; 1.000 t)



Die Landwirtschaft verbrauchte im Wirtschaftsjahr 1955/56 ungefähr die gleiche Menge ausländisches Futtergetreide wie im Vorjahr und im Vorkriegsdurchschnitt. Im 2. Halbjahr 1955 waren Ölkuchen, im Herbst 1955 ausländisches Futtergetreide und im Winter 1955/56 Kleie und Futtermehl in ziemlich reichlichen Mengen vorrätig.

Jahr. Der Vorrat an In- und Auslandsgetreide war Ende Juli mit 138.000 t (vorläufige Angabe) um 25.000 t höher als voriges Jahr. Er reichte für 70 Tage

Die Landwirtschaft verbrauchte im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 480.000 t ausländisches Futtergetreide, das ist ungefähr die gleiche Menge wie im Vorjahr (470.000 t einschließlich 25.000 t US-Mais für Hochwassergebiete) und im Vorkriegsdurchschnitt. Der Verbrauch schwankte zwischen 35.000 t und 45.000 t monatlich. Der Lagerbestand ging von über 50.000 t im Oktober 1955 auf etwa 20.000 t im Juli 1956 zurück. Die Vorräte an Ölkuchen (7.000 t) sowie an Kleie und Futtermehl (10.000 t) sind ausreichend.

Die Marktproduktion an Milch war im Juli mit 108.390 t saisongemäß um  $2\%$  niedriger als im Juni, sie lag um  $3\%$  über dem Vorjahrsniveau. Der erhöhte Erzeugerpreis für Milch veranlaßte die Landwirtschaft, ihre Lieferungen im August zu forcieren: die Marktproduktion erreichte nach vorläufigen Angaben 105.000 t, sie war damit um  $7\%$  höher als im



Jahre 1955. Die Molkereien erzeugten im Juli 1.848 t Butter (-1%) und 1.650 t Käse (-1%). Von September bis Dezember wird die Landwirtschaft nach vorsichtiger Schätzung noch 380.000 t Milch absetzen, so daß die Marktleistung im Jahre 1956 voraussichtlich 118 Mill. t erreichen wird. Sie läge damit um 4% über dem Niveau von 1955.

Auch im August war das *Angebot von Schlachtvieh und Fleisch in Wien* wieder etwas schwächer als im Vorjahr. Es wurde im Wochendurchschnitt um 2% weniger Fleisch aufgebracht, die Lieferungen an Schweinen, Rindern und Kälbern waren um 4%, 3% und 5% niedriger als im Jahre 1955. Das *Angebot aus dem Inland* sank gegenüber dem Vormonat um 11% (im Jahre 1955 um 13%) auf 97% von 1955. Es wurden zwar mehr Rinder (+5%) geliefert, jedoch weniger Schweine (-10%) und weniger Kälber (-5%).

Nach den Berechnungen des Institutes erreichte der *Fleischanfall aus gewerblichen Schlachtungen von Inlandsvieh und aus der Schlachtviehausfuhr im I. Halbjahr 1956* 125.000 t (Schweine-, Rind- und Kalbfleisch) gegenüber 112.000 t und 115.000 t im I. Halbjahr 1955 und 1954. Die Landwirtschaft produzierte um 15% und 20% mehr Schweinefleisch als vor ein bzw. zwei Jahren; die Produktion von Rindfleisch und Kalbfleisch war im Vergleich zu 1955 um 10% und 2% höher, gegenüber 1954 um 3% und 0,3% niedriger. Ausgeführt wurden 3.930 t Fleisch (als Schlachtvieh, Fleisch und Fleischwaren) gegen 2.060 t (1955) und 8.665 t (1954). Die Einfuhr betrug 3.010 t gegen 4.550 t und 1.030 t. Der *Fleischverbrauch* — ohne Berücksichtigung von Vorräten — war mit 123.800 t um 8% und 15% höher als in den Jahren 1955 und 1954.

#### Verringerte Holzfällung im 1. Halbjahr 1956

Im II. Quartal dieses Jahres wurden nach den Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft 178 Mill. *fm* *Derbholz* geschlägert, um 0,81 Mill. *fm* (31%) weniger als im gleichen Quartal 1955. Da auch schon im I. Quartal weniger Holz genutzt wurde, lagen die Schlägerungen im I. Halbjahr mit 341 Mill. *fm* *Derbholz* um 116 Mill. *fm* (25%) unter denen vom Vorjahr. Es wurden sowohl die Fällungen für den Markt als auch für den Eigenbedarf der Waldbesitzer eingeschränkt. In Vorarlberg wurde wegen der umfangreichen Windwürfe vom Vorjahr nur ein Fünftel, in Tirol nur knapp die Hälfte der Holzmenge vom I. Halbjahr 1955 genutzt. Nur im Burgenland war die Holzentnahme heuer etwas größer (+3%). Mit dem Holzeinschlag und mit der Holzlieferung waren 15.338 ständige und 21.398 nicht ständige Arbeitskräfte beschäftigt gegen 15.886 und 21.816 im Vorjahr. Ver-

mutlich ist die Statistik über den Einschlag unvollständig, da es sonst keine plausible Erklärung dafür gibt, warum die Zahl der Beschäftigten nur geringfügig, die geförderte Holzmenge jedoch um ein Viertel zurückgegangen sein soll.

Auf Nutzholzsortimente entfielen 72% und auf Brennholz 28% des Einschlages. 82% waren Nadelhölzer, 18% Laubhölzer. Im Privatwald wurden 81% der gesamten Holzmenge gewonnen, obwohl dieser laut Forststatistik 1935 nur 67% der Waldfläche einnimmt *Stark überschlägert wurde wieder der Bauernwald* (Privatwald unter 50 *ha*); er lieferte 49% der Holzmenge bei einem Flächenanteil von nur 34%. Auf den Privatwald über 50 *ha*, der einen Flächenanteil von 33% einnimmt, entfielen 32% der Holzmenge. Hingegen wurde die Substanz der Wälder im Besitze des Staates und der Körperschaften offensichtlich geschont, der auf sie entfallende Flächenanteil (15%, 18%) ist teilweise viel größer als ihr Anteil am Einschlag (13%, 6%). Wohl wird sich dieses Bild bis Jahresende noch etwas verschieben, weil in Hochlagen die Sommerfällung und in Tieflagen die Winterfällung überwiegt. Daß der Bauernwald seit Jahren stark überschlägert wird, geht darauf zurück, daß sich die Landwirte oft nur auf diese Weise die Mittel beschaffen können, um ihre Betriebe zu mechanisieren. Der durchschnittliche Holzvorrat der Bauernwälder ist in vielen Gebieten bereits auf unter 100 *fm* je *ha* gesunken, während er im Großwald zumeist noch über 300 *fm* beträgt. (Bei der Waldstandsaufnahme wurde ein durchschnittlicher Holzmassenvorrat von 150 *fm* je *ha*, bezogen auf die Gesamtwaldfläche, ermittelt.)

Namhafte Forstleute fordern daher eine Revision der Forstgesetze, um diesen Raubbau zu stoppen<sup>1)</sup>. Die Erhaltung der Substanz unserer Wälder ist aus volkswirtschaftlichen und volksgesundheitlichen Gründen dringend geboten. Bei anhaltendem Raubbau würden wir in absehbarer Zeit nicht mehr imstande sein, den wachsenden Bedarf an Holz im Inland zu decken und gleichzeitig namhafte Mengen Holz zu exportieren; Österreich verlöre ein begehrtes Handelsgut und bedeutende Deviseneinnahmen. Eine über-

<sup>1)</sup> Während Tirol und Vorarlberg strenge Landesgesetze haben, die die Forstgesetze des Bundes wirksam ergänzen, besteht in Oberösterreich überhaupt keine Verpflichtung zur Anmeldung von Kahlschlägen. In den anderen Bundesländern werden nach Schätzung von Fachleuten nur 20 bis 25% der Schlägerungen durch die Forstinspektorate genehmigt. Tatsächlich kann auf kleinen Flächen und im Plenterbetrieb ohne Bewilligung geschlägert werden, im übrigen wird aber auch der genehmigte Einschlag vielfach eigenmächtig überzogen. Eine wirksame Kontrolle der Forstbehörden ist wegen ihres geringen Personalstandes nicht möglich (siehe „Forstbehörde als Sündenbock“, Holz-Kurier Nr. 12 vom 22. März 1956).

mäßige Abholzung der Wälder würde aber auch die klimatischen Lebensbedingungen in Stadt und Land fühlbar verschlechtern. Geringere Niederschlagsmengen würden die Fruchtbarkeit der Böden schmälern und gebietsweise zu Bodenerosionen und Verkarstungen führen.

Andererseits läßt sich feststellen, daß die Waldfläche ständig zunimmt. Sie wurde bei der Waldstandsaufnahme mit 3,3 Mill. ha erhoben gegen 3,1 Mill. ha im Jahre 1935. Sie wird laufend durch Aufforstung bisher landwirtschaftlich genutzter Böden, insbesondere von Grenzböden, erweitert. Auch durch die Anlage von Windschutzstreifen wächst der Waldboden. Diese Neuaufforstungen werden aber erst nach Jahrzehnten Holzträge liefern und ihre anderen segensreichen Wirkungen zeitigen.

Der Vorrat an Schnittholz bei Sägen und Holzhandel war Ende Juni nach den Angaben des Bundesholzwirtschaftsrates mit 0,72 Mill. m<sup>3</sup> um 2% größer als Ende Juni 1955. Die Werks- und Waldlager der Sägewerke an Rundholz (1,38 Mill. fm) und die noch nicht verkauften Nutzholzvorräte des Waldbesitzes aus den Schlägerungen vom 1. Halbjahr (0,68 Mill. fm) waren hingegen um 19% niedriger als im vorigen Jahr. Nur Brennholz (0,16 Mill. fm) gab es heuer um 6% mehr. An Rundholz sind im 1. Halbjahr 3,72 Mill. fm verschnitten worden, 6% weniger als im 1. Halbjahr 1955. Damals gab es sehr viel Holz aus Windwürfen, das rasch aufgearbeitet werden mußte und die Lager vorübergehend auffüllte. An Schnittholz wurden 2,45 Mill. m<sup>3</sup> produziert.

#### Verschnitt und Vorrat an Holz<sup>1)</sup>

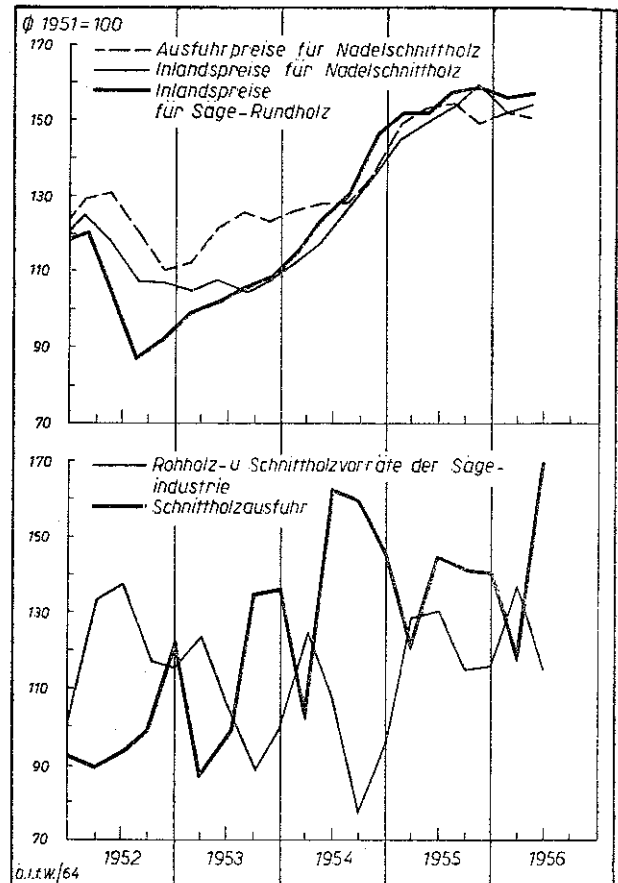
(Stand Ende Juni)

Art	1953	1954	1955	1956
		1 000 fm ohne Rinde		
Verschnitt von Sägerundholz				
(1. Halbjahr) . . . . .	2.988,2	3.608,8	3.946,4	3.716,6
Produktion von Schnittholz				
(1. Halbjahr), 1.000 m <sup>3</sup> . . . . .	1.948,9	2.367,2	2.600,5	2.453,5
Schnittholzlager bei Sägen und Holzhandel, 1.000 m <sup>3</sup> . . . . .	734,0	630,0	707,8	720,4
Rundholzlager der Sägewerke <sup>2)</sup> . . . . .	1.116,6	1.356,0	1.704,8	1.377,9
Nutzholzlager beim Waldbesitz <sup>3)</sup> . . . . .	668,5	696,9	838,7	682,4
Brennholzlager beim Waldbesitz <sup>3)</sup> . . . . .	186,4	171,5	146,8	156,3

<sup>1)</sup> Nach Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft und des Bundesholzwirtschaftsrates — <sup>2)</sup> Werks- und Waldlager. — <sup>3)</sup> Noch nicht verkaufte Vorräte aus den Schlägerungen vom 1. Halbjahr

Der Holzmarkt in Österreich hat sich trotz erhöhten Holzexporten weitgehend stabilisiert. Für Nadel-schnittholz und für Sägerundholz wurden Mitte 1956 ungefähr die gleichen Preise bezahlt wie Mitte 1955. Die Preise für Schleifholz gingen etwas zurück. Im Export erzielte Nadel-schnittholz im II. Quartal durchschnittlich nur 1.008 S je m<sup>3</sup> gegen 1.025 S im

#### Preise, Vorräte und Exporte von Holz (Normaler Maßstab; Ø 1951 = 100)



Die Holzmärkte in Österreich und im Ausland haben sich auf hohem Preisniveau weitgehend stabilisiert. Die Rundholz- und Schnittholzpreise in Österreich waren Mitte 1956 ungefähr gleich hoch wie Mitte 1955. Im Export erzielte Nadel-schnittholz im II. Quartal durchschnittlich 1.008 S je m<sup>3</sup> gegen 1.025 S im vorigen Jahr. Der gesamte Vorrat an Rohholz und Schnittholz bei Sägen und Holzhandel war Mitte 1956 infolge erhöhter Holzexporte zwar kleiner als Mitte 1955, aber größer als vor zwei und drei Jahren.

II. Quartal 1955; dennoch stieg die Ausfuhr im II. Quartal gegenüber dem Vorjahr um 15%. Die Ausfuhr im I. Halbjahr lag um 7% höher. (Im Juli dieses Jahres wurden um 5% höhere Schnittholz-mengen exportiert als im Juli vorigen Jahres)

Der Absatz von Nadel- und Laubschnittholz im Inland (Anfangslager — Endlager + Produktion + Import — Export) von Jänner bis Juni betrug nach den Angaben des Bundesholzwirtschaftsrates 695.984 m<sup>3</sup> und lag damit um 8% unter dem Vorjahresniveau. Im I. Quartal (280.000 m<sup>3</sup>) waren die Umsätze um 17% niedriger, im II. Quartal (416.000 m<sup>3</sup>) gleich hoch wie im Vorjahre. Der Absatzrückgang erklärt sich aus der später einsetzenden Bausaison, den höheren Holzvorräten bei den Baustellen und Holzver-

arbeitenden Betrieben sowie aus der zunehmenden Verwendung anderer Materialien.

Werden die Schlägerungen auch im 2. Halbjahr eingeschränkt und die Holzausfuhr und der Holzabsatz im Inland auf dem Niveau des II. Quartales gehalten, ist mit einer Verknappung des Angebotes und mit festen Holzpreisen zu rechnen. Handelskreise erwarten jedoch einen leichten Rückgang der Holzexporte. Im übrigen ist der Beschäftigtenstand in der Forstwirtschaft unverändert hoch, so daß der Einrieb im 2. Halbjahr voraussichtlich wieder höher sein wird.

### Energiewirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 4.1 bis 4.5

Der Energieverbrauch der österreichischen Wirtschaft nimmt weiter zu, die Zuwachsrate verringert sich jedoch allmählich. Die Entwicklung bei den einzelnen Energieträgern ist unterschiedlich. Während der Gesamtverbrauch an Energie (Kohle, Wasserkraftstrom, Erdölprodukte und Erdgas) seit dem 1. Halbjahr 1955 um 8% zunahm, stieg der Verbrauch von Kohle und Wasserkraftstrom nur um 4% und 5%, der von Erdölprodukten und Erdgas aber um 29% und 18%.

#### Energieverbrauch der österreichischen Wirtschaft<sup>1)</sup>

Art	1 Halbjahr		Zuwachs	Anteil am Zuwachs	%
	1955	1956 1.000 t			
Kohle . . . . .	3 961 4	4 117 4	156 0	3 9	26 9
Wasserkraft . . . . .	2 023 2	2 119 8	96 6	4 8	16 7
Erdölprodukte . . . . .	954 8	1 228 8	274 0	28 7	47 2
Erdgas . . . . .	292 2	345 5	53 3	18 2	9 2
Insgesamt . . . . .	7 231 6	7 811 5	579 9	8 0	100 0

<sup>1)</sup> Alle Werte auf Steinkohlenbasis umgerechnet

58% der Verbrauchszunahme seit dem Vorjahre wurden durch die heimische Erdölwirtschaft (einschließlich Erdgas), knapp 4% durch den Kohlenbergbau und 13% durch vermehrte Wasserkraftstromerzeugung gedeckt. 25% des zusätzlichen Energiebedarfes mußten importiert werden, und zwar entfielen vier Fünftel auf Kohle und knapp ein Fünftel auf elektrische Energie.

Da die Erdölförderung zurückging, sank auch das gesamte inländische Rohenergieaufkommen, obwohl die Erzeugung von anderen Energieträgern noch geringfügig gesteigert werden konnte. Gleichzeitig stieg aber der Verbrauch um 8%, das inländische Aufkommen deckte daher per Saldo (einschließlich Reparationslieferungen) heuer nur noch 88% des inländischen Gesamtbedarfes gegen 96% in der gleichen Zeit des Vorjahres. Dennoch ging der Anteil importierter Energieträger am Gesamtverbrauch leicht zurück (von 38% auf 37%), weil die österrei-

chischen Energieexporte stärker abgenommen haben<sup>1)</sup>.

#### Inländisches Energieaufkommen und Energieimporte<sup>1)</sup>

Art	Inländ. Energieaufkommen 1 Hj. 1956		Veränderung gegen 1955		Energieimporte 1 Hj. 1956		Veränderung gegen 1955	
	1 000 t	%	1 000 t	%	1 000 t	%		
Kohle . . . . .	1 601 4	+25 8	+ 1 6	2 516 0	+130 2	+ 5 2		
Wasserkraft . . . . .	2 354 4	+40 8	+ 1 7	154 8	+ 21 6	+14 0		
Erdöl . . . . .	2 589 8	-146 1	- 5 6	198 0	- 4 5	- 2 3		
Erdgas . . . . .	345 5	+53 3	+15 4	-	-	-		
Insgesamt . . . . .	6 891 1	- 26 2	- 0 4	2 868 8	156 3	+ 5 4		

<sup>1)</sup> Alle Werte auf Steinkohlenbasis umgerechnet.

Im Juli wurden in den Kraftwerken der öffentlichen Versorgung (einschließlich der Industriestromeinspeisung in das öffentliche Netz) 881 Mill. kWh Strom erzeugt, das sind nur um 21 Mill. kWh oder 2% mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Die Mehrleistung erfolgte zu fast zwei Dritteln in Dampfkraftwerken (überwiegend aus Erdgas). Die Wasserkraftwerke lieferten nur wenig mehr als im Vorjahre, weil die Speicherwerke in der gleichen Zeit viel weniger erzeugten.

Wie in den Vormonaten reichte die geringe Zuwachsrate der Stromerzeugung nicht aus, den Verbrauchszuwachs zu decken. Der Stromverbrauch war im Juli mit 618 Mill. kWh um 7% höher als im Juli 1955. Die Stromausfuhr blieb um 16 Mill. kWh unter der des Vorjahres, die Einfuhr stieg in der gleichen Zeit von 6 Mill. kWh auf 9 Mill. kWh.

Da die Dampfstromerzeugung überwiegend aus Erdgas erfolgte, konnten die Kraftwerke ihre Kohlenbezüge zum größten Teil einlagern und Vorräte für die Wintermonate aufsparen, in denen die kalorische Kapazität wieder voll beansprucht werden wird.

Im Juli wurden im Innkraftwerk Prutz-Imst die Maschinensätze II und III in Dauerbetrieb genommen, nachdem der Probetrieb zufriedenstellend verlaufen ist.

Trotz der Hausstimmung auf dem europäischen Kohlenmarkt und den großen Schwierigkeiten, denen sich die meisten Zuschußländer bei der Deckung ihres Kohlenbedarfes gegenübersehen, ist die Versorgungslage in Österreich bemerkenswert stabil. Nachdem dank stärkeren Einfuhren, vor allem aus den USA, im Frühjahr und Frühsommer die im strengen Winter gelichteten Lager wieder ergänzt worden waren, gehen die Bestellungen wieder etwas zurück.

<sup>1)</sup> Ein genauer zahlenmäßiger Vergleich der österreichischen Energieexporte mit dem Vorjahr ist nicht möglich, da die im Jahre 1955 von österreichischen Stellen noch nicht kontrollierten Exporte der Sowjetischen Mineralölverwaltung nur geschätzt werden können.

und liegen nur noch knapp über dem Vorjahresstand. Alle Verbraucher haben inzwischen wieder ausreichende Vorräte für den Winter angelegt und beziehen gegenwärtig nur noch ihren laufenden Bedarf. Im Juli waren die Kohlenimporte mit 430.000 t (SKB) um 2% größer als im Vorjahre. Fast 40% der gesamten Importe und nahezu die Hälfte aller Steinkohlenimporte stammten aus den USA, Koks- kohle wird derzeit fast ausschließlich aus Amerika bezogen.

Der inländische Kohlenbergbau konnte seine Förderung seit Jahresbeginn nur knapp über das Vorjahresniveau steigern. Im Juli war die Braunkohlenförderung je Arbeitstag um 3% höher als im gleichen Vorjahresmonat.

Infolge der ständig steigenden Importpreise hat sich die Konkurrenzfähigkeit des Inlandsbergbaues, dessen Preise seit 5 Jahren unverändert geblieben sind, fühlbar gebessert. Während bisher, abgesehen von den Kraftwerken, vor allem die Industrie stärker auf Inlandskohle zurückgriff und sich dadurch einen beträchtlichen Kostenvorteil sicherte, bestellen seit dem Sommer auch die Haushalte in steigendem Maße inländische Kohle. Im Juli z. B. wurde um 20% mehr inländische Braunkohle an Haushalte abgesetzt als im gleichen Monat des Vorjahres.

Aus Inlandslieferungen und aus Importen standen der österreichischen Wirtschaft im Juli insgesamt 684.000 t Kohle (SKB) zur Verfügung, um 2% mehr als im Juli 1955. Mehr Kohle als im Vorjahre bezogen aber nur die Industrie (um 7%), der Hausbrand (um 1%) und vor allem die Kokerei Linz (um 17%), die ihre Kokserzeugung steigern mußte, um den Bedarf des vierten Hochofens zu decken. Bundesbahnen, Dampfkraftwerke und Gaswerke bezogen um 15%, 9% und 9% weniger Kohle.

Die Nachfrage nach Heizöl übersteigt nach wie vor das inländische Angebot. Die heimischen Raffinerien konnten die hohe Erzeugung der Wintermonate nicht aufrechterhalten, weil ihre Rohölkontingente gekürzt wurden. Während der Absatz inländischen Heizöles im I. Quartal noch um 70% höher war als im Vorjahr, lag er im II. Quartal nur noch um 18% und im Juli um 1% darüber. Die Heizölimporte, die etwa ein Zehntel des inländischen Absatzes ausmachen, sind etwas niedriger als im Vorjahre. Trotz angespannter Versorgungslage wurden seit Jahresbeginn etwa 150.000 t Heizöl (vor allem leichtes Heizöl) exportiert. Hauptabnehmer war Westdeutschland.

Der Benzinabsatz erreichte im Sommer Rekordhöhen. Im Durchschnitt des I. Halbjahres wurde um

39%, im Juli um 47% mehr Benzin abgesetzt als im Vorjahr.

Der Absatz von Dieselöl, der von der Reisesaison weit weniger beeinflusst wird als der Absatz von Benzin, war im Durchschnitt des I. Halbjahres um 18% und im Juli um 17% höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

## Industrieproduktion

Dazu Statistische Übersichten 5 1 bis 5 30

Obwohl einige Industriezweige in letzter Zeit Rückschläge erlitten, war die Gesamtproduktion der Industrie im Durchschnitt des I. Halbjahres 1956 um 5% höher als im Vorjahre. Im I. Quartal betrug die Zuwachsrate noch 7%, im II. Quartal nur noch 4%. Kapazitätsengpässe, Sonderkonjunkturen im Inlande und z. T. auch im Export, verschärfte Importkonkurrenz und Sättigung des aufgestaunten Bedarfes hatten eine uneinheitliche Entwicklung der Produktion in den einzelnen Industriezweigen zur Folge. Im I. Halbjahr 1956 produzierten, mit Ausnahme der chemischen Industrie, noch alle im Produktionsindex erfaßten Industriezweige mehr als im I. Halbjahr 1955. Die Zuwachsraten in den einzelnen Zweigen schwankten zwischen knapp 2% (Bergbau) und fast 17% (Tabakwarenindustrie). Auch die Entwicklung seit Jahresbeginn verlief zum Teil sehr unterschiedlich. Während in 8 von den 15 im Index aufgenommenen Industriezweigen der Produktionszuwachs im Laufe des ersten Halbjahres immer geringer wurde und die Fahrzeugindustrie und die chemische Industrie im II. Quartal sogar weniger produzierten als im Vorjahre, konnten die übrigen 7 Zweige ihre Expansionsrate aufrechterhalten oder, wie die Maschinenindustrie, dank reichlichen Exportorders sogar beträchtlich steigern. Da die von der Konjunktur besonders begünstigten Zweige, wie die eisenschaffende Industrie und die Papierindustrie, teilweise bereits unter Kapazitätsengpässen leiden, sind hier weiteren Produktionssteigerungen, die von der Nachfrage her durchaus möglich wären, Grenzen gesetzt. Man muß daher damit rechnen, daß die Zuwachsrate der Gesamtproduktion in den nächsten Monaten weiter abnehmen wird, falls es nicht gelingt, der Abschwächung in einzelnen Zweigen, wie in der Fahrzeugindustrie, in Teilen der Eisen- und Metallwarenindustrie, in der Elektroindustrie und in den konsumorientierten Sparten der chemischen Industrie, erfolgreich zu begegnen.

Die Produktivität konnte im I. Halbjahr 1956 kaum noch gesteigert werden. Im I. Quartal war der Produktivitätsindex des Institutes (Produktion je Beschäftigten) nur noch um 16% höher und im

Veränderung der Industrieproduktion im I. und II. Quartal und im 1. Halbjahr 1956 gegenüber dem Vorjahre

	I Quartal	II Vorjahreszeitraum =	1. Halbjahr 100
Produktion insgesamt	106 6	103 9	105 2
Beschäftigung	104 9	103 8	104 3
Produktivität	101 6	100 1	100 8
Bergbau	100 9	102 9	101 9
Magnesitindustrie	108 3	110 9	109 7
Eisenschaffende Industrie	106 5	106 8	106 7
Metallhütten	107 3	100 9	104 1
Gießereindustrie	109 5	107 2	108 4
Fahrzeugindustrie	116 5	91 9	104 2
Maschinenindustrie	102 8	112 8	107 8
Baustoffindustrie	109 7	100 9	105 3
Elektroindustrie	108 7	101 5	105 1
Chemische Industrie	101 2	97 4	99 3
Papierindustrie	102 7	104 2	103 5
Leder- und Schuhindustrie	111 2	105 4	108 3
Textilindustrie	103 9	104 7	104 4
Nahrungsmittelindustrie	107 1	107 6	107 3
Tabakindustrie	118 1	114 9	116 5

II. Quartal nur gleich hoch wie in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Produktion wurde fast ausschließlich mit Hilfe zusätzlicher Arbeitskräfte ausgeweitet, während im Durchschnitt des Vorjahres noch etwas mehr als die Hälfte des Produktionszuwachses durch höhere Produktivität erzielt wurde. Die unbefriedigende Entwicklung der Produktivität geht vor allem darauf zurück, daß jene Industriezweige, die in der letzten Zeit ihre Produktion drosseln mußten, ihren Beschäftigtenstand überhaupt nicht oder nur wenig dem neuen Produktionsvolumen anpassen. Die stagnierenden Zweige werden sich aber auf die Dauer einen überhöhten Beschäftigtenstand kaum leisten können, da sie unter starkem Konkurrenzdruck stehen und vielfach nur durch verstärkte Rationalisierungsmaßnahmen wieder in Schwung kommen können. Andererseits ist in den weiter expandierenden Industrien auch die Produktivität fühlbar gestiegen.

Obwohl die Gesamtproduktion nur noch wenig zunimmt und die Kreditdrosselung eher eine vorsich-

Produktion, Beschäftigung und Produktivität in wichtigen Industriezweigen im 1. Halbjahr 1956

	Produktion	Beschäftigung	Produktivität
	1. Halbjahr 1955 = 100		
Insgesamt	105 2	104 4	100 8
Bergbau	101 9	100 1	101 8
Magnesitindustrie	109 7	105 4	104 1
Eisenschaffende Industrie	106 7	106 6	100 1
Metallhütten	104 1	99 4	104 7
Gießereindustrie	108 4	107 6	100 7
Fahrzeugindustrie	104 2	106 9	97 5
Maschinenindustrie	107 8	101 5	106 2
Baustoffindustrie	105 3	98 8	106 6
Elektroindustrie	105 1	106 5	98 7
Chemische Industrie	99 3	107 0	92 8
Papierindustrie	103 5	100 0	103 5
Leder- und Schuhindustrie	108 3	103 7	104 4
Textilindustrie	104 4	102 9	101 5
Nahrungsmittelindustrie	107 3	104 3	102 9
Tabakindustrie	116 5	101 3	115 0

tigere Vorratspolitik der Unternehmer erwarten ließe, hat die Wirtschaft im 1. Halbjahr 1956 um 6% mehr Rohstoffe (einschließlich Kohle) aus dem Auslande bezogen als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Nach einer vorübergehenden Abschwächung der Nachfrage im I. Quartal erreichte die Einfuhr von Rohstoffen wieder nahezu das hohe Niveau des letzten Vorjahresquartales. Das Schwergewicht der Einfuhrsteigerung lag bei den Textilrohstoffen. Im 1. Halbjahr 1956 wurden um 25% mehr Wolle und um 12% mehr Baumwolle importiert als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die höheren Importe dienten vornehmlich zur Auffüllung der Lager. Die Nachfrage wandte sich wieder stärker den natürlichen Fasern zu als der Zellwolle. Mehr eingeführt wurden weiters Ölsaaten und Ölfrüchte als Rohstoffe für die Fettindustrie sowie Erze und Schrott in Zusammenhang mit der Ausweitung der Roheisenerzeugung der Hütte Linz.

Importe wichtiger Rohstoffe im 1. Halbjahr 1955 und 1956

Ware	1. Halbjahr		1. Halbjahr 1955 = 100
	1955	1956	
Tonnen			
Häute und Felle	5 322	3 895	73 2
Ölsaaten und Ölfrüchte	2 139	4 920	230 0
Rohkautschuk	7 504	7 569	100 9
Holz und Kork	48 489	45 078	93 0
Papierzeug	12 440	10 881	87 5
Wolle und Tierhaare	5 395	6 744	125 0
Baumwolle	12 558	14 059	112 0
Jute	4 381	3 769	86 0
Anderer Textilrohstoffe	8 460	8 693	102 8
Mineralische Rohstoffe	94 662	117 215	123 8
Erze und Schrott	680 847	796 035	116 9
Anderer tierische u. pflanzl. Rohstoffe	11 951	10 929	91 4
Tierische u. pflanzliche Öle u. Fette	32 145	32 589	101 4
Chemische Grundstoffe	79 711	92 215	115 7
Teer und chemische Rohprodukte	4 143	3 352	80 9
Farb- und Gerbstoffe	9 859	9 970	101 1
Erdöle	168 317	162 961	96 8

Die meisten anderen Rohstoffe wurden entweder in gleichen Mengen, wie Kautschuk, tierische und pflanzliche Öle und Fette, Farb- und Gerbstoffe, oder sogar weniger eingeführt: Häute und Felle (-27%), Papierzeug (-12%), Jute (-14%), Teer und chemische Rohprodukte (-19%) sowie Erdölprodukte (-3%).

Die Produktionsausweitung im 1. Halbjahr 1956 war vor allem dem guten Exportgeschäft zu danken. Während die Industrieproduktion insgesamt nur um 5% zunahm, stieg das Exportvolumen in der gleichen Zeit um 20%, die durchschnittliche Exportquote der Industrie von 26 4% auf 29 2%. Demnach wurden 86% des Produktionszuwachses der Industrie im Auslande abgesetzt. Die stärksten Exportsteigerungen (wertmäßig) erzielten die Maschinenindustrie (+39%), die Aluminiumindustrie (+38%), die chemische Industrie (+37%) und die Elektroindustrie (+33%). Aber auch einige andere Zweige hatten be-

achtliche Exporterfolge. Textilien wurden um 27%, Bekleidungsgegenstände um 26%, Eisen um 25%, Kautschukwaren um 23%, Zellwolle um 23% und Magnesit um 19% mehr exportiert als in der gleichen Vorjahreszeit. Die zahlenmäßig enorme Steigerung der Exporte hat zum Teil allerdings rein statistische Ursachen, denn im Vorjahre wurde der Export der USIA-Betriebe noch nicht von der Außenhandelsstatistik erfaßt. Aber auch wenn man diese statistische Unebenheit berücksichtigt, bleibt die Feststellung richtig, daß die österreichische Industrie exportabhängiger geworden ist.

*Exporte wichtiger Industriewaren im 1. Halbjahr  
1955 und 1956*

Ware	Export im 1. Halbjahr		Zuwachs (+) Rückgang (-)	1. Hbj. 1955 = 100
	1955	1956 Mill. S		
Papierzeug	316	335	+ 19	106 0
Zellwolle	120	147	+ 27	122 5
Düngemittel u. mineralische Rohstoffe	138	158	+ 20	114 5
Erze und Schrott	30	28	- 2	93 3
Chemische Erzeugnisse	366	500	+134	136 6
Kautschukwaren	42	52	+ 10	123 8
Papier und Pappe	693	756	+ 63	109 1
Textilerzeugnisse	636	808	+172	127 0
Magnesiterzeugnisse	249	295	+ 46	118 5
Glas	213	190	- 23	89 2
Eisen und Stahl	1 274	1 588	+314	124 6
Aluminium	191	264	+ 73	138 2
Maschinen	528	733	+205	138 8
Elektrotechn. Maschinen und Apparate	228	302	+ 74	132 5
Verkehrsmittel	299	384	+ 85	128 4
Bekleidung	145	182	+ 37	125 5

Die wichtigsten *Bergbau*zweige sind praktisch voll ausgelastet. Die Steigerung der Förderung seit dem 1. Halbjahr 1955 um 2% war ausschließlich der durch Rationalisierungsinvestitionen erhöhten Produktivität zu danken. Auf diese Weise wird die Produktion nur noch in engen Grenzen ausgeweitet werden können. Das Angebot an heimischen Bergbauprodukten wird daher künftig kaum mit der rasch wachsenden Nachfrage Schritt halten können. Der weitaus größte Teil des zusätzlichen Bedarfes an Kohle und Erzen wird aus dem Auslande bezogen werden müssen und der Anteil des heimischen Bergbaues an der Inlandsversorgung wird zurückgehen.

Die *Erdölförderung* blieb auch im Juli mit 289.640 t unter der des Vorjahres. Solange die Bohrtätigkeit nicht stark intensiviert wird und keine neuen Lager erschlossen werden, ist es schwer möglich, einen weiteren Rückgang der Erdölförderung zu verhindern. Während im Vorjahre noch ein beträchtlicher Rohölüberschuß und Absatzschwierigkeiten für die im Inlande nicht verarbeitbaren Mengen befürchtet wurden, besteht jetzt bereits empfindlicher Mangel an Rohöl. Dieser ist allerdings nicht nur auf die sinkende Förderung, sondern auch

auf den gestiegenen Bedarf und die erhöhten Verarbeitungsmöglichkeiten zurückzuführen. Im Sommer mußten die Rohölkontingente der inländischen Raffinerien gekürzt werden, um den Lieferverpflichtungen an die Sowjetunion nachkommen zu können. Sollte die Förderung noch weiter zurückgehen, könnte der heimische Bedarf wahrscheinlich nicht mehr voll befriedigt werden, weil die Ablöselieferungen und sonstige Exportverpflichtungen Vorrang haben. Zu den bisherigen Exporten kommt noch ein Kontingent von 50 000 t Rohöl, das Polen im neuen Handelsvertrag zugestanden werden mußte, damit es Österreich mehr Kohle liefert.

Im ersten Jahr der österreichischen Verwaltung der Erdölwirtschaft wurden insgesamt 122 Sonden fertiggebohrt, von denen 113 fündig wurden. Obwohl der Anteil der Fehlbohrungen niedrig war (2 Bohrungen ergaben nur Gas und nur 7 blieben erfolglos), reichte die Bohrtätigkeit nicht aus, die Förderung auf der bisherigen Höhe zu halten. Besonders die Aufschlußarbeiten, die zur Auffindung neuer Vorräte notwendig sind, waren unzureichend. Außerdem war die durchschnittliche Ergiebigkeit der neuen Sonden erheblich geringer (17 t Öl täglich) als in früheren Jahren, weil nur noch die höheren Tortonhorizonte des Matzner Feldes abgebohrt werden können, die eine weit geringere Mächtigkeit und Ergiebigkeit besitzen, als die bisher ausgebeuteten Tortonhorizonte.

Mit sinkender Förderung werden auch die Belastungen, welche dem Erdölbergbau auferlegt worden sind, immer schwerer. Der gegenwärtige Rohölpreis liegt zwar — wiewohl im Vergleich zu den Weltmarktpreisen ungewöhnlich niedrig — weit über den durchschnittlichen Förderkosten, für die die große Ergiebigkeit des Matzner Feldes maßgebend ist. Die Mineralölverwaltung muß aber zumindest vorläufig (eine endgültige Regelung steht noch aus) 1 Mill. t Öl jährlich ohne Gegenleistung an Rußland liefern und 300 Mill. S zur Stützung des Milchpreises beitragen. Da der Brutto-Produktionswert der Gesamtförderung bei den geltenden Preisen gegenwärtig etwa 1 2 Mrd. S pro Jahr beträgt und der Wert der Reparationslieferungen einschließlich der für die Milchpreisstützung abzuliefernden Beträge etwa 650 Mill. S erreicht, ist die Ertragslage der Erdölwirtschaft offensichtlich schon jetzt stark belastet und Eigenfinanzierung nur in beschränktem Umfang möglich. Künftig ist aber auch im Matzner Feld mit steigenden Produktionskosten zu rechnen, weil die Ergiebigkeit der einzelnen Sonden sinkt und der Anteil der frei fließenden Sonden mit fortschreitender Nutzung des Feldes immer geringer wird. Wenn die Neuaufschlie-

Bung von Vorräten nicht völlig vernachlässigt werden soll, wird man auf die Dauer entweder die Belastungen verringern oder den Rohölpreis empfindlich erhöhen müssen.

Die *erdölverarbeitende* Industrie hat im 1. Halbjahr 1956 um knapp 4% mehr Erdölprodukte erzeugt als im Vorjahre, mußte aber seit April mangels Rohöl die Erzeugung drosseln. Es wurde ausschließlich mehr Heizöl erzeugt, alle anderen Produktionen blieben unter dem Vorjahresniveau: Benzin z. B. wurde wegen der Importkonkurrenz um 30% weniger erzeugt, Petroleum um 19% und Schmieröle um 10% weniger. Obwohl die Erzeugung von Heizöl stark forciert wurde (um 22%), wurde der Bedarf bei weitem nicht gedeckt. Der Anteil des Heizöles am Gesamtumsatz der Raffinerien konnte nur zufolge des relativ niedrigen Rohölpreises stark erhöht werden. Während die Raffinerien bei den höherwertigen Produkten, vor allem Benzin und Schmieröle, trotz niedrigen Preisen die Importkonkurrenz stark spüren, können sie ihre Überschüsse nur zum Teil im Ausland absetzen. Von Jänner bis Juli erreichten die Mineralölexporte insgesamt 287.000 t<sup>1)</sup>, und zwar 34.545 t Rohöl<sup>1)</sup>, 219.672 t Gasöl (hauptsächlich nach Deutschland), aber nur 9.306 t Benzin, 20.523 t Petroleum und 1.062 t Schmieröle. Andererseits wurden 60.000 t Benzin importiert, womit rund ein Drittel des heimischen Bedarfes gedeckt wurde.

Dank anhaltend hoher Nachfrage auf den Inlands- und Exportmärkten konnte die *eisenerzeugende* Industrie trotz Kapazitätsengpässen auf dem Stahl- und Walzwerksektor ihre Erzeugung im 1. Halbjahr 1956 gegenüber dem 1. Halbjahr 1955 steigern. Inzwischen haben die VÖEST in Linz einen vierten Hochofen in Betrieb genommen und damit ihre Roheisenkapazität um fast 400.000 t pro Jahr erweitert. Ein Teil der zusätzlichen Erzeugung wird für den Dreikonverterbetrieb des Stahlwerkes benötigt, das nunmehr über eine Jahreskapazität von 1,2 Mill. t verfügt, der Rest wird exportiert. Inzwischen wird auch der fünfte in Linz vorhandene Hochofen für den Betrieb vorbereitet, er soll bei Ausfall eines anderen Hochofens eingesetzt werden.

Die gesamte österreichische Roheisenerzeugung wird damit auf fast 2 Mill. t pro Jahr steigen und weit über die Lieferfähigkeit der heimischen Erzbasis hinausgehen. Mindestens die Hälfte des Erzbedarfes (auf den Eisengehalt bezogen) und die ganze Koks-kohle (überwiegend aus den USA) müssen eingeführt werden. Die Linzer Hütte baut überdies ihr Kaltwalzwerk aus, dessen Kapazität verdoppelt werden soll,

<sup>1)</sup> Ohne Ablöselieferungen an die Sowjetunion.

und errichtet ein neues Grobblechwalzwerk, das voraussichtlich Ende 1957 fertig werden wird.

Auf dem internationalen Eisen- und Stahlmarkt herrscht auch nach Beendigung des amerikanischen Stahlarbeiterstreikes unverändert Hausstimmung. Man erwartet allgemein, daß der Produktionsausfall in den USA (etwa 10 Mill. t Stahl) bis Jahresende nicht aufgeholt werden kann. Es ist daher weiterhin mit hohen amerikanischen Bestellungen im Ausland zu rechnen. Die europäischen Exportpreise, die sich vor dem Streik zumindest bei einigen Sorten allmählich beruhigt hatten, ziehen stetig an. Für die österreichischen Erzeugerwerke bieten die hohen Erlöse im Export einen großen Anreiz, zumal da die Inlandspreise seit dem Beginn der Stahlkonjunktur unverändert geblieben sind und weit unter den im Export erzielbaren Preisen liegen. Ohne die hohen Exporterlöse hätten die Inlandskunden kaum zu stabilen Preisen mit Walzware versorgt werden können.

Die *Metallhütten* produzierten im 1. Halbjahr 1956 um 4% mehr als im Vorjahre. Schon im II. Quartal gingen jedoch die Auftragseingänge zurück und die Produktion wurde nur noch wenig ausgedehnt. In den Halbzeuggetrieben entwickelte sich die Nachfrage uneinheitlich. Die Aluminiumhalbzeugherstellung meldet zwar ebenfalls sinkende Auftragseingänge, die Produktion ist aber noch um 11% höher als im 1. Halbjahr 1955. Die Buntmetallhalbzeuggewerke und Umschmelzbetriebe hingegen erzeugen nur wenig mehr als vor einem Jahr. Die Werke führen die rückläufige Nachfrage auf die sinkenden Weltmarktnotierungen, vor allem von Kupfer, zurück und erwarten wieder höhere Bestellungen, sobald die Vorräte bei den Verbrauchern aufgezehrt sind. Vermutlich hat auch die Abschwächung in einigen verarbeitenden Zweigen, vor allem in der Fahrzeugindustrie und in Teilen der Metallwaren- und Elektroindustrie, den Bedarf vermindert.

In der *Gießereiindustrie* ist die Erzeugung von Grauguß bis Jahresmitte gleichmäßig gestiegen. In den letzten Monaten wurden allerdings teilweise bereits schwächere Auftragseingänge gemeldet, vielfach rechnet man damit, daß die Expansion im 2. Halbjahr aufhören wird. Die Tempergießereien sind unverändert gut beschäftigt, die Stahl- und Metallgießereien konnten den Vorjahresstand nicht halten.

Während die Versorgung der Gießereien mit Gußbruch, Neu- und Altmetallen im großen und ganzen klaglos funktioniert, bereitet die Koksversorgung erhebliche Schwierigkeiten. Die Kokerei in Linz, die bisher 70% des Koksbedarfes der Gießereien deckte

und ab August die Erzeugung von Gießereikoks einstellen wollte, um genügend Kokskapazität für den vierten Hochofen frei zu bekommen, wird die Koks-erzeugung vorläufig nur einschränken. Gleichzeitig wurde der Preis für Gießereikoks um 40% erhöht. Der verbleibende Fehlbedarf muß durch zusätzliche Importe gedeckt werden. Ab 1957 wird die Kokerei in Linz die Erzeugung jedoch endgültig einstellen und die Gießereien werden die erforderlichen Koks-mengen ausschließlich aus dem Auslande beziehen müssen. Die Kalkulation der Gießereibetriebe leidet auch unter den starken Preisschwankungen ihrer Vorprodukte, so wurde z. B. der amtliche Kupferpreis seit Jänner 1956 bereits siebenmal korrigiert.

Die *Fahrzeugindustrie*, die zu Jahresanfang noch voll ausgelastet war und im I. Quartal um 17% mehr erzeugte als im Vorjahre, erlitt in den vergangenen Monaten schwere Rückschläge. Die Nachfrage nach Lastkraftwagen, Autobussen und Motorrädern ist stark gesunken. Im II. Quartal war die Produktion bereits um 6% niedriger als im II. Quartal 1955. Am wenigsten betroffen wurde bisher die Traktorenindustrie, obwohl auch sie, wie übrigens alle anderen Sparten der Fahrzeugindustrie, für den heimischen Markt weit überdimensioniert ist.

Wider Erwarten hat die *Maschinenindustrie* trotz dem Rückgang der heimischen Investitions-güternachfrage ihre Erzeugung beträchtlich ausweiten können. Die Zuwachsrate der Produktion betrug im I. und II. Quartal 3% und 13%. Allerdings partizipierten an dieser Entwicklung nur jene Betriebe, die auf den Auslandsmärkten konkurrenzfähig sind und genügend Exporterfahrungen besitzen. Stark zugenommen hat vor allem die Erzeugung von Aufzügen, Kranen, Hebezeugen, Druckluftanlagen, Pumpen und Papiermaschinen. Auch die Lokomotiven- und Waggonindustrie konnte dank großen Exportaufträgen die Produktion steigern. Einige Sparten jedoch, wie vor allem die Landmaschinenindustrie, erlitten beträchtliche Einbußen.

In den meisten Zweigen der *Eisen- und Metall-warenindustrie* hält die Mengenkonjunktur unvermindert an, die Produktion kann aber nur noch in wenigen Zweigen gesteigert werden, weil entweder Vormaterial (Walzware) fehlt, die Kapazität begrenzt ist, oder die ausländische Konkurrenz stark zunimmt und den Nachfragezuwachs an sich zieht.

Die *Elektroindustrie* hat im I. Halbjahr 1956 um 5% mehr produziert als im Vorjahre. Im II. Quartal erlitten einige Sparten, wie z. B. die Radioindustrie und die Haushaltgeräteerzeugung Rückschläge; die Produktion schwächte sich daher insgesamt etwas ab. In der Schwerelektroindustrie bietet — falls die

inländische Nachfrage stärker abnehmen sollte — die günstige Exportsituation einen starken Rückhalt. Die Schwachstromindustrie hingegen, vor allem die Telefonindustrie, ist überwiegend auf inländische Bestellungen angewiesen und befürchtet Einschränkungen der öffentlichen Aufträge.

Die *Bauwirtschaft* hat nach wie vor Hochkonjunktur. Die verfügbaren Arbeitskräfte sind voll beschäftigt und können die vorhandenen Aufträge nur mit Terminverzögerungen bewältigen. Günstige Witterungsbedingungen vorausgesetzt, wird die Bausaison heuer länger dauern als üblich, weil man trachten wird, die Auftragsrückstände noch vor dem Winter aufzuarbeiten. Stärker noch als durch den Mangel an Arbeitskräften im Bauhauptgewerbe wird die *Bau-tätigkeit im Hochbau durch Engpässe im Bauneben-gewerbe* gehemmt. Die in diesen Sparten vorherrschenden Kleinbetriebe sind in der Regel nicht in der Lage, größere Aufträge zu übernehmen, weil es ihnen an Erfahrung, Kapital und vor allem an Arbeitskräften mangelt. Da in den Baunebengewerben vor allem Facharbeiter benötigt werden, deren Ausbildung mehrere Jahre erfordert (Installateure, Spengler, Bautischler, Fußbodenleger usw.), läßt sich der Arbeitskräftemangel kurzfristig nicht beheben.

Auch die Versorgung mit den nötigen Baustoffen durch die *Baustoffindustrie* hat die unter den gegebenen Kapazitäts- und Wetterbedingungen erzielbare Höchstgrenze annähernd erreicht. Ohne größere Investitionen kann das Angebot an keramischen Baustoffen und Zement (ebenso Baueisen) nur noch in geringem Umfang ausgeweitet werden. So war es der *Baustoffindustrie* im I. Halbjahr 1956 mit Hilfe kleinerer Rationalisierungsinvestitionen noch möglich, mit 1% weniger Arbeitskräften um 5% mehr zu produzieren als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Ziegelindustrie hängt in hohem Maße von der Witterung ab, ihre Produktion wurde in den beiden letzten Jahren durch besonders ungünstiges Wetter stark beeinträchtigt. In einigen Baustoffsparten jedoch, wie in der Kalkindustrie und in den Schotterwerken, bestehen praktisch kaum nennenswerte Engpässe.

Die *chemische Industrie* blieb mit ihrer Produktion im I. Halbjahr knapp unter dem Vorjahresergebnis, da vor allem der Inlandsabsatz der konsumorientierten Zweige zurückging. Die Schwerchemie ist weiterhin gut beschäftigt und konnte neue Export-erfolge erzielen.

Die *Kautschukindustrie* wurde in den letzten Jahren stark ausgebaut, um den rasch wachsenden inländischen Bedarf an Kraftfahrzeugbereifungen befriedigen zu können. Während noch im Vorjahre zeitweise längere Lieferfristen notwendig waren, wird der



Bedarf jetzt reibungslos gedeckt, obwohl verschiedene kapazitätserweiternde Investitionen noch nicht abgeschlossen sind (Die im Ausland bestellten Maschinen haben lange Lieferfristen.)

Die ausländische Konkurrenz bereitet an sich wenig Sorgen, da Kraftfahrzeugeifen nicht liberalisiert und außerdem mit einem hohen Zoll belastet sind (30 bis 40%). Als Kontingente auf Grund von Handelsverträgen werden jährlich nur etwa 50 000 Reifen importiert, darunter auch eine Reihe von Dimensionen (Riesenluftreifen), die im Inlande überhaupt nicht hergestellt werden. Das inländische Erzeugerwerk klagt aber darüber, daß sein Absatz durch den Import von bereiften Fahrzeugen (die Kraftfahrzeugeifen, die auf importierten Fahrzeugen montiert sind, fallen selbstverständlich nicht unter die Importkontingente) stark beeinträchtigt wird. Man schätzt, daß auf diese Weise jährlich etwa 300 000 Reifen nach Österreich gelangen, also sechsmal soviel, als auf Grund der Handelsverträge importiert werden. Da die Lebensdauer einer Reifengarnitur, je nach Beanspruchung, ein bis zwei Jahre beträgt, wirkt sich die starke Motorisierungswelle erst mit einem beträchtlichen *time lag* auf die Inlandsnachfrage nach Bereifungen aus. Dazu kommt noch, daß die Reifenpreise in den meisten angrenzenden Staaten unter den österreichischen liegen und Urlaubsfahrer vielfach die Gelegenheit nützen, sich im Auslande neue Reifen anzuschaffen.

Dank guter Nachfrage nach *Schuhen* und *Lederwaren* lag der Index der Leder- und Schuhindustrie im 1. Halbjahr 1956 um 8% höher als im Vorjahre. Insgesamt wurden in dieser Zeit annähernd 4 Millionen Paar Lederschuhe erzeugt, das sind um 14% und 38% mehr als in der gleichen Zeit der beiden letzten Jahre. Da die Schuhindustrie befriedigende Auftragsseingänge meldet, ist mit einer guten Herbstsaison zu rechnen. Auch die übrigen Zweige der Ledererarbeitenden Industrie waren mit ihrem Geschäftsgang im allgemeinen zufrieden. Besonders Qualitätsware wurde während der Reisesaison von ausländischen Käufern stark nachgefragt. Die Kapazitäten für die Herstellung von Ledertreibriemen und technischen Lederartikeln sind allerdings nur zu einem Bruchteil ausgelastet, weil die Nachfrage strukturell sinkt (Lederartikel werden durch andere Stoffe ersetzt, der Keilriemenantrieb verdrängt den Ledertreibriemen u. a. m.) und außerdem die deutsche Konkurrenz mit billiger Ware auf den österreichischen Markt kommt.

Die *Nahrungs- und Genußmittelindustrie* hat ihre Produktion seit Jahresbeginn konstant gesteigert. Im Durchschnitt des 1. Halbjahres betrug der Zu-

wachs gegenüber der gleichen Zeit des Jahres 1955 7%. In den einzelnen Sparten war die Entwicklung teils witterungsbedingt, teils infolge struktureller Nachfrageverschiebungen uneinheitlich. Besonders günstig entwickelte sich die Teigwarenindustrie, die um 9% mehr produzierte als im Vorjahre, und die Speisefettindustrie (+ 8%). In der Getränkeherzeugung florierten vor allem die Fruchtsaftgetränke, die in den letzten Jahren qualitativ sehr verbessert wurden und dadurch ihren Absatz stark ausweiten konnten. Die Forcierung der alkoholfreien Getränke hat den Absatz der Brauindustrie kaum nennenswert beeinträchtigt. Trotz verhältnismäßig ungünstigem Wetter erzielten die Brauereien im 1. Halbjahr 1956 mit fast 2 3 Mill. hl einen neuen Produktionsrekord<sup>1)</sup>.

Die stärkste Produktionssteigerung erzielte die *Tabakwarenindustrie*, die fast 17% mehr produzierte als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Zunahme betrug im einzelnen bei Zigaretten 18%, bei Zigarren 11% und bei Rauchtobak 1%. Nach Abzug der Besatzungstruppen und Liquidierung der USIA-Kaufläden wird die Nachfrage nach Tabakwaren praktisch wieder ausschließlich aus der heimischen Produktion gedeckt.

## Umsätze und Verbrauch

*Dazu Statistische Übersichten 6 1 bis 6 6*

Mit dem vorliegenden Monatsbericht wird der Index der Einzelhandelsumsätze, den das Institut seit dem Jahre 1951 veröffentlicht, durch einen *neuen Index* ersetzt, der repräsentativer und reicher gegliedert ist als der alte. Der neue Index konnte mangels entsprechender Unterlagen nur ab 1954 berechnet werden (der alte Index verfolgte die Einzelhandelsumsätze seit dem Jahre 1948). Eine Ergänzung der neuen Indexreihe für die Jahre 1948 bis 1953 durch Verkettung mit der alten ist nicht empfehlenswert, da Zusammensetzung und Gewichtung der beiden Indexberechnungen sehr verschieden sind<sup>2)</sup>.

Im *Juli* entsprach der Geschäftsgang des Einzelhandels nicht den Saisonserwartungen. Die Umsätze nahmen um 8% ab, während sie im Juli 1954 und

<sup>1)</sup> In Beilage Nr. 39 „Die österreichische Brauindustrie“, wurde auf Seite 14 auf die Konkurrenzverhältnisse zwischen den kartellierten Brauereien und den Kartellaußenseitern hingewiesen. In diesem Zusammenhang ist noch besonders hervorzuheben, daß zwischen der außerhalb des Kartells stehenden Großbrauerei und dem Braukartell keine Beziehungen bestehen.

<sup>2)</sup> Einzelheiten über die Berechnungsmethode und die Ergebnisse des neuen Index siehe Beilage Nr. 40 „Neuberechnung des Index der Einzelhandelsumsätze“ zu diesem Monatsbericht

1955 durchschnittlich um 6% gestiegen waren<sup>1)</sup>. Die Erlöse des Vorjahres wurden nur um 1% überschritten, gegen 9% im I. Halbjahr. Da das Preisniveau gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen ist, haben die Mengenumsätze — zum zweiten Mal seit 1954<sup>2)</sup> — das Vorjahrsvolumen nicht ganz erreicht.

Die Umsätze waren vermutlich im Juli vor allem deshalb relativ gering, weil sich der Saisonablauf verschoben hat. Der 1. Juli fiel auf einen Sonntag, und die Schulen wurden vielfach schon Ende Juni geschlossen; ein Teil der Käufe, die sonst in den Juli fallen (insbesondere von Lebensmitteln und Geschenken anlässlich der Zeugnisverteilung) wurde daher im Juni vorweggenommen. Das ungünstige Wetter im Juni, das viele Konsumenten veranlaßte, ihren Urlaub von Juni auf Juli zu verschieben, hat diese Entwicklung noch verstärkt. Faßt man aber die Monate Juni und Juli zusammen, so waren die Umsätze um 7% höher als im Vorjahr, gegen 6% im Durchschnitt der Monate März bis Mai.

Im Jahre 1956 haben die ungünstige Witterung, der frühe Ostertermin, die unterschiedliche Zahl von Lohnauszahlungs- und Verkaufstagen und andere Momente den Saisonrhythmus der Einzelhandelsumsätze wiederholt gestört. Die Umsatzergebnisse einzelner Monate erlauben daher keine Rückschlüsse auf die konjunkturelle Entwicklung der Konsumentennachfrage. Selbst die Quartalergebnisse geben kein richtiges Bild (im I. Quartal waren — nach dem neuen Index — die Wertumsätze um 16%, im II. Quartal aber nur um 3% höher als im Vorjahr), da das Ostergeschäft heuer noch in das erste Quartal, im Vorjahr aber größtenteils in das zweite fiel.

Schaltet man diese Saisonverschiebungen durch entsprechende Zusammenfassung mehrerer Monate aus, so zeigt sich, daß die Konsumentennachfrage und damit die Einzelhandelskonjunktur seit Frühjahr fühlbar nachgelassen hat. Während die Zuwachsrate der Wertumsätze im Jahre 1955 gegenüber dem Vorjahre von 10% im I. Halbjahr auf 11% im 2. Halbjahr stieg, sank sie im I. Halbjahr 1956 auf 9%. Dieser Durchschnitt wurde aber nur dadurch erreicht, daß die „Sonderzahlungen“ die Nachfrage im Jänner und Februar stark belebten. Seit März sind die Umsätze wertmäßig nur noch um 7% (mengenmäßig wahrscheinlich etwas weniger) höher als im Vorjahr.

<sup>1)</sup> Auch in den Jahren 1951 bis 1953 haben — nach dem alten Umsatzindex — die Umsätze von Juni auf Juli durchschnittlich um 5% zugenommen.

<sup>2)</sup> Im April 1956 waren (nach dem neuen Index) die Wertumsätze um 10% geringer als im Vorjahr.

### Zuwachsraten der Einzelhandelsumsätze<sup>1)</sup>

Zeitraum	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %
1955 1. Halbjahr	+10,3
2. Halbjahr	+11,2
1956 1. Halbjahr	+9,1
Jänner/Februar	+10,8
März/April	+6,4
Mai	+5,9
Juni/Juli	+7,4
März bis Juli	+6,7

Nach dem neuen Umsatzindex des Institutes

Das Nachlassen des Konjunkturauftriebes im Einzelhandel erklärt sich vor allem aus den seit Frühjahr langsamer steigenden Masseneinkommen; die Beschäftigung nimmt nur noch geringfügig zu, Löhne und Gehälter wurden nur vereinzelt und, wenn man vom öffentlichen Dienst absieht, nicht sehr stark erhöht. Nach dem Lohnsummenindex des Institutes hat die Nettolohnsumme der Industriearbeiter von März bis Juli verglichen mit dem Vorjahr nur um 9% zugenommen, gegen 16% im ersten und 14% im zweiten Halbjahr 1955 und 19% im Jänner und Februar 1956. Wahrscheinlich ist auch der Anteil der Konsumausgaben außerhalb des Einzelhandels (für Reisen, Betrieb und Erhaltung von Kraftfahrzeugen, Modernisierung von Wohnungen, Erholung und Unterhaltung u. ä.) leicht gestiegen. Die Sparrate hat sich dagegen eher vermindert<sup>3)</sup>.

Die Einzelhändler paßten ihre Einkaufsdispositionen im Juli weitgehend dem schwachen Geschäftsgang an. Nach den Ergebnissen des Konjunkturtestes des Institutes haben in den meisten Branchen die Wareneingänge von Juni auf Juli weniger zu- oder stärker abgenommen als im Vorjahr. Nur im Einzelhandel mit Lebensmitteln, Photoartikeln und Elektrowaren wurde mehr eingekauft als saisongemäß zu erwarten war. In zahlreichen Branchen (insbesondere Textilien, Schuhe, Lederwaren, Möbel, Hausrat, Parfumeriewaren, Papierwaren) meldeten auch mehr Firmen sinkende und weniger Firmen steigende Warenbestellungen als im Vorjahr.

Die Umsatzentwicklung war im Juli nach Branchen, Betriebsformen und Gebieten sehr verschieden. Im Gegensatz zum I. Halbjahr, als die Nachfrage nach dauerhaften und nichtdauerhaften Konsumgütern gleichmäßig zugenommen hat (+9%), schnitten im Juli die Branchen, die langlebige Güter führen, wieder besser ab als die übrigen. Der Umsatzindex für dauerhafte Konsumgüter war im Juli d. J. um 5% niedriger als im Juni und um 2% höher als

<sup>3)</sup> Von Ende Februar bis Ende Juli 1956 wurden bei den österreichischen Kreditinstituten 1243 Mill. S auf Sparkonten eingelegt, gegen 1149 Mill. S in der gleichen Zeit des Vorjahres (+8%).

im Vorjahr; dagegen war der Umsatzindex für kurzlebige Waren im Juli d. J. um 8% niedriger als im Juni und nur gleich hoch wie im Juli 1955. Die neuerliche Verlagerung der Nachfrage zugunsten von dauerhaften Gütern ist allerdings nur auf die Saisonverschiebungen zurückzuführen. Faßt man die Monate Juni und Juli zusammen, so waren die Wertumsätze in beiden Gruppen um je 7% höher als im Vorjahr. (Mengenmäßig sind die Umsätze von dauerhaften Konsumgütern eher weniger gestiegen, da ihre Preise stärker angezogen haben als die Preise der nichtdauerhaften Güter.)

#### Entwicklung der Einzelhandelsumsätze nach Branchen

Branchengruppe bzw. Branche <sup>1)</sup>	Juni gegen Juli 1956		1956 gegen 1955	
	Ø 1954/55	Veränderungen in %	Juli	Ø Juni/Juli
Nahrungs- und Genußmittel	- 8,5	+ 9,9	- 1,9	+ 5,4
Tabakwaren	+ 2,9	+ 4,1	+ 12,6	+ 13,4
Bekleidung	- 15,8	- 8,2	+ 1,8	+ 10,5
Textilien	- 13,5	- 6,4	+ 1,9	+ 10,3
Meterware	- 25,8	- 13,6	- 9,3	+ 2,1
Oberbekleidung	- 9,0	- 2,8	+ 5,3	+ 12,0
Wäsche, Wirk- und Strickwaren	- 8,4	- 2,5	+ 4,0	+ 12,7
Gemischtes Sortiment	- 8,5	- 4,2	+ 8,4	+ 15,5
Schuhe	- 24,1	- 16,5	- 1,4	+ 9,6
Wohnungseinrichtung und Hausrat	- 4,4	+ 9,5	+ 5,4	+ 11,4
Möbel	- 9,9	+ 19,3	- 4,4	+ 8,1
Teppiche, Möbel- u. Vorhangstoffe	- 4,7	+ 6,7	+ 3,5	+ 8,7
Hausrat Glas, Porzellan	+ 3,0	+ 13,9	+ 6,7	+ 8,5
Elektrowaren	- 3,0	- 5,1	+ 19,0	+ 18,1
Sonstiges	- 1,8	+ 8,5	- 1,9	+ 4,1
Fahrzeuge	- 7,7	- 5,1	- 8,3	- 5,6
Photoartikel	+ 21,2	+ 25,1	+ 7,8	+ 8,7
Lederwaren	+ 4,0	+ 25,4	- 0,6	+ 8,0
Parfumerie- und Drogeriewaren	+ 3,5	+ 11,0	- 10,2	- 5,4
Papierwaren	- 13,7	+ 10,8	+ 1,1	+ 15,4
Bücher	- 16,6	- 8,8	- 3,5	- 0,5
Uhren und Schmuckwaren	- 2,1	+ 3,0	- 3,1	+ 6,6
Einzelhandel insgesamt	- 7,9	+ 5,7	+ 0,7	+ 7,4

<sup>1)</sup> Aufgliederung nach Untergruppen nur für den Fachhandel.

Von den dauerhaften Konsumgütern gingen ebenso wie in den Vormonaten *Elektrowaren* relativ am besten. In den Fachgeschäften nahmen die Umsätze von Juni auf Juli nur um 3% ab (im Durchschnitt 1954/55 um 5%) und waren wertmäßig um 19% höher als im Vorjahr (im 1. Halbjahr um 18%). Dagegen wurden *Hausratartikel*, *Glas- und Porzellanwaren* um 7% und *Teppiche, Möbel- und Vorhangstoffe* nur um 4% mehr gekauft als im Vorjahr; die Umsätze von *Möbeln* sanken sogar um 4%. Auch die Verkäufe von *Fahrzeugen* (-8%), *Büchern* (-4%) sowie *Uhren und Schmuckwaren* (-3%) waren geringer als im Vorjahr. Nachdem die Konsumenten ihre Wohnungen mit Möbeln, Teppichen, Vorhängen u. ä. größtenteils bereits eingerichtet haben, konzentriert sich ihr Interesse hauptsächlich auf die Ausstattung des Haushaltes mit modernen und arbeitssparenden Haushaltmaschinen und -geräten. Das reichhaltige Angebot an diesen Waren, die günstigen Zahlungsbedingungen und eine großangelegte Werbung för-

dern diese Entwicklung. Der relativ schwache Geschäftsgang der im Umsatzindex erfaßten Fahrzeuggeschäfte, die nur Motor- und Fahrräder sowie Fahrzeugzubehör führen, ist darauf zurückzuführen, daß sich die Nachfrage der Konsumenten von Motorrädern und Motorrollern den Personenkraftwagen (vielfach den gebrauchten) zuwendet.

Für den schwachen Absatz von nichtdauerhaften Konsumgütern war der Rückgang der Käufe von *Nahrungs- und Genußmitteln* ausschlaggebend. Da der 1. Juli auf einen Sonntag fiel und die Vorräte für Juli teilweise bereits im Juni gekauft wurden, nahmen die Umsätze gegen Juni um 9% ab (saisongemäß hätten sie um 10% steigen sollen) und waren um 2% niedriger als im Vorjahr (im Juni um 13% höher). Auch die Umsätze von *Bekleidung* nahmen gegen Juni übersaisonnmäßig ab (-16% gegen -8%), sie waren jedoch immer noch um 2% höher als im Vorjahr. Es wurde vor allem mehr Oberbekleidung (+5%) sowie mehr Wäsche, Wirk- und Strickwaren (+4%) abgesetzt, während Meterware (-9%) und Schuhe (-1%) weniger verkauft wurden als im Vorjahr. *Lederwaren, Parfumerie- und Drogeriewaren* sowie *Papierwaren* gingen ebenfalls schwächer als saisongemäß zu erwarten war; die Umsätze des Vorjahres wurden nicht erreicht (Parfumeriewaren, Lederwaren) oder nur knapp überschritten (Papierwaren). Nur der Geschäftsgang der *Tabaktrafiken* und der *Photogeschäfte* war befriedigend. Die Umsätze von *Tabakwaren* nahmen um 3% zu (in den Vorjahren um durchschnittlich 4%) und waren um 13% höher als im Vorjahr (im Juni um 14%). Allerdings waren im Juli 1955 teilweise noch *USIA-Zigaretten* (aus Vorratskäufen) geraucht worden (Erst im August 1955 wirkte sich die Schließung der *USIA-Läden* voll auf den Absatz von *Regiezigaretten* aus.) Dank dem lebhaften Urlaubs- und Reiseverkehr wurden um 21% mehr *Photoartikel* verkauft als im Juni und um 8% mehr als im Vorjahr. Die Mengenumsätze sind jedoch etwas weniger gestiegen, da sich verschiedene Artikel inzwischen verteuert haben.

Von den verschiedenen *Betriebsformen* schnitten Warenhäuser und Massenfilialbetriebe im Juli im allgemeinen besser ab als Einzelgeschäfte des Fachhandels und Konsumgenossenschaften. Die Bekleidungsumsätze z. B. nahmen gegen Juni in den Warenhäusern zwar ebenso stark ab wie im Fachhandel (-17%), sie waren aber um 6% höher als im Vorjahr, gegen nur 1% im Fachhandel. Auch im Durchschnitt der Monate Juni und Juli erhöhten sich die Verkäufe in den Warenhäusern (+14%) stärker als im Fachhandel (+10%). Die Umsätze von Nahrungs- und Genußmitteln nahmen in den Filialbetrieben gegen

Juni nur um 2<sup>o</sup>/<sub>o</sub> ab (im Fachhandel um 9<sup>o</sup>/<sub>o</sub>) und waren um 4<sup>o</sup>/<sub>o</sub> höher als vor einem Jahr (in den Einzelgeschäften um 2<sup>o</sup>/<sub>o</sub> niedriger). Die unterschiedliche Entwicklung läßt sich z. T. damit erklären, daß die Vorratskäufe, die den Geschäftsgang im Juli beeinträchtigten, in den Filialbetrieben infolge der Zusammensetzung ihres Sortiments eine geringere Rolle spielen als in den Einzelgeschäften. Andererseits haben die Käufe von Konserven, Dauerbackwaren, Schokoladen u. ä. für Urlaub und Reisen den Geschäftsgang der Filialbetriebe begünstigt, da bei ihnen der Anteil dieser Waren größer ist als in den kleinen und mittleren Lebensmittelgeschäften. Im Schuhhandel konnten die Filialbetriebe um 6<sup>o</sup>/<sub>o</sub> höhere Umsätze erzielen als im Vorjahr, die Einzelgeschäfte verkauften um 3<sup>o</sup>/<sub>o</sub> weniger.

Die regionale Umsatzentwicklung war uneinheitlich. In der Mehrzahl der Branchen schnitten die Bundesländer besser ab als Wien. Nur die Nachfrage nach Textilien, Hausrat, Parfümerie- und Drogeriewaren, Papierwaren und Büchern war in Wien lebhafter: die Umsätze dieser Güter nahmen gegenüber dem Vorjahr in Wien weniger ab oder stärker zu als in den Bundesländern. Da die gleiche Tendenz auch im Juni festgestellt wurde, scheint diese Entwicklung nicht allein auf dem lebhafteren Urlaubsverkehr in diesem Jahr zu beruhen, sondern auf einer echten Verschiebung der Nachfrage zwischen Wien und den Bundesländern.

Der übersaisonnmäßig lebhafte Geschäftsgang des Einzelhandels im Juni spiegelt sich auch in den Umsatzsteuereingängen des Monats Juli teilweise wider. Der Bruttoertrag (einschließlich Rückvergütung) nahm von Juni auf Juli um 6<sup>o</sup>/<sub>o</sub> zu (im Durchschnitt der Jahre 1953 bis 1955 ging er um 1<sup>o</sup>/<sub>o</sub> zurück) und war um 23<sup>o</sup>/<sub>o</sub> höher als im Vorjahr (im I. Halbjahr nur um 12<sup>o</sup>/<sub>o</sub>). Da sich aber die Rückvergütung für Ausfuhrlieferungen von 75 Mill. S im Juni auf 170 Mill. S im Juli erhöhte, nahm der Nettoertrag um 10<sup>o</sup>/<sub>o</sub> ab (im Durchschnitt der Jahre 1953 bis 1955 ist er um 2<sup>o</sup>/<sub>o</sub> gestiegen) und war nur um 2<sup>o</sup>/<sub>o</sub> höher als im Vorjahr (im I. Halbjahr um 14<sup>o</sup>/<sub>o</sub>).

An Verbrauchssteuern gingen im Juli 233 Mill. S ein, um 10<sup>o</sup>/<sub>o</sub> mehr als im Vormonat, aber nur gleich viel wie im Vorjahr. Saisonbedingt waren die Eingänge an Biersteuer um 24<sup>o</sup>/<sub>o</sub> und an Mineralölsteuer um 20<sup>o</sup>/<sub>o</sub> höher als im Juni, während die Weinsteuer um 8<sup>o</sup>/<sub>o</sub> weniger und die Tabaksteuer gleich viel einbrachte. Gegenüber dem Vorjahr hat sich nur, infolge der zunehmenden Motorisierung, der Ertrag der Mineralölsteuer um 13,8 Mill. S oder 17<sup>o</sup>/<sub>o</sub> erhöht. Dadurch konnten die geringeren Eingänge an Tabaksteuer (-10<sup>o</sup>/<sub>o</sub>), Biersteuer (-7<sup>o</sup>/<sub>o</sub>) und Weinsteuer

(-14<sup>o</sup>/<sub>o</sub>) ausgeglichen werden. Die relativ niedrigen Einnahmen an Biersteuer im Juli sind jedoch nur zum Teil auf den witterungsbedingten Rückgang des Bierkonsums im Juni zurückzuführen (der Ausstoß der Brauereien war um 1<sup>o</sup>/<sub>o</sub> geringer als im Vorjahr). Der Ausfall an Weinsteuer geht dagegen auf die Abschaffung der Weinverbrauchsabgabe zurück; die eigentliche Weinsteuer brachte sogar um 3<sup>o</sup>/<sub>o</sub> mehr ein als im Vorjahr.

## Arbeitslage

Dazu Statistische Übersichten 7.1 bis 7.15

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich im August saisongemäß gebessert, obwohl die Fahrzeugindustrie infolge des Absatzrückganges eine größere Anzahl von Arbeitskräften entließ und auch einige andere Branchen, wenn auch in geringerem Umfang, Arbeitskräfte freisetzen mußten. Die Zahl der Stellensuchenden ging etwas weniger zurück als im Vorjahr, ein Zeichen dafür, daß die einsatzfähigen Arbeitsreserven weitgehend ausgeschöpft sind. Trotzdem nahm die Beschäftigung ungefähr gleich stark zu wie im August 1955, da sich mehr neue Arbeitskräfte zur Verfügung stellten. Die Zahl der Stellen, die von den Arbeitsämtern angeboten werden, ging saisonbedingt zurück, aber weniger stark als im Vorjahr. Noch immer sind in fast allen Wirtschaftszweigen Arbeitskräfte knapp.

### Der Arbeitsmarkt im Juli und August

Jahr, Monat	Beschäftigte		Vorgemerkte Stellensuchende		Arbeitskräfteangebot	
	Veränderung gegenüber dem Vormonat	Stand zu Monatsende	Veränderung gegenüber dem Vormonat	Stand zu Monatsende	Veränderung gegenüber dem Vormonat	Stand zu Monatsende
1951 VII	+15 3	2.034 5	- 6 6	74 4	+ 8 8	2.108 8
VIII	+12 6	2.047 1	- 3 7	70 6	+ 8 9	2.117 7
1952 VII	+ 3 4	1.980 3	- 2 0	116 9	+ 1 4	2.097 2
VIII	+ 5 1	1.985 4	- 1 1	115 8	+ 4 0	2.101 2
1953 VII	+12 6	1.966 8	- 8 8	134 3	+ 3 7	2.101 1
VIII	+17 1	1.983 9	- 5 1	129 2	+12 0	2.113 1
1954 VII	+22 4	2.031 2	-10 7	109 9	+11 8	2.141 1
VIII	+21 5	2.052 7	-11 4	98 5	+10 2	2.151 2
1955 VII	+15 9	2.131 3	- 5 0	71 6	+10 9	2.202 9
VIII	+15 9	2.147 2	- 6 2	65 4	+ 9 7	2.212 6
1956 VII	+18 8	2.197 7	- 5 5	68 1	+13 3	2.265 8
VIII <sup>1)</sup>	+15 8	2.213 5	- 2 8	65 3	+13 0	2.278 8

<sup>1)</sup> Vorläufige Zahlen.

Der Zustrom an neuen Arbeitskräften betrug im Juli und August 13.300 und 13.000 Personen gegen nur 10.900 und 9.700 im Vorjahr. Er war auch größer als in früheren Jahren. Das gesamte *Arbeitskräfteangebot* (Beschäftigte + Stellensuchende) erreichte Ende August mit 2.278.800 einen neuen Höchststand<sup>1)</sup>. Es war um 66.200 Arbeitskräfte höher als vor einem Jahr. Diese Zahl entspricht ungefähr

<sup>1)</sup> Alle Zahlen für August 1956 sind vorläufig

der Zahl der Arbeitslosen im August 1955 und 1956 Mehr als die Hälfte der Zunahme entfällt auf Frauen.

Die Zahl der *Beschäftigten* stieg im *Juli* um 18.800 (0,9%) auf 2.197.700 und im *August* um weitere 15.800 (0,7%) auf 2.213.500. Sie war Ende Juli um 66.400 (30.300 Männer und 36.100 Frauen) höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres, Ende August um fast ebensoviel (66.300).

Die Beschäftigung in der *Land- und Forstwirtschaft* erhöhte sich im *Juli* trotz den Erntearbeiten nur noch um 600 (im Vorjahr um 300) auf 196.000. Die starke Mechanisierung der Feldarbeiten vermindert den zusätzlichen Bedarf an Arbeitskräften, andererseits werden vollwertige Gesindekräfte nach wie vor sehr gesucht, sind aber kaum zu finden. Die gegenwärtig bei den Arbeitsämtern vorgemerkten 1.600 Land- und Forstarbeiter können meist wegen verminderter Einsatzfähigkeit nicht untergebracht werden.

In der *gewerblichen Wirtschaft* stieg die Zahl der Beschäftigten im *Juli* um 16.400 (im Vorjahr um 15.000) auf 1.714.100. Vor allem die Bauwirtschaft, die bereits mehr als 220.000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt (um rund 3% mehr als im Vorjahr), aber auch die Eisen- und Metallindustrie, sowie saisonüblich die Nahrungs- und Genußmittelindustrie und das Hotel- und Gastgewerbe stellten zusätzlich Personal ein. In der Bekleidungsherstellung überwogen wie meist in diesem Monat die Entlassungen.

Der von der Wiener Arbeiterkammer berechnete Index der Beschäftigung in 1.678 repräsentativen Betrieben Österreichs stieg von Anfang Juni bis Anfang Juli neuerlich weniger als im Vorjahr, obwohl die Beschäftigung in der *Gesamtwirtschaft* im Juni und Juli stärker zugenommen hatte als im Jahre 1955. Er erhöhte sich nur um 1,1 Punkte (0,5%) auf 206,5 (März 1934 = 100) gegen 1,3 Punkte (0,7%) auf 200,8 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Wie in den letzten Monaten nahm vor allem die Beschäftigung in der Eisen- und Metallindustrie und bei den Elektrizitätswerken weniger zu als in den früheren Jahren. Auffallend viele Arbeitskräfte wurden in der Leder- und Häuteindustrie entlassen, die Bekleidungsindustrie hingegen, deren Personalstand in den beiden Vormonaten leicht zurückgegangen war, nahm, im Gegensatz zur normalen Saisonentwicklung, bereits wieder Arbeitnehmer auf.

Für die gesamte Industrie (ohne frühere USIA- und SMV-Betriebe) liegen erst die Daten für Juni vor. Die Beschäftigungszunahme war in diesem Monat mit 4.700 geringer als in den beiden Vorjahren (5.100 und 5.000). In der Fahrzeugindustrie ging die Zahl der Arbeitnehmer erstmals – allerdings noch geringfügig

– zurück (um 371 oder 1,5% auf 23.900), auch die Gießereiindustrie entließ im Juni Arbeitskräfte, während sie im Vorjahr noch welche aufgenommen hatte. Der starke Beschäftigungsrückgang in der Lederindustrie ist ebenso wie die starke Zunahme in der Stein- und keramischen Industrie sowie in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie vorwiegend saisonbedingt. Auch die Maschinenindustrie und die Elektroindustrie stellten noch zusätzlich Personal ein.

Die Zahl der vorgemerkten *Stellensuchenden* sank im *Juli* um 5.500 (7,5%) auf 68.100, im *August* um weitere 2.800 (4,0%) auf 65.300. Die Abnahme der Arbeitslosigkeit war im *Juli* um 500 stärker, im *August* um 3.400 schwächer als im Vorjahr. Ende *August* gab es nur um 100 Stellensuchende weniger als im *August* des Vorjahres, dem tiefsten Stand im Jahre 1955. Weniger vorgemerkte Stellensuchende gab es nur noch in den Inflationsjahren 1947 und 1948. Die *Rate der Arbeitslosigkeit* unterschritt Ende *August* mit 2,9% erstmals seit Oktober 1948 3%. Dieser Prozentsatz wurde von UNO-Experten als oberste Grenze der Vollbeschäftigung (allerdings im Jahresdurchschnitt) angesehen. Die Rate der sofort voll einsatzfähigen Stellensuchenden betrug Ende *Juli* 1,9%.

Die Arbeitslosigkeit sank im *Juli* in allen Berufsklassen mit Ausnahme der Chemiarbeiter (ein Betrieb der Gummiindustrie in Niederösterreich entließ eine größere Anzahl von Arbeitskräften) und des Hauspersonals. Stärker als im Vorjahr sank die Zahl der stellensuchenden Bauarbeiter (nur der Bauhilfsarbeiter), Metallarbeiter, Bekleidungsarbeiter, Nahrungs- und Genußmittelarbeiter, Verkehrsarbeiter und der kaufmännischen Angestellten, ebenso stark die der Holzarbeiter sowie der Hotel- und Gaststättenarbeiter, etwas schwächer die Zahl der Hilfsarbeiter.

Im *August* nahm die Arbeitslosigkeit in allen Berufsklassen, für die schon Daten vorliegen, sehr geringfügig ab. Nur bei den Hilfsarbeitern war der Rückgang etwas stärker als im Vorjahr. Die Zahl der stellensuchenden Eisen- und Metallarbeiter nahm im Gegensatz zur normalen Saisonentwicklung im *August* leicht zu. Die Freistellungen in der Fahrzeugindustrie sind darin vermutlich erst zum Teil enthalten.

Der Beginn der Herbstsaison in den Konsumgüterindustrien und die Vorbereitungen zur Herbstmesse erfordern Ende *August* vor allem in Wien zusätzliche Arbeitskräfte, hauptsächlich Frauen. Die Abnahme der Arbeitslosigkeit ist daher im *August* in Wien stets relativ hoch. Da die Investitionsgüterindustrien stagnieren, war heuer der Anteil Wiens als eines Zentrums der Konsumgüterindustrie am

Rückgang der Arbeitslosigkeit mit 65% erheblich höher als im Vorjahr mit 47%. In der Steiermark dagegen, wo verschiedene Investitionsgüterindustrien beheimatet sind, nahm die Arbeitslosigkeit im August d. J. kaum noch ab.

Das *Stellenangebot* der Arbeitsämter sank saisonbedingt von Ende Juni bis Ende Juli um 1.100 auf 25.400, im August um weitere 900 auf 24.500. Die Abnahme ist seit Juni geringer als in den gleichen Monaten des Vorjahres. Ende Juli gab es um 3.200 (11,3%) weniger offene Stellen, Ende August nur noch um 2.600 (9,7%) weniger als im Juli und August 1955. Das Stellenangebot für Frauen sank allerdings heuer im August stärker als im Vorjahr. Ende Juli d. J. wurden mit 6.700 offenen Stellen für Frauen noch um 100 Arbeitsplätze mehr angeboten als im Juli 1955. Ende August waren es mit 6.300 Stellenangeboten bereits um 100 weniger als im Vorjahr. Fast die Hälfte der 18.700 angebotenen Arbeitsplätze für Männer betrafen Bauarbeiter.

Mehr freie Stellen als Ende Juni wurden Ende Juli nur für Forstarbeiter, Bauarbeiter (Maurer), Metallarbeiter, Holzarbeiter, Hilfsarbeiter und insbesondere Textilarbeiter angeboten. In allen übrigen Berufsklassen sank das Stellenangebot.

Die Entwicklung des Stellenangebotes ist im Spätsommer regional verschieden. Es nahm in Wien sowohl im Juli als auch im August noch beachtlich zu, in allen anderen Bundesländern nahm es trotz dem Arbeitskräftebedarf im Fremdenverkehr ab.

In nahezu allen Berufsklassen sind weiterhin Arbeitskräfte knapp, das Verhältnis von Angebot und Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften hat sich jedoch kaum verändert. Ende August (Juli) entfielen auf je 100 offene Stellen für Männer 141 (142) Bewerber und auf je 100 offene Stellen für Frauen 632 (622) Bewerberinnen.

Die Zahl der sofort einsatzbereiten *Lehrstellensuchenden* ist mit Schulschluß naturgemäß sehr hoch. Sie stieg von 4.100 Ende Juni auf 19.000 Ende Juli. Davon sind 10.700 (56%) Burschen und 8.300 (44%) Mädchen. Die Zahl liegt um 5.200, mehr als ein Fünftel, unter dem Vorjahresstand. Da gleichzeitig die Zahl der sofort besetzbaren Lehrstellen mit 8.500 um mehr als ein Drittel höher war als im Juli 1955, hat sich die Lage der Lehrstellenbewerber im Vergleich zu früheren Jahren beträchtlich verbessert. Im Juli 1955 waren noch 264 männliche und nicht weniger als 1.187 weibliche Lehrstellensuchende auf je 100 offene Stellen entfallen. Im Juli d. J. waren es nur 150 Burschen bzw. 644 Mädchen. Insgesamt gab es heuer nur etwas mehr als doppelt so viele Bewerber

als offene Lehrstellen, im Vorjahr waren es fast viermal mehr.

Mit der Zahl der Lehrstellensuchenden ist auch die Zahl der Lehrplatzvermittlungen durch die Arbeitsämter etwas zurückgegangen. Im Juni d. J. wurden mit 1.964 Plätzen noch etwas mehr Lehrstellen besetzt als im Vorjahr, im Juli waren es mit 6.111 Plätzen um 376 (5,8%) weniger. Es ist bemerkenswert, daß das Arbeitskräftepotential im Juli (und auch im August) stärker zugenommen hat als im Vorjahr, obwohl weniger Jugendliche auf den Arbeitsmarkt einströmten als im Jahre 1955.

## Verkehr und Fremdenverkehr

*Dazu Statistische Übersichten 81 bis 813*

Die Leistungen des Verkehrs haben sich im Juli saisongemäß entwickelt. Sie sind mit Ausnahme des Güterverkehrs auf der Bahn (Daten über den Güterverkehr auf der Straße liegen nicht vor) in allen Sparten gestiegen. Die Leistungen vom Juli 1955 wurden zum Teil beträchtlich überschritten.

Im *Güterverkehr* der Bundesbahnen wurden im Juli 690,4 Mill. netto-t-km geleistet und 181.621 Wagen bereitgestellt, das ist etwas weniger als im Juni. Die Zahl der Arbeitstage (26) war in beiden Monaten gleich hoch, so daß auch die Leistung je Arbeitstag leicht abnahm. Diese Entwicklung ist saisonüblich und vorwiegend durch den industriellen Produktionsrhythmus bedingt. Nur in den Jahren 1954 und 1955 überlagerte der starke Konjunkturaufschwung die Saisonbewegung und steigerte auch in den Sommermonaten (Juli, August) die Verkehrsleistungen. Der Bedarf an Transportraum war vor allem für Holz, Eisen und Metalle, Kohle, Baustoffe, Magnesit und Sammelgut geringer als im Juni. Höhere Transporte von Erzen, Kunstdünger und Nahrungsmitteln glichen diesen Rückgang nur teilweise aus.

Im Vergleich zum Vorjahr war die Zahl der Wagenstellungen (Binnenverkehr und Export) und die Netto-t-km um 0,3% und 4,5% höher. Im internationalen Verkehr ging die Tonnageleistung in der Einfuhr leicht zurück, während sie in der Ausfuhr etwas (0,7%), im Transit jedoch um 23% (netto-t-km + 22%) zunahm. Der Binnenverkehr war um knapp 2% stärker als i. J. 1955. Die Nachfrage nach Transportraum ist zwar noch sehr hoch, scheint aber, abgesehen von den saisonalen Schwankungen, vorläufig einen Höhepunkt erreicht zu haben. Die Zahl der monatlichen Wagenstellungen lag seit März konstant um 3,3% über den jeweiligen Vorjahresergebnissen und sank im Juli praktisch auf das Vorjahresniveau, das um 13% höher war als i. J. 1954. Von den entscheidenden

den Güterarten waren vor allem die Transporte von Kohle, Koks, Holz, Eisen, Kunstdünger und Sammelgut geringer oder gleich hoch wie i. J. 1955.

### Wagenstellungen nach Güterarten (Voll- und Schmalspur)

	Juli 1956	Veränderung in % (+ bzw. -)		
		Monatsergebnis gegen Vorjahr	Vormonat	Arbeitstag gegen Vormonat
Insgesamt	181.621	+ 0,3	- 0,4	- 0,4
davon				
Kohle, Koks	21.551	- 2,2	- 2,1	- 2,1
Holz	19.778	- 6,7	- 12,5	- 12,5
Baustoffe	31.176	+ 4,3	- 0,4	- 0,4
Eisen	12.349	+ 1,1	- 11,8	- 11,8
Papier	6.687	+ 11,9	+ 2,6	+ 2,6
Erze	9.560	+ 27,4	+ 6,0	+ 6,0
Kunstdünger	2.306	- 29,4	+ 51,9	+ 51,9
Nahrungsmittel	9.139	+ 14,0	+ 7,4	+ 7,4
Strickgut	31.001	+ 3,6	+ 1,1	+ 1,1
Sammelgut	5.386	+ 0,7	- 5,3	- 5,3
Zuckerrüben	—	—	—	—
Andere	32.688	- 8,6	+ 7,0	+ 7,0

Die Wagenlage war während des ganzen Monats zufriedenstellend, der Bedarf konnte zu 98% gedeckt werden. Die Wagenumlaufzeit blieb mit 5,3 Tagen gegenüber Juni unverändert.

Zwischen Österreich und der Hohen Behörde der Montanunion haben am 14. September Verhandlungen über ein Transportabkommen begonnen. Die österreichischen Transitstrecken sollen in das einheitliche Eisenbahnfrachtsystem<sup>1)</sup> für Kohle und Stahl der Unionsländer einbezogen werden, um den verteuernenden Frachtenbruch an den österreichischen Grenzen zu eliminieren und die volle Wirkung der sogenannten direkten Tarife zu erzielen<sup>2)</sup>. Da Österreich und die Schweiz nicht der Montanunion angehören, konnten diese Tarife für Transporte zwischen Italien und den anderen Montanländern bisher nicht angewendet werden. An einem Transportabkommen ist daher in erster Linie die Hohe Behörde interessiert. Dieser Umstand sowie der finanzielle Verlust, den die Bundesbahn durch die Ermäßigung der Fracht und dem Wegfall der Abfertigungsgebühr erleidet, rechtfertigen den Anspruch auf gewisse Kompensationen.

Zwischen der Schweiz und der Montanunion wurde bereits am 28. Juli ein derartiges Transportabkommen geschlossen und es ist anzunehmen, daß die Besprechungen mit Österreich zu einem gleichlautenden Vertrag führen werden. Die ÖBB würde demnach das Verbot von Frachtdiskriminierungen nach Ursprungs- und Bestimmungsländern beachten müssen, andererseits aber hätte sie ein Mitspracherecht bei allen weiteren „Harmonisierungsmaßnahmen“ im Bahnverkehr der Montanländer. Wünschenswert wäre es, wenn neben dem Transportabkommen auch ein Konsultativabkommen mit der

<sup>1)</sup> Vgl. „Die Verkehrsintegration der Montanunion“, Monatsberichte, Heft 4, Jg. 1955, Seite 153.

<sup>2)</sup> Bei den direkten Tarifen der Montanunion wird die degressive Entfernungsstaffel für die gesamte Transportentfernung, also über die Staatsgrenzen hinweg, angewendet. Außerdem fällt die Abfertigungsgebühr fort, die sonst von jeder Bahnverwaltung beim Grenzübergang eingehoben wird.

Hohen Behörde abgeschlossen wird, ähnlich dem zwischen der Schweiz und den Montanländern vom 7. Mai 1956. In diesem verpflichtet sich die Hohe Behörde, die Schweizer Regierung zu konsultieren, bevor sie ein Zuteilungssystem einführt, Mindest- oder Höchstpreise festsetzt oder die Einfuhr beschränkt. Allerdings ist die österreichische Verhandlungsposition schwächer, da die Schweizer Transitstrecken für Montangüter ungleich bedeutender sind als die österreichischen.

Die Tschechoslowakei senkte ab 9. Juli 1956 ihre Transitsätze für österreichisches Transportgut von und nach polnischen Seehäfen bis zu 70% unter den tschechischen Binnentarif und glich sie damit nahezu den einheitlichen Transitsätzen innerhalb der Ostblockstaaten an. Diese Werbung für die Benützung polnischer Seehäfen fällt mit verschiedenen Frachtverteuernungen im Verkehr über Triest und die atlantischen Seehäfen zusammen. Die polnischen Häfen waren bisher für den österreichischen Übersee-Außenhandel praktisch bedeutungslos. Im Jahre 1955 entfielen auf Triest 60%, Bremen, Hamburg, Lübeck 32% und Rijeka 6% der über See beförderten österreichischen Außenhandels Güter; die restlichen 2% verteilten sich auf die übrigen Seehäfen<sup>3)</sup>.

Der Personenverkehr auf den Bundesbahnen lebte sich von Juni auf Juli saisonüblich. Es wurden 649 Mill. Fahrkarten verkauft, um 4,7% mehr als i. J. 1955. Der Fernreiseverkehr nahm gegenüber Juni infolge der Urlaubsreisen stark zu und war auch größer als im Vorjahre. Die höhere Zahl an Wagenachskilometern (+ 4%) bei gleichbleibender Zahl an Zugskilometern läßt erkennen, daß man der größeren Nachfrage vorwiegend durch längere Züge begegnete. Die neue Aktion der Deutschen Bundesbahn: „Personenwagen als Reisegepäck“<sup>4)</sup> fand guten Anklang. Auch für Österreich wäre im Auslandsverkehr von und nach den Landeshauptstädten ein derartiger Verkehr sowohl für die Bahn wie auch für den Fremdenverkehr von Vorteil. Die Bahn könnte zusätzliche Reisende mit relativ hohen Fahrtspesen gewinnen, der Fremdenverkehr alle jene Reisenden, denen die Anfahrt auf der Straße nach Österreich zu zeitraubend oder zu mühevoll ist, die aber andererseits ihren Kraftwagen nicht entbehren wollen.

Im Straßenverkehr wurden von den Kraftfahrlinien der Post und Bahn im Juli 8 Mill. Personen befördert, gegen 7,7 Mill. im Vorjahr. Den privaten Linienverkehr benutzten 4 Mill. Fahrgäste, d. i. 11,3% mehr als im Jahre 1955.

Die Bemühungen des Bundesministeriums für Verkehr, mit der ČSR ein Abkommen über einen

<sup>3)</sup> Über den Anteil der Seehäfen am österreichischen Übersee-Transportgut siehe Zeitschrift „Verkehr“, Nr. 28, Jg. 1956.

<sup>4)</sup> Der Personenkraftwagen kann als Reisegepäck (einschließlich Koffer usw.) im jeweils benutzten Schnellzug aufgegeben werden und wird am Reiseziel sofort abgerollt.

direkten Kraftfahrlinienverkehr zu treffen, wie er nach Deutschland, Jugoslawien und Italien besteht, sind gescheitert. Die ČSR wäre nur mit einem Anschlußverkehr bis und ab Grenze einverstanden gewesen. Ein derartiger Umsteigeverkehr widerspricht aber dem Wesen des internationalen Personenverkehrs und ist auch als Provisorium unannehmbar.

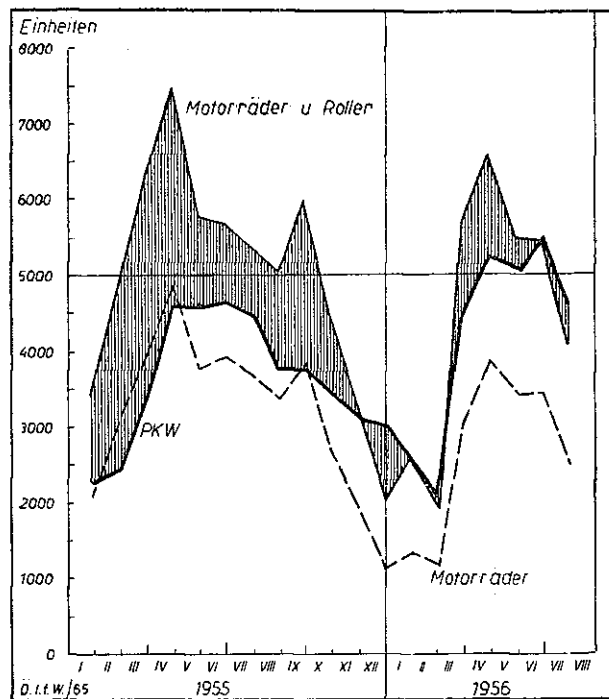
Der gewerbliche Güterverkehr auf der Straße war nach nunmehr vorliegenden Fachverbandsmeldungen im II. Quartal 1956 in den meisten Bundesländern schwächer als im Vorjahre. Nur in Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg wurde die Beschäftigungslage als zufriedenstellend empfunden. Gegen Quartalsende besserte sich die Auftragslage merklich.

Im Juli d. J. wurden 11 094 fabriksneue Kraftfahrzeuge zugelassen, gegen 12 241 im Vorjahre. Geringer war die Zahl der Zulassungen bei Motorrädern ( $-32\%$ ), Motorrollern ( $-6\%$ ) und Lastkraftwagen ( $-41\%$ ); höher bei Personenkraftwagen ( $+3\%$ ), Zugmaschinen ( $+22\%$ ) und Anhängern ( $+28\%$ ). Abgesehen von den Wintermonaten Dezember bis Februar, wurden im Juli d. J. erstmals mehr Personenkraftwagen zugelassen als Motorräder und Motorroller (4 590 gegen 4 060). Damit hat die seit einem Jahr zu beobachtende Umschichtung der Nachfrage innerhalb der Fahrzeuggruppen für den Individualverkehr einen entscheidenden Wendepunkt erreicht. Es ist bemerkenswert, daß auch das Kaufinteresse für Roller, die in Österreich erst seit Anfang 1953 in größerem Umfange nachgefragt werden, merklich nachgelassen hat, obwohl man gerade für dieses Fahrzeug eine längerfristig anhaltende Nachfrage erwartet hatte. Wenn sich die Käuferschicht nunmehr doch als relativ eng begrenzt erweist, dann dürfte dies vor allem daran liegen, daß der Rollerinteressent in viel stärkerem Maße als der meist sportlich eingestellte Motorradkäufer ein „verhinderter“ Käufer eines Personenkraftwagens ist. Der Übergang zum Kraftwagen wird seit ungefähr einem Jahr durch sinkende Preise für Gebrauchtwagen und für neue, relativ billige Kleinwagen begünstigt. Außerdem – und dies gilt für den gesamten Personenkraftwagen-Markt – dürfte mit dem steigenden Wohlstand der „Prestigeverkauf“ ständig an Bedeutung gewinnen<sup>1)</sup>. Es ist daher anzunehmen, daß die derzeitige Umschichtung zugunsten des Personenkraftwagens weiter anhält und sich die Struktur des Bestandes von Personenfahrzeugen

<sup>1)</sup> Der hohe Absatz an Personenkraftwagen in den USA beruht zu einem Großteil auf derartigen Prestigekäufen. Die gesellschaftliche Stellung erfordert es, jeweils das neueste Modell zu besitzen. In den kaufkraftschwächeren Ländern ist es zunächst das Fahrzeug als solches, das „man haben muß“.

## Neuzulassungen von Personenkraftwagen, Motorrädern und Rollern

(Normaler Maßstab; in Stück)



Die Nachfrage nach Motorrädern und Rollern ließ in den letzten Monaten merklich nach. Abgesehen von den Monaten Dezember bis Februar, in denen die Zulassungen von Zweirädern saisonbedingt niedrig sind, lagen sie im Juni und Juli erstmalig unter den Neuzulassungen von Personenkraftwagen. Diese Entwicklung dürfte nicht temporär, sondern strukturell sein und auch weiterhin anhalten.

für den Individualverkehr allmählich der in den westeuropäischen Ländern angleicht.

Im Luftverkehr reisten im Juli von und nach Österreich 22 847 Personen. Die Steigerung gegenüber Juni ( $+9\%$ ) war geringer als saisonüblich ( $+20\%$ ). Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Frequenz um  $21\%$ , allerdings fast ausschließlich im Verkehr von und nach Wien ( $+34\%$ ), während in den Flughäfen von Klagenfurt ( $-32\%$ ) und Innsbruck ( $-10\%$ ) sogar weniger Fahrgäste an- und abreisten. Im Juli 1955 entfielen  $69\%$ , heuer  $76\%$  aller Fluggäste auf Wien. Diese unterschiedliche Entwicklung hält schon seit Monaten an. Von Jänner bis Juli wurden die Flughäfen in den Landeshauptstädten von 11 555 Reisenden, das sind um  $49\%$  weniger, in Wien aber von 82 153 benutzt, das sind um  $33\%$  mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Der Luftfrachtverkehr erreichte im Juli mit 237 486 kg einen neuen Rekordstand und war mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahr. Auf Wien entfielen  $95\%$  der beförderten Mengen.



Rußland hatte seinerzeit Österreich als einzigem westeuropäischem Lande einen direkten Flugverkehr eingeräumt. Dieses Privileg, das ein aussichtsreiches Geschäft versprach, spielte in den Verhandlungen der österreichischen Fluggesellschaften mit den ausländischen Fluggesellschaften KLM und SAS, die sich am österreichischen Flugverkehr interessierten, eine wichtige Rolle. Die Situation hat sich in letzter Zeit insofern zu Ungunsten Österreichs geändert, als Rußland seine Haltung revidierte und gegenwärtig mit England über eine direkte Fluglinie London–Moskau Verhandlungen führt, die voraussichtlich positiv abgeschlossen werden. Vermutlich wird Rußland auch mit anderen westeuropäischen Fluggesellschaften ähnliche Abkommen schließen. Da sich außerdem der Konkurrenzkampf zwischen den ausländischen Fluggesellschaften, nicht zuletzt durch den Ausbau der Deutschen Lufthansa<sup>1)</sup> in den letzten Monaten sehr verschärfte (auch zwischen KLM und SAS), wäre auf österreichischer Seite rasches Entscheiden und Handeln vonnöten. Die Zeit arbeitet keineswegs für die neue österreichische Fluggesellschaft und die Situation ist schon jetzt erheblich ungünstiger als zu Jahresbeginn, dem ursprünglich vorgesehenen Zeitpunkt für den Start eines nationalen Flugverkehrs.

Der *Fremdenverkehr* nahm im Juli infolge der Schulferien und der Urlaubshochsaison sprunghaft zu. Es wurden 55 Mill. Übernachtungen und 3 Mill. Grenzübertritte einreisender Ausländer gezählt. Gegenüber dem Vorjahr sind dies um 15% und 24% mehr. Von den Übernachtungen entfielen 298 Mill. (+ 18%) auf Ausländer und 25 Mill. (+ 10%) auf Inländer. Die Zunahme des Inländerverkehrs ist besonders bemerkenswert, da er seit Jahren stagniert hatte. Im Reiseverkehr wurden im Juli Devisen im Werte von 703 Mill. S eingenommen, das ist um 31% mehr als 1955 und das höchste Monatsergebnis, das bisher erreicht wurde. Die Devisenausgänge lagen mit 935 Mill. S um 33% über dem Vorjahresstand. Diese Steigerung zeigt, daß der Inländerverkehr nicht auf Kosten der Auslandsreisen von Österreichern zunahm.

## Außenhandel

Dazu Statistische Übersichten 9.1 bis 9.9

Der Außenhandel im *Juli* war durch eine ungewöhnlich starke Zunahme der Einfuhr gekennzeichnet. Vor allem die Importe aus Amerika stiegen sprunghaft. Daraus dürfen keine weitreichenden

Schlüsse gezogen werden. Im Monat Juli sind nur zufällig größere Ankäufe von Weizen und Tabak abgewickelt worden, die das statistische Ergebnis stark beeinflussten. Die Ausfuhr zeigte die übliche sommerliche Flaute; sie ging gegenüber Juni etwas zurück. Infolge dieser ungleichen Entwicklung von Einfuhren und Ausfuhren stieg das Defizit der Handelsbilanz von 199 Mill. S im Juni auf 523 Mill. S im Juli. Damit wurde das bisher höchste Defizit in diesem Jahre (492 Mill. S im Jänner) überschritten. In früheren Jahren kamen vereinzelt höhere Defizite vor.

Die *Einfuhr* stieg im Juli um 274 Mill. S (13%) auf 2392 Mill. S. Damit wurde der bisherige Höchststand vom Dezember 1955 um 35 Mill. S (1%) überschritten. Schaltet man jedoch die umfangreichen Getreide- und Tabaklieferungen aus, die dieses Mal zufällig im gleichen Monat zusammentrafen und in den kommenden Monaten eine geringere Rolle spielen werden, so beträgt die Zunahme gegenüber Juni (ebenfalls ohne Getreide- und Tabakimporte) nur 157 Mill. S (8%). Unter diesen Voraussetzungen wurde der Höhepunkt vom Dezember des Vorjahres nicht ganz erreicht.

### Importe mit und ohne Getreide und Tabak

	Dezember 1955	Juni 1956 Mill. S	Juli
Importe insgesamt	2 357	2 118	2 392
davon Getreide	162	132	204
Tabak	32	18	63
Importe ohne Getreide und Tabak	2 163	1 968	2 125

Die Häufung von Weizen- und Tabakkäufen (teilweise auf Grund der Überschußgütervereinbarungen) erklärt auch die starke Zunahme der Amerikaimporte, die von ihrem Rekordstand im Juni von 304 Mill. S neuerlich um mehr als 40% auf 429 Mill. S stiegen. Außerdem trat Amerika im Juli nach längerer Zeit wieder stärker als Zwischenhändler auf und lieferte auch nichtamerikanische Waren an Österreich. Im Juli bezog Österreich aus den USA Waren im Werte von 429 Mill. S, führte aber nur für 390 Mill. S Waren *amerikanischen Ursprunges* ein. Dagegen war im 1. Halbjahr 1956 der Wert der Waren amerikanischen Ursprunges (1.494 Mill. S) höher als die in Amerika direkt getätigten Käufe (1.383 Mill. S). Betrachtet man nur die amerikanischen Produkte, so bezog Österreich im Juli nach Ausschaltung von Getreide und Tabak um rund 20% weniger Waren aus Amerika als im Juni, und zwar, weil im Juli bedeutend weniger amerikanische Kohle (für 75 Mill. S gegenüber 139 Mill. S im Juni) ein-

<sup>1)</sup> KLM und SAS mußten in einem Abkommen mit Deutschland ihre Landrechte im deutschen Flugraum ungefähr auf die Hälfte einschränken.

geführt wurde<sup>1)</sup>. Der zu erwartende Rückgang der Getreide- und Tabaklieferungen in den kommenden Monaten wird wahrscheinlich — solange die Kohlenknappheit anhält — durch höhere Kohlenlieferungen teilweise kompensiert werden. In den kommenden Monaten werden sich daher die Amerikaimporte voraussichtlich etwas verringern; der Rückgang vom ungewöhnlich hohen Julistand — nahezu 18% der gesamten Importe entfielen auf die USA — muß aber nicht unbedingt sehr groß sein.

### Die Zunahme der Importe aus den Vereinigten Staaten

Zeit	Gesamtimport Veränderung gegenüber dem Vormonat in %	Import aus den USA +	Anteil der USA am Gesamt- import in %
1956 I.	- 19	+ 13	11,4
II.	- 10	- 33	8,4
III.	+ 25	+ 54	10,3
IV.	- 8	- 11	10,0
V.	+ 4	+ 40	13,5
VI.	+ 1	+ 8	14,4
VII.	+ 13	+ 41	17,9

### Die Rolle der Stapelgüter bei der Einfuhr amerikanischer Waren

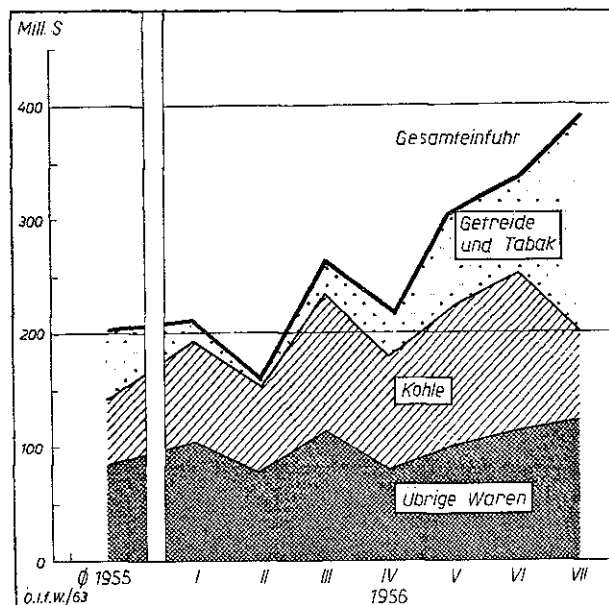
	1955 1. Hj. 1956 Juni 1956 Juli			
	Monatsdurchschnitt			
	Mill. S			
Einfuhr amerikanischer Waren insgesamt	203	249	334	390
davon Getreide	56	37	79	129
Tabak	7	6	1	60
Einfuhr ohne Getreide und Tabak	140	206	254	201
davon Kohle	56	108	139	75
Einfuhr ohne Getreide, Tabak und Kohle	84	98	115	126

Wenn auch das Schwergewicht der Einfuhrzunahme im Juli bei Getreide und Tabak lag — auf diese beiden Waren entfielen 43% der Zunahme —, so blieb die steigende Tendenz keineswegs auf sie beschränkt. Abgesehen von der Brennstoffeinfuhr erhöhten sich im Juli die Importe aller wichtigen Warengruppen. Bei den Fertigwaren blieb der Einfuhrwert hinter dem Ergebnis vom Dezember 1955 zurück; bei den Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Halbfertigwaren war er jedoch höher als in irgendeinem früheren Monat. Einfuhrsteigerungen von 15 Mill. S oder mehr gab es außer bei Getreide und

<sup>1)</sup> Schaltet man neben Getreide und Tabak auch noch die Kohle — also die wichtigsten Überschuss- und Knappheitsgüter — aus den importierten Amerikawaren aus, so zeigt sich, daß die sonstigen amerikanischen Waren in Österreich langsam an Boden gewinnen (ihr Importwert stieg von 84 Mill. S im Durchschnitt 1955 auf 98 Mill. S im Durchschnitt des 1. Halbjahres 1956 und auf 126 Mill. S im Juli). Trotzdem sinkt ihr Anteil an den gesamten Importen ständig (in den oben genannten Zeitabschnitten von 41% auf 39% und auf 32%), weil die Importe an Überschußgütern immer mehr dominieren.

### Die Rolle der Stapelgüter bei der Einfuhr amerikanischer Waren

(Normaler Maßstab; in Mill. S)



Seit Beginn dieses Jahres hat die Einfuhr aus Amerika stark zugenommen. Das Schwergewicht der Importzunahme liegt bei Kohle, Getreide und Tabak, deren Einfuhr durch die westeuropäische Kohlenknappheit und die amerikanischen Überschußgüterkredite außerordentlich angeregt wurde. Die Einfuhr anderer amerikanischer Waren nimmt nur langsam zu und bildet einen immer geringeren Prozentsatz der Gesamteinfuhr.

Tabak auch bei Zucker und Zuckerwaren, Textilrohstoffen, verschiedenen chemischen Erzeugnissen, Textil-Halb- und -Fertigwaren, Maschinen und Verkehrsmitteln.

Die Ausfuhr entwickelte sich im Juli normal. Die mit der Urlaubszeit häufig verbundene Stagnation in der Exporttätigkeit verursachte einen Exportrückgang um 50 Mill. S (3%) auf 1.869 Mill. S. Das ist noch immer der dritthöchste bisher erzielte Exportwert; volumennäßig stand die Ausfuhr im Juli (mit 232% von 1937) unter allen bisherigen Ausfuhrergebnissen an vierter Stelle. Von dem Rückschlag blieb nur die Rohstoffausfuhr unberührt; sie stieg um 9 Mill. S auf den neuen Höchstwert von 596 Mill. S. Ihr Anteil am Export erhöhte sich von 30% (im Juni) auf 32%. Damit war er höher als in den früheren Monaten dieses Jahres, aber nicht höher als im Juli 1955. Das Schwergewicht der Zunahme lag bei den Erdöl-erzeugnissen, während die Ausfuhr an sonstigen Rohstoffen, wie z. B. Holz und Zellulose, nur wenig gesteigert werden konnte. Zellwolle und Magnesit wurden sogar weniger ausgeführt als in den vergangenen Monaten.

*Anteil der Rohstoffe am Export*

1954	1955	1956						
Ø	Ø	Jänner	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli
30	30	30	25	27	30	31	30	32

Der Rückgang der Fertigwarenausfuhr (-38 Mill. Schilling) erklärt sich vor allem daraus, daß im Juli um 25 Mill. S weniger Textilwaren ausgeführt wurden als im Juni. Die Textilexporte im Juni waren allerdings ungewöhnlich hoch. Mit 140 Mill. S waren sie im Juli noch immer um 5 Mill. S höher als im Monatsdurchschnitt des I. Halbjahres. Rückschläge gab es weiters bei Eisen und Stahl, Maschinen und Verkehrsmitteln. Dagegen stieg der Papierexport um 6 Mill. S und erreichte mit 138 Mill. S einen neuen Höchstwert.

Obwohl der gesamte Export zurückging, wurde im Juli nach Westdeutschland um 21 Mill. S und in die Schweiz um 13 Mill. S mehr exportiert als im Juni. Damit wurden im Export nach diesen beiden Nachbarländern alle früheren Monatsergebnisse übertroffen. Auch nach Schweden erreichte der Export einen neuen Rekordwert.

**Außenhandelsvolumen und Außenhandelspreise im II. Quartal 1956**

Die anhaltend günstige Konjunktur im Auslande und im Inlande belebte auch im II. Quartal dieses Jahres den österreichischen Außenhandel. Das Import- und Exportvolumen waren etwas höher als im I. Quartal und beträchtlich größer als im II. Quartal des Vorjahres. Die Einfuhr und besonders die Ausfuhr erreichten fast die (saisonbedingten) Rekordergebnisse des letzten Quartales 1955.

Das *Einfuhrvolumen* war im II. Quartal dieses Jahres mit 176% von 1937 um 7% höher als im I. Quartal (im Vorjahr war es im II. Quartal nicht gestiegen) und um 13% höher als vor einem Jahr. Gegenüber dem IV. Quartal 1955 (194% von 1937) blieb es um 9% zurück. Am stärksten stieg gegenüber dem Vorquartal die Einfuhr von „Sonstigen Fertigwaren“ (+39%). Es handelt sich hier allerdings um eine relativ kleine Warengruppe, auf die im II. Quartal nur 3,6% des Wertes der gesamten Einfuhr entfielen. Sie umfaßt verschiedene industrielle Konsumfertigwaren, insbesondere Erzeugnisse des „gehobenen Bedarfs“, wie optische und feinmechanische Erzeugnisse, Sportgeräte, Büroartikel und Haushaltgeräte, die vorwiegend aus Westdeutschland eingeführt werden. Auch Schuhe, die bisher nur in geringen Mengen eingeführt wurden, kamen (aus Italien, Schweiz und Ungarn) in größerer Menge herein.

Weniger als im I. Quartal dieses Jahres wurden nur Chemikalien (-8%) sowie Getränke und Tabak

(-17%) importiert. Gegenüber dem II. Quartal des Vorjahres blieben - dank der guten Ernte im Jahre 1955 - nur die Importe von Nahrungsmitteln zurück (um 7%). Da auch die heurige Ernte gut ausfiel, werden heuer (schätzungsweise um mindestens 10%) weniger Nahrungsmittel eingeführt werden als im Jahre 1937. (Im Vorjahr war ihr Importvolumen annähernd so groß wie im Jahre 1937.) Bei allen anderen Warengruppen liegen die Importe weit über dem Niveau von 1937.

Das *Ausfuhrvolumen* war im II. Quartal dieses Jahres mit 224 (1937 = 100) um 4% höher als im I. Quartal und um 18% höher als im II. Quartal des Vorjahres. Es war nur um etwas mehr als 1% geringer als im IV. Quartal 1955, obwohl der Außenhandel gegen Jahresende stets eine starke Saisonspitze erreicht. Voraussichtlich wird die Ausfuhr im III. und IV. Quartal dieses Jahres eine neue Rekordhöhe erzielen.

Neue Höhepunkte erreichte im II. Quartal dieses Jahres die Ausfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen. In der Gruppe „Ernährung“ nahmen vor allem die Viehexporte nach Italien, Westdeutschland und der Schweiz stark zu, außerdem wurden mehr Obst und Gemüse nach Westdeutschland und in die Tschechoslowakei sowie mehr Zuckerwaren exportiert. Bei den Rohstoffen erreichte die Holzausfuhr wieder ein sehr hohes Niveau, auch die Exporte von Magnesit und Zellwolle nahmen stark zu. An Konsumfertigwaren wurden zwar um 8% und 31% mehr ausgeführt als im I. Quartal 1956 und im II. Quartal 1955; mit 208% von 1937 wurde aber der bisher höchste Stand im IV. Quartal 1955 (241) noch nicht erreicht. Der Rückgang des Ausfuhrvolumens bei Brennstoffen, Maschinen und Verkehrsmitteln sowie bei chemischen Erzeugnissen gegenüber dem I. Quartal um 13%, 16% und 29% wurde durch das Steigen der Exporte bei den anderen Gruppen mehr als wettgemacht.

*Ausfuhrvolumen der Konsumfertigwaren*

Zeit	1954	1955 1937 = 100	1956
I. Quartal	156	164	193
II. „	174	159	208
III. „	174	194	
IV. „	192	241	

Die *Preise im Außenhandel* blieben im II. Quartal 1956 fast unverändert. Von März bis Juni stiegen die Einfuhrpreise um einen Punkt (von 156 auf 157; 1950 = 100), die Ausfuhrpreise fielen um einen Punkt (von 163 auf 162). Auch bei den einzelnen Warengruppen hielten sich die Preisbewegungen in engen Grenzen. Die Veränderungen betrug fast durchwegs weniger als 5%; nur die Importpreise für

Dünge- und Futtermittel erhöhten sich — vom allerdings sehr niedrigen Niveau im März — um mehr als 10%. Auf der Einfuhrseite standen leicht steigenden Preisen bei halbfertigen und fertigen Waren sinkende Preise bei Nahrungs- und Genußmitteln sowie Rohstoffen gegenüber; im Export schwächten sich die Preise für Fertigwaren und für Nahrungs- und Genußmittel ab, dagegen zogen die Rohstoffpreise an.

Trotz monetären und fiskalischen Maßnahmen zeigen die Großhandelspreise in den meisten Ländern seit Beginn dieses Jahres eine steigende Tendenz. Der Stillstand der Außenhandelspreise im II. Quartal dürfte daher nur vorübergehend sein. Bei anhaltend guter Konjunktur ist vielmehr anzunehmen, daß die Mehrzahl der Import- und Exportpreise, wie in den beiden letzten Jahren, langsam weiter steigen wird